

# Vormärz

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

#### Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis Prämienkonto:  
 Vierteljährlich 1,50 RM, monatlich 1,10 RM,  
 wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 abonnement: 1,10 RM pro Monat.  
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-  
 Verzeichnisse. Unter Kreuzband für  
 Deutschland und Österreich-Ungarn  
 2 RM, für das übrige Ausland  
 3 RM pro Monat. Postabonnements  
 nehmen an: Belgien, Dänemark,  
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,  
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

#### Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsstelligen Kolon-  
 nelle oder deren Raum 50 Pf., für  
 politische und gewerkschaftliche Vereins-  
 und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.,  
 „Kleine Anzeigen“, das erste (stei-  
 gedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere  
 Wort 10 Pf. Stellengeluche und Schloß-  
 stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf.,  
 jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über  
 15 Buchstaben zählen für zwei Worte.  
 Inserate für die nächste Nummer müssen  
 bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition  
 abgegeben werden. Die Expedition ist  
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:  
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 9. März 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Die Durchpeitschung des Schand- gesetzes.

Sechs Jahrzehnte lang mußte das entrechtete Volk Preußens darauf warten, bis die Regierung sich zu der Erklärung herbeiließ, daß sie zu einer Wahlrechtsänderung bereit sei. Fünfviertel Jahre mußte das entrechtete Volk danach wiederum warten, bis die Regierung die Wahlrechtsstatistik veröffentlichte, die für sie die Unterlage für die verheißene „organische Fortbildung“ bildete. Wiederum anderhalb Monate später erschien endlich die Vorlage für die verheißene mit einem Male im Löff-Löff-Tempo. In lumpigen drei Tagen war die erste Lesung beendet. In nur vier Sitzungen passierte das Wahlrechtsheuschreck die erste Lesung der Kommission, der es sofort überwiesen worden war. Die unmittelbar darauf folgende zweite Lesung in der Kommission beanspruchte gar nur eine einzige Sitzung, so daß die zweite Lesung im Plenum schon am Freitag dieser Woche beginnen kann. Für diese Lesung rechnet man zwei bis drei Tage, so daß noch vor Ostern auch die dritte Lesung erfolgen soll. So soll also das Gesetz, das dem Hause erst am 5. Februar zugegangen war, bereits spätestens am 18. März — an welchem Tage das Haus sich vertagen will — vollständig durchgepeitscht sein!

Eine eilfertiger und niederlichere Gesetzesmacherei hat das Dreiklassenparlament wohl während der ganzen Dauer seiner traurigen Existenz noch nicht getrieben! Wenn es galt, ein den Junkern genehmes Gesetz zu machen, ließen sich die wackeren Dreiklassenmänner hübsch die Zeit, um auch ja mit allem Raffinement für sich herauszuschlagen, was irgend herauszuschlagen war. Aber auch dann, wenn es darauf ankam, eine Kultur-  
 aufgabe zu vereiteln, liebten die Junker ganz und gar nicht die Ueberstürzung. Als am 4. Februar 1901 die zweite Kanalvorlage im Plenum zur ersten Beratung stand, brauchte das Junkerparlament vier Tage zu dieser Beratung, obgleich doch alle agrarischen Argumente bereits 1899 bei der Beratung der ersten, von den Agrariern damals zu Fall gebrachten Kanalvorlage erschöpft waren. Die Vorlage wurde dann der Kommission überwiesen, die am 18. Februar zusammentrat. Und dann arbeitete man mit ebenjoviel Gründlichkeit wie Gemächlichkeit daran, die Vorlage zu vereiteln. Bis zum 1. Mai, also in 76 Tagen, hielt man 20 Sitzungen ab, in denen man unzählige Anträge einbrachte, um die Vorlage in einem Lust von Abänderungen förmlich zu ersticken. Wer weiß, wie lange das grausame Spiel der Junker noch gewährt hätte, wenn die Regierung der höhnischen Possie nicht am 3. Mai durch die Auflösung des Landtages ein Ende gemacht hätte.

So verfährt das Junkerparlament, wo es sich um die rücksichtslose Durchsetzung der Interessen der herrschenden Klassen, ja selbst nur um die einzelner kleiner, aber mächtiger Schichten dieser herrschenden Klassen handelt. Die Wahlrechtsfrage indessen, das wichtigste Gesetz, das im Dreiklassenhause jemals zur Verhandlung gelangt ist, ein Gesetz, an dem das Wohl und Wehe, wirtschaftliches wie geistiges Gedeihen des ganzen Volkes hängt, wird in knapp sechs Wochen abgetan! So unerhörte Schmach hat sich in einem Kulturstaate noch niemals ein Volk bieten lassen müssen!

Aber unsere Junker und ihre schwarzen Komplizen vom Schnapsbloß haben natürlich die triftigsten Gründe für diese freche Durchpeitschungs- und Ueberstürzungspolitik. Konservativ und Zentrümmer sind sich ihres schmachvollen Verrats am Volke so sehr bewußt, daß sie ganz genau wissen, daß eine Verzögerung der Verabschiedung des Gesetzes auch nur um Monate hinaus gleichbedeutend wäre mit der Vereitelung dieses Volksverrats. Sie wissen, daß die Empörung der Massen gar bald einen Grad erreichen würde, der die Aufrechterhaltung der infamen Dreiklassenmacherei zur totalen Unmöglichkeit machen würde. Deshalb der ungeheure Eifer der blau-schwarzen Wahlrechtsfeinde, der aus der Kommission hervorgegangenen Spottgeburt einer Wahlreform so rasch wie möglich die Zustimmung des Plenums zu sichern! Das böse Gewissen treibt die konservativen Anführer und die ultramontanen Gelegenheitsmacher und Helfershelfer des niederträchtigen Wahlrechtsverrats dazu, ihr schimpfliches Werk so rasch als möglich zum Abschluß zu bringen. Vollendeten Tatsachen gegenüber, so wähen diese Leutchen, werde sich die Erbitterung der Massen allmählich legen. Und wenn dann erst etwas Gras über die Geschichte gewachsen sei, würden sich die geistigen und genasführten Massen von den Zentrumsdemagogen doch wieder gänzlich und aufs neue mißbrauchen lassen! Eine Rechnung, die ja auch bei der durch Junker und Pfaffen künstlich geförderten politischen und allgemeinen Unbildung leider noch so breiter Massen neumannszumal stimmen mag, die sich aber diesmal denn doch als verfehlte Spekulation erweisen wird!

Eine Ironie der Geschichte will es, daß das preussische Dreiklassenparlament die ungeheuerliche Presserei am Volke just in den Tagen des März zu vollenden gedenkt, in denen vor 62 Jahren dasselbe Volk in prächtigen Enthusiasmus

und heroischem Kampfe das alte feudal-absolutistische Preußen in Trümmer schlug und sich auf den Barricaden seine Rechte erzwang, darunter auch das gleiche Wahlrecht! Dies Jubiläum will das Dreiklassenparlament, diese durch Verfassungsbruch und Revolution von oben zustande gekommene Vertretung, nicht des Volkes, sondern des Militär- und Junkerstaates, in seiner Art dadurch feiern, daß es dem vor einigen sechzig Jahren durch die Bajonette seiner Rechte beraubten Volke klar macht, daß feudale Anmaßung und pfäffischer Trug mit Hilfe der Bajonette in Preußen noch immer den Ausschlag geben!

Das ist ein Biß der Geschichte, wie ihn beikender kein Dittgenie erfinden, ähnder kein politischer Satiriker in die Seele der Massen einbringen könnte!

Vor 62 Jahren errang das Volk seine politischen Rechte! Und mehr als sechs Jahrzehnte später soll dem an Zahl wie politischer Einsicht unergleichlich gewachsenen Volke gerade in diesen Gedanktagen die bereits halbgeöffnete Pforte zum demokratischen Wahlrecht durch das konservativ-ultramontane Schandkompromiß wieder auf Jahre hinaus verammelt werden! Nicht einmal der Rechte soll die Volksmasse teilhaftig werden, die selbst die Rationalliberalen, die Partei des wirtschaftlichen Scharmacherns, als einen nicht länger zu verweigernden Tribut an das Volk ansehen!

Wenn je das frohlockende Wort der Schadeufreude für die Sozialdemokratie am Plage war: „Es leben unsere Freunde, die Feinde!“, so in dieser Situation!

Ueber die

### Aussichten der Wahlrechtsvorlage

bringt das Scherblatt einen, wie es versichert, auf „Umfrage bei gutunterrichteten Gewährsmännern“ beruhenden Artikel. Dieser derartig inspirierte Artikel versichert, daß die Regierung den Beschlüssen des blau-schwarzen Antiwahlrechtsblocs keinen Widerstand leisten werde. Die Regierung werde, trotzdem man ja die Einführung der von ihr vorgeschlagenen direkten Wahl abgelehnt habe, für die Kombinerung der indirekten und der geheimen Wahl zu haben sein. Die Nachgiebigkeit in diesen Punkten werde ausgenutzt durch die Vorteile, daß die von langer Hand vorbereitete Aktion damit zum Abschluß gelange! Denn, so meint das Scherblatt, wenn alles beim Alten bleibe, wenn gar nichts zustande komme, so werde die Wahlrechtsbewegung, die so leidenschaftliche Säuerung in die Volksmassen getragen habe, nicht nur fortbauern, sondern die Regierung werde nicht umhin können, eine neue Wahlrechtsvorlage einzubringen!

Wir sehen also, daß das offiziös instruierte Blatt ganz derselben Ansicht Ausdruck gibt, die auch wir immer vertreten haben: daß das Scheitern der Wahlrechtsvorlage keineswegs die Vertagung der Wahlrechtsreform überhaupt bedeute, sondern nur den Zwang für Regierung und Parlament, die Wahlrechtsvorlage dann in anderer und selbstverständlich vernünftiger Weise zu regeln!

In dem Artikel des Scherblattes wird des weiteren angedeutet, daß die „Mittelparteien“ ebenfalls für das konservativ-kerikale Kompromiß zu haben seien, wenn man ihrem Wunsche auf Dreiteilung nicht nach Wahlbezirken, sondern nach Wahlbezirken Rechnung trage. Da höchstens die Rationalliberalen auf diesen Wunsch irgend welches Gewicht legen, außer den Konservativen und dem Zentrum aber auch die ganze Linke, Freisinn, Polen und Sozialdemokraten, dieser Forderung ablehnend gegenüberstehen, wird diese national-liberale Forderung freilich sehr wenig Aussicht auf Verwirklichung haben!

Wahrscheinlicher schon ist es, daß, wie das Scherblatt andeutet, die Versuche der Freikonservativen und Rationalliberalen, ein Privilegiertenwahlrecht für Bildung und Besitz zu sichern, — eine Forderung, die ja auch in der Regierungsvorlage enthalten war — schließlich auch bei Konservativen und Zentrum auf keinen Widerstand stoßen werden. Charakteristisch ist immerhin, daß die „Märkische Volkszeitung“, der Ableger der „Germania“, zwar erklärte, daß das Zentrum lieber das ganze Gesetz ablehnen, als in die Dreiteilung nach Wahlbezirken willigen werde, daß das selbe Zentrumblatt aber die ungleich wichtigere Frage des Bildungsprivilegs völlig unberührt läßt! Das deutet wohl darauf hin, daß das Zentrum zum mindesten von seinen konservativen Verbündeten nicht verlangen wird, daß sie sich einer Heraushebung der Weisenden und Gebildeten aus der dritten Klasse gegenüber ablehnend verhalten sollen. Vielmehr liegt die Wahrscheinlichkeit vor, daß das konservativ-kerikale Kompromiß, das jede, noch so geringfügige Abkühlung der Dreiklassenmacherei sowie die Verhinderung der geheimen Abstimmung bezweckt, im Plenum ergänzt werden wird durch ein konservativ-nationalliberales Kompromiß, durch das infolge der Privilegierung sogenannter Kulturträger der infame Charakter des Dreiklassenwahlrechts dann nur noch nackter und unverschöner hervortritt!

### Die Presse zur Demonstration.

Im Schweige des Angeichts bemüht sich die reaktionäre Presse, den armen Polizeipräsidenten herauszuheben und die Blamage der Polizei zu vertuschen. Jedes ist sie offenbar nicht früh genug aus amtlicher Quelle erleuchtet worden, denn

sie zerstört die Wirkung ihrer Schwindeleien durch die unvermitteltesten Widersprüche; eines dieser edlen Blätter wird stets vom anderen abgetan, eins schreibt das Gegenteil dessen, was das andere in die Welt setzt, um die Arbeiterschaft zu verleumden und zu beschimpfen. Das eine Blatt verflucht das völlige Fiasko der Demonstration, das andere erklärt, daß ihr Gelingen eine furchtbare Gefahr für die heiligsten Güter der Nation aufgedeckt habe. Am vielseitigsten ist die „Kreuz-Zeitung“, die sonst nicht allzu viel Beweglichkeit aufzubringen pflegt. Am Montagabend aber war sie unter dem Eindruck der Kundgebung so überlebendig geworden, daß sie auf der zweiten Spalte ihren Lesern wahrheitsgemäß berichtet, daß die Sozialdemokratie ihr „Troß alle dem!“ wahrgemacht und dem polizeilichen Verbot zuwider ihren Wahlrechts-Spaziergang abgehalten hat, und auf der dritten Spalte derselben Nummer beginnt sie dann einen langen Artikel, der überschriften ist: „Der mißglückte Wahlrechts-Spaziergang“ und der die demonstrierende Arbeiterschaft beschimpft und verleumdet, wie es Klunten-Dertel auch nicht wüßter machen könnte. Diese Beschimpfungen lassen wir beiseite liegen — das Berliner Proletariat braucht gegen solche dummen und verlogenen Anwürfe nicht verteidigt zu werden. Des Fitterens wert ist aber die folgende Stelle aus der ersten Notiz des Junkerblattes:

„... Natürlich werden sie (die Sozialdemokraten) diesen gelungenen Streich als großen proletarischen Sieg hinstellen. Aber er war weiter nichts als das Ergebnis eines alten Schmeißler- und Gauner-Tricks. Die sozialdemokratische Parteileitung hat die Polizeibehörde hinter List geführt und höhnend Geseh und Ordnung mit Füßen getreten. Das ist kein Heldentum und keine Grothat. Aber der ruhe- und ordnungsliebenden Bevölkerung hat gestern das rote Massenaufrührer in Berliner Dergarten die Augen darüber geöffnet, aber was für ein starkes und revolutionär gehaltenes Heer die sozialdemokratischen Machthaber bereits gebieten. Die sozialdemokratische Oberleitung braucht nur einen Wink zu geben, dann formieren sich unter ihren Gruppenführern die Haufen, fragen nicht wohin und wozu, sondern gehorchen schweigend.“

In der Hand gewissenloser und gewalttätiger Männer, wie sie heute an der Spitze der Sozialdemokratie stehen, ist eine so auf blinden Gehoriam disziplinierte und im Haß gegen Staat und Monarchie, gegen Ordnung und Gesetz und vor allen Dingen in Mißachtung der göttlichen und der irdischen Autorität gehaltene, leidenschaftlich erregte Masse eine stete Gefahr. Gestern handelte es sich bei der Mobilmachung dieser Masse darum, der Polizei ein Schnippschen zu schlagen und zu zeigen, daß die Sozialdemokratie mit ihrer bisherigen Fiktion, sie wolle ihren Bestrebungen auf gesetzlichen Wegen nachgehen, vollkommen gebrochen hat. Ein andres Mal wird es sich um ernstere Dinge handeln. Jedesmal aber ist es die blind gehorame urteilslose Gefolgschaft, die unter Umständen für die „Lapserkeit“ ihrer Führer bluten muß. Denn die eigentlichen Leiter der revolutionären Veranstaltungen sind entweder durch ihre parlamentarische Zimmernität für ihre Person geschützt oder sie bleiben vorsichtig hinter der Front. Die Hauptaufgabe muß es also sein, die Massen vor diesen Führern zu schützen und jegliche Verantwortung und alle üblen Folgen den Führern aufzuladen.

Man möge in der Bevölkerung auch nicht vergessen, wie die sozialdemokratischen Massen die ohnehin einem schwierigen und anstrengenden Berufe obliegenden Schulleute behandeln. Wie sie sie inkultieren und täusch bedrohen, wie sie ihnen monatlang jeden freien Sonntag rauben. Auch daß sie zahlreiche Soldaten durch ihr Verhalten nötigen, die freien Sonntage in der Kaserne zuzubringen, darf den roten Massen und ihren Führern nicht vergehen werden. Den braven Schulleuten aber mag man es unter solchen Umständen nicht verdenken, wenn sie einmal einen „Demonstranten“ etwas unfaßt anfaßen.“

Die Notiz läuft in einen strupellosen Versuch aus, die Polizei und die Soldaten gegen die Sozialdemokratie aufzuhegen. Die bösen Roten nehmen ihnen ihre freien Sonntage! Diese Verleumdung des Sachverhalts ist wirklich genial! Um der Arbeiterschaft willen braucht kein Schutzmann und kein Soldat seinen freien Sonntag einzubüßen! Schuld daran, daß so viele Beamte und Soldaten ihn einbüßen, tragen allein die Vertreter des Junkerregiments, die schlechten Gewissens sind und das Fittren bekommen, wenn das Volk sich regt. Wie unmöglich die fürchterlichen Klüftungen sind — in Berlin durfte kein Soldat die Kaserne verlassen! — das zeigt ja der Verlauf der Kundgebung in ganz Preußen!

Im übrigen fürchtet die „Kreuz-Zeitung“ offenbar den üblen Eindruck der Polizeibrutalität in In- und Ausland und sucht also nach Entschuldigungen für die stellenweise wie wuchstunmütigen Polizisten. Daß sie dabei die Wahrheit wieder direkt auf den Kopf stellt, die Schulleute als die sanftmütigen Lämmlein hinstellt, die von den Demonstranten insultiert und angegriffen werden, paßt zum Ganzen.

Die „Norddeutsche Allg. Ztg.“ macht keinen Versuch, das Gelingen der Demonstration zu leugnen. Sie legt sich darauf, zu beweisen, daß die Kundgebung eine Verletzung des Vereinsgesetzes, eine ungesetzliche Handlung sei, und ist sehr empört darauf, daß freisinnige Blätter die Demonstrationen als einen Sieg über die Polizei verherrlichen.

Die „Deutsche Tageszeitung“ stößt am Dienstagabend in dasselbe Horn, im wütendsten Stallharnog fällt sie die Blätter an, die „die sozialdemokratische Ueberstürzung und den Großmannsdünkel der Genossen noch zu fördern“, sich verpflichtet halten. Dertel bestreitet todesmütig, daß die Polizei sich blamiert habe. Ihre Taktik sei verständlich, besonnen und richtig gewesen, die Polizei sei nicht ge-

**käuflich** worden (!) Deshalb mußten die Schulleute also erst in Automobilen in den Tiergarten geschafft werden, deshalb waren also die Spreckbrücken nicht abgesperrt (!), und die Polizei habe sich ausgezeichnet, bejungen und trefflich benommen und soll an dieser „ruhigen, aber festen Taktik“ festhalten. Nur eines fehlt noch, damit alles gut und vollkommen sei — auch im ganzen übrigen Preußen muß nach Jagow'schen Rezepten regiert werden. Das Bündlerblatt dekretiert:

„Es muß in den Maßnahmen der Polizei gegen Straßendemonstrationen größere Einheitlichkeit im Deutschen Reich oder doch mindestens in Preußen erzielt werden. Es darf nicht wieder vorkommen, daß die Polizeibehörden der einen Stadt denen der anderen in der sozialdemokratischen Presse als Muster vorgehalten werden. Gewiß liegen die Verhältnisse hier und da verschieden; und was an dem Orte sehr gefährlich ist, braucht an dem anderen nicht besonders bedenklich zu sein. So aber die Verhältnisse gleich oder ähnlich liegen, da muß in gleicher Weise vorgegangen werden. Die Berliner Taktik ist verständlich, zweckmäßig und richtig. Möge sie überall befolgt werden: Ruhig, aber fest!“

So hat Herr v. Jagow wenigstens einen, der so tut, als ob er ihn noch als großen Strategen ansehe — und wenn es auch der Dertel ist, es ist doch süß, im Unglück eine mitfühlende Brust zu haben.

Wieder ganz anders sah die „Post“ die Sache an. Das Scharfmacherorgan ist am Montag offenbar zu konsterniert und zu wütend gewesen, um zu überlegen, daß es die Niederlage der Polizei jagt, wenn es nach Ausnahmegesetz und Belagerungszustand ruft. Es war jedenfalls ganz und gar nicht der Ansicht des Dertel-Blattes, daß die ruhige und feste Haltung der Berliner Polizei die Demonstration vereitelt habe und alle künftigen vereiteln werde. In den höchsten Tönen tobte das Blatt des weidland Herrn v. Stumm:

„Für uns besteht kein Zweifel darüber, daß gegen die Führer und Urheber der gestrigen Ansammlungen und Umzüge auf Grund des Strafgesetzbuchs teils wegen Landfriedensbruchs, teils wegen großen Unfugs vorgegangen werden könnte und müßte. Sollte aber unsere Rechtsprechung in diesen Fällen abnorm verhalten, so müßten andere Garantien für die Sicherung der öffentlichen Ordnung geschaffen werden. Die Sozialdemokraten werden sich nicht wundern dürfen, wenn diese Garantien in der Richtung eines neuen Sozialengesetzes oder der Behauptung des Belagerungszustandes, der ja in Italien, Frankreich und Spanien durch Aufhebung der verfassungsmäßigen Garantien oft genug in Kraft tritt, liegen.“

Man darf die Bedeutung dieser Wahlrechtskundgebung keineswegs unterschätzen. Von Sonntag zu Sonntag sind sie gefährlicher und umfassender geworden. Gestern hat sich die Taktik der sozialdemokratischen Geschlechtergereizens auf der Straße außerordentlich gut und raffiniert vorbereitet erwiesen. Sind die Massen erst einmal auf diese neue Geschlechtertaktik gut eingeleitet, dann wird es außerordentlich schwer sein, ihnen Herr zu werden.

Gleichzeitig aber sind diese Wahlrechtskundgebungen, wenn es nicht gelingt, sie zu unterdrücken, von ungeheurer agitatorischer Kraft. Und die Parteien, die auf dem Boden des heutigen Rechts stehen, und die es verstanden, ihre politischen Ueberzeugungen auf der Straße zu vertreten, werden durch jede weitere solcher Demonstrationen politisch schwer benachteiligt. Denn im Grunde genommen sind diese an sich völlig ausschließlichen Wahlrechtskundgebungen nichts anderes als riesenhafte Vorbereitungen auf die nächste Wahl. In der Deutschlandstunde der Sozialdemokratie liegen, wenn sie erst weiter ausgebaut und eingezogen sein wird, ganz unbegrenzte Möglichkeiten.

Auf diesem Wege, den die Sozialdemokratie jetzt bestritten hat, muß sie ein gebieterisches Wort anrufen werden. Es muß den jetzt frohlockenden Korymben Reichsrecht und Stadtratsrecht zu ihrem eigenen Besten eine härtere Ernüchterung bereitet werden. Bis hierher und nicht weiter!“

Die „Germania“ legt ihren Lesern vor, daß die Sozialdemokratie nicht nur das Recht auf die Straße, sondern auch die öffentlichen Parianlagen und freien Plätze nach ihrem Belieben für sich allein will, verschweigert also die vielen Zeugnisse bürgerlicher Blätter, daß die Demonstranten streng für die Freihaltung einer Seite der Straße für Postkutschen und Fuhrwerke sorgten. Nach dem Zentrumsblatt dürfen Gesetz und Ordnung nicht straflos verletzt werden. Im Anschluß daran heißt es weiter:

Und wenn das geschähe könnte, dann würde die Befürchtung vieler nicht ungerechtfertigt sein, daß diese Massendemonstrationen und Aufzüge auf den Vorabend der Revolution hindeuten. Wir teilen diese Befürchtung nicht. Im Zeitalter der kleinsten Waffengewalt sind die in strenger Disziplin gehaltenen Heere sind solche revolutionären Volkswunden nun einmal unmöglich, oder aber werden schon im Entstehen niedergeworfen. Auch gestern war das Militär in den Kasernen konzentriert, und die Soldaten werden nicht schlecht auf die Sozialdemokraten schimpfen, daß diese ihnen den freien schönen Sonntag verdarben.

Was bezwecken denn die Sozialdemokraten eigentlich mit ihren fortgesetzten Massendemonstrationen? Daß sie damit ein ihnen genehmtes Wahlrecht — auch das Reichstagswahlrecht — gibt ihnen ja noch lange nicht weit genug — nicht erzwingen können, dürfte jedem einsichtigen Sozialdemokraten von vornherein einleuchten. Regierung und Abgeordnetenhause werden sie mit diesen Demonstrationen schwerlich umstimmen, aber in manchen Kreisen umgekehrt immer wieder neue Gedanken gegen die Verleumdung des „demokratischen“ Wahlrechts hervorgerufen. Gewiß haben die Sozialdemokraten, aber nicht sie allein, sondern alle münderbegabtesten Wähler, das Recht, Protest zu erheben. Aber an die Sozialdemokratie muß man dabei doch ernstlich die Mahnung richten: Nun laßt genug sein des unruhigen Spiels! Die Herren Sozialdemokraten sollten, statt sich und andere unwohligerweise zu erziehen, erst einmal in aller Ruhe sich mit den Beschäftigten der Wahlrechtskommission beschäftigen, die viele noch gar nicht zu kennen oder nicht richtig zu würdigen scheinen.

Die letztere Annahme ist ein grandioser Irrtum der „Germania“. Die Arbeiter können die Beschlüsse der Wahlrechtskommission und den Verrat des Zentrums nur zu gut und daraus gerade erklärt ihre tiefe Erregung.

Die „Abendliche Zeitung“ bringt einen Artikel, der im interessanten Gegensatz zu den oben zitierten Auslassungen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ steht. Das nationale liberale Blatt vom Rhein gibt seiner Freunde Ausdruck über den glücklichen Ausgang, nimmt zwar die Polizei in Schutz, bemerkt aber:

„Andererseits hätte eine blutige Unterdrückung des Massenwillens durch Polizei und Militär, von allem anderen abgesehen, doch nur eine Art Phyrhusstieg bedeutet, denn die geistige Bewegung, die als Seele diesem äußeren Massenaufgebot innewohnt, läßt sich nicht niederknallen. Der Angriff wäre nur noch gefährlicher worden. Auch der ruhige und vernünftige Teil der Staatsbürgerlichkeit hätte diesen Ausgang nicht mit ungemessener Freude ansehen können. Ihm hätte nur eine kraftvolle Bestätigung der Staatsgewalt Genugtuung gewähren können, aber so entschieden er die übertriebenen Forderungen der Sozialdemokratie zurückzuweisen geneigt ist, das Verhalten eben dieser Staatsgewalt in der Wahlrechtsfrage hatte auch seinen Unwillen erregt, besonders, seit die Haltung der vereinigten Reaktionen in der Wahlrechtskommission in ihrer herausfordernden Sprache aus Tagesakt ist.“

Die „Abendliche Zeitung“ hebt schließlich noch hervor, daß, wenn es zu blutigeren Zusammenstößen gekommen wäre, die

volle Schuld daran die Konserbativen und das Zentrum hätte treffen müssen.

Die „Berliner Morgenpost“ sagt in einer Besprechung der Dankagung des Polizeipräsidenten an seine Schulleute:

„Wenn unser reaktionäres Polizeiregime auf dem Standpunkt des „Hilf hierher und nicht weiter“ beharren will, so können wir auch ungeheure Kapitalien an Reputation und Prestige in aller Welt ein. Das Ausland macht sich über die lächerliche und brutale Polizeiwirtschaft, unter der das kulturell so weit fortgeschrittene preussische Volk zu leiden hat, lustig. Es verhöhnt uns wegen der Handlungen, für die doch nur die Jagow und Rolke und die gesamte andere reaktionär-scharfmacherische Junkerlichkeit verantwortlich sind. Und im deutschen Süden wird man sich immer ernster und immer dringender mit der Frage beschäftigen, ob denn eigentlich Preußen besetzt und besetztigt ist. Hüter des Reichsgedankens und Führer der deutschen Bundesstaaten zu sein, eben das Preußen, in dem gegen die politische Freiheit so gefährlich wird, wie es etwa in Rußland oder in China oder in Persien oder in irgend einem anderen Erdemittel geschieht, über dem die Sonne der Zivilisation noch nicht aufgegangen ist.“

Die Frage unseres reaktionären Polizeiregimes bedeutet sonach nicht bloß eine Gefahr für das Berliner Publikum, sondern darüber hinaus auch eine Gefahr des Ansehens Preußens und des Reiches. Es muß mit dieser Praxis gebrochen werden. Es ist, um mit Herrn v. Jagow zu sprechen, „genug und übergenug“ geschehen mit dieser Praxis. Herr v. Jagow freilich hat sich in seinen ungeschickten Kundmachungen schon zu sehr festgerannt, als daß er noch zurückzöge. Er sollte daher den Pöbel, für den er sich als ungeeignet erwiesen hat, einem anderen überlassen, der geeigneter ist für die Lösung der Aufgaben, denen er sich nicht gewachsen zeigt. Mit einem Erlaß des Herrn v. Jagow freilich wäre nur wenig getan. Wenn nicht endlich das reaktionäre System beseitigt wird, dessen Symptome die Polizeitaktiken auf friedliche Bürger nur sind, so wird wenig geändert werden.

Scharfe Kritik an der Politik des Berliner Polizeipräsidenten übt auch die „Frankfurter Zeitung“. Sie schreibt:

Die Wahlrechtsdemonstrationen, die gestern in zahlreichen preussischen Städten stattgefunden haben, hinterlassen den gleichen Eindruck, wie die Veranstaltungen der letzten Sonntage: überall hat die Bevölkerung in erschauernder und eindrucksvoller Art, zum Teil unter erschütterndem Zusammenwirken von Sozialdemokraten und Linksliberalen, ihren Willen Ausdruck verliehen, und überall haben sich die Kundgebungen auch im Freien in musterhafter Ordnung vollzogen, solange nicht die Polizei durch unvorsichtiges und übereifriges Einschreiten Bewirrung schaffte. Besonders bezeichnend hierfür sind die Vorgänge am Berliner Bismarckdenkmal, wo ein Trupp von 30 Polizisten eine Ansammlung von Demonstranten, die sich eben zerstreuen wollte, in diesem Vorhaben ganz zwecklos stöberte und sich so lediglich als Verhinderungsmittel erwies. Die Polizei sollte doch endlich einmal einsehen, daß sie angesichts der jetzt allenthalben mit elementarer Gewalt sich durchsetzenden Wahlrechtsdemonstrationen dann am besten ihre Ansehen und ihre Würde wahrt, wenn sie den Volkswillen respektiert und sich auf die wirklich notwendigen Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ordnung beschränkt. Die Wichtigkeit dieser Maßnahmen ist die Herbeiführung eines Einvernehmens mit den Arbeiterorganisationen, deren Ordnungsdienst sich bei den verschiedenen Gelegenheiten, unter anderem bei der großen Kundgebung auf der Frankfurter Hundswiese, in hervorragender Weise bewährt hat. Statt dessen hat der Berliner Polizeipräsident, der bei früheren Demonstrationen sich einer erschütterlichen Zurückhaltung befleißigt hatte, sich jetzt auf einen Kleinriegel mit der Sozialdemokratie eingelassen, der ihn selbst offenbar nödriger macht als seine Gegner. Niemand wird behaupten können, daß für das Verbot der Versammlung im Treptower Park irgend welche sachliche Gründe geltend gemacht sind; dies Verbot war vielmehr der erste große Fehler, den Herr v. Jagow in der vorigen Woche machte. Weinade noch verfehlter als die Verweigerung der Versammlungsgenehmigung war dann das Verbot des Treptower Spaziergangs, und die zu seiner Durchführung angeordnete Schließung des Treptower Parks. Diesem zweiten Verbot fehlte überhaupt die gesetzliche Grundlage; denn es ist eine überaus gefühlsvolle Konstruktion, einen solchen Spaziergang, bei dem keinerlei Verhandlung stattfindet und keinerlei Neben gehalten werden, als eine Versammlung im Sinne des Vereinsgesetzes hinzustellen. Herr v. Jagow hätte an dieser Stelle um so weniger seine Furcht nehmen sollen, als die auf ihre basierende Schließung des Treptower Parks, in dem die Berliner sich Sonntags in großen Scharen zu ergehen pflegen, eine überaus rigorose und erbitternde Maßnahme war, die zudem den angekündigten Wahlrechtsspaziergang nicht einmal verhindert, sondern nur auf einen anderen Schauplatz verlegt hat.

## Die englische Presse über den Berliner Wahlrechtsspaziergang.

Die großen englischen Blätter, die liberalen wie die konserbativen, beschäftigen sich größtenteils sehr eingehend mit der Wahlrechtsdemonstration des letzten Sonntags, und alle, auch die streng konserbativen, verurteilen das provokatorische sinnlose Vorgehen der Berliner Polizei, wobei manches spöttische Wort über den geistvollen Kopf fällt, der zurzeit diese Polizei leitet. Diese Urteile sind nicht nur insofern bedeutungsvoll, als man die Korrespondenzen der englischen Blätter aus eigenem Augenschein berichten, während die Mehrzahl der hiesigen reaktionären Blätter gar keine Berichterstatter an Ort und Stelle hatte und einfach auf Grund der Polizeiangaben und der Mitteilungen einiger liberaler Blätter ihre schönen „Originalberichte“ zusammenstimmte, sondern noch weit mehr deshalb, weil diese englische Presse eine riesige Verbreitung hat und im englisch-sprechenden Auslande den Ton angibt. Was sind die jämmerlichen Blätter von der Art der „Nordd. Allgem. Rig.“, der „Post“, der „Tägl. Rundschau“ usw. die über einen wenige Tausend Leser umfassenden Kreis fast niemand kennt, gegen Blätter wie die „Times“, „Daily Mail“, „Daily News“, „Daily Telegraph“? Der Bericht dieser Blätter geht in die ganze Welt hinaus, und er wird dazu beitragen, das preussische Junkerregiment und die Berliner Polizei noch verächtlicher im Ausland zu machen, als das bisher schon der Fall war.

Leider gestattet unser Raum nur, einige dieser Urteile über die Demonstration und die Polizei hier mitzuteilen.

Der „Daily Telegraph“ schreibt: „Es sind aber sogar der zahlreichen Berliner Polizei, die im größten Teil Berlins nirgends zu sehen war, Grenzen gezogen. Da, wo keine Polizei war, haben sich mächtige Demonstrationen zugeeigenschaftet. Es war wie Babel. Wie aus der Erde wuchsen die Demonstranten. Kein besserer Beweis von der Vollkommenheit der sozialistischen Organisation hätte geliefert werden können. An der Spitze der Sonntagsnummer des „Vorwärts“ erschien nur die Notiz: „Heute von 1-2½ Uhr Wahlrechtsspaziergang.“ Wo dieser stattfinden sollte, wurde nicht gesagt. Das zeigt, wie vortrefflich die Organisation gewesen ist. Alle Leute meinen, die Demonstration würde im Treptower Park vor sich gehen. Die Sozialisten wußten es besser. Der Plan war geändert worden, und mit geradezu verblüffender Schnelligkeit wurde geheim die Parole erteilt: „Nach dem Tiergarten.“ Es ist unmöglich, mit irgendwelcher Genauigkeit die

Polizei derer zu schätzen, die an der Demonstration teilgenommen haben. Die, die am besten in der Lage sind, ein Urteil abzugeben, meinen, daß sie noch größer gewesen sei wie am 13. Februar. Also zwischen 100 000 und 250 000 Personen. Nach und nach, mit der größten Ruhe, strömten die Demonstranten aus den ungeführten Straßen in den Tiergarten, und bald war dieser große Park überschwemmt. Sie zogen die Alleen in loser Ordnung entlang, hier und da singend, aber sie zeigten keine Neigung zur Ausübung irgendwelcher Gewalttätigkeiten. Hin und wieder rief einer unter der Masse: „Hoch das allgemeine Wahlrecht!“ und drei- bis vierhundert Personen in seiner Nähe antworteten mit dem gleichen Ruf, wobei sie ihre Hüte in der Luft schwenkten. Die Polizei ist vollständig überzumpelt worden. Sie hatte nicht diese Entwicklung erwartet. Als der erste Demonstrationenzug den Königsplatz gegenüber dem Reichstagsgebäude erreicht hatte, wurde in aller Eile ein Trupp berittener Schulleute von den Linden herangezogen. Dieser sprengte in die Menge hinein und bearbeitete sie mit dem flachen Säbel. Eine Anzahl von Männern, Frauen und Kindern wurden über den Haufen geritten, und einige von ihnen von den Hufen der Pferde verletzt. Die Attacke war aber wirkungslos. Es wäre ebenso aussichtslos gewesen, einen Schwarm heuschrecken abzuwehren. Es hätte eine ganz andere Taktik eingeschlagen werden müssen, um die Massen aus dem Tiergarten herauszudrängen. Das gestattete aber das Polizeiregime nicht. Es ist nicht elastisch genug dazu. So wurde denn die Polizeitruppe abberufen und mußte sich damit begnügen, die Massen in Bewegung zu halten.“

„Daily Chronicle“ berichtet:

„Das ganze Vorgehen der Polizei war lächerlich und übertrieben. Sie hat durch ihr Vorgehen mehr zur Propagierung des Sozialismus beigetragen, als wenn sie den friedlichen Demonstrationenzug erlaubt hätte. Die öffentliche Meinung ist bis auf den höchsten Grad gereizt, und wenn am Sonntag noch eine Kollision vermieden wurde, so dürfte sie vielleicht bei der nächsten Demonstration stattfinden.“

Die „Times“ melden:

„Um ungefähr 2 Uhr kamen große Mengen aus den ungeführten Straßen des Südens und Südwestens und drängten die Siegesallee entlang. In kurzer Zeit war das Reichstagsgebäude umzingelt und die Treppen der Siegesallee, die an den Krieg von 1870 erinnern soll, besetzt. Der ganze Königsplatz war mit einer Menge gutgekleideter und glänzlich aussehender Menschen besetzt. Die unter den unsympathischen Standbildern von Bismarck, Noen und Rolke Höhrufe auf das freie Wahlrecht ausbrachten und die Marschälle saugen.“

Die Polizei ist gemaßregelt worden; sie wurde vollständig überfordert und hatte den Kopf ganz verloren. Sie schlug sogar den unsinnigen Weg ein, die Treppen der Siegesallee und des Reichstagsgebäudes durch berittene Schutzmannschaften säubern zu lassen. Während sich die Polizisten mit den Demonstranten herumbalgten, suchten ganz natürlich die schon gemachten Zuschauer, darunter Frauen und Kinder, die keine Ahnung von den Vorgängen hatten, auf der Plattform der Siegesallee Zuflucht. Als aber von dieser gefährlichen Stelle einige Rufe wie „Psst!“, „Muthunde!“ und „Sie können nicht mal reiten!“ ertönten, ritten die Polizisten die Treppen hinauf und sprengten in die wehrlose Menge. . . .

Die Demonstration ist mit Erfolg durchgeführt worden. Sie war mit voller Ueberlegung geplant und die Führer haben offensichtlich ihren Einfluß dahin ausgeübt, daß irgendwelche Zwischenfälle zu vermeiden seien. Die Truppen der Berliner Garnison waren den ganzen Tag über konzentriert.“

Herner schreibt die „Westminster Gazette“, daß die Ereignisse in Berlin an die Vorgänge in England im Jahre 1832 erinnern, an die ausregende Zeit der Wahlreform, in welcher der Volkswille den Sieg über die Privilegien der besitzenden Klassen davontrug. Durch diese Kundgebungen auf der Straße erhielt England erst die Wahlfreiheit, welche es noch heute besitzt. Die „Ball Ball Gazette“ tadelt die Brutalität, welche die Polizei an den Tag gelegt hat und sagt, daß die Berliner Behörden nicht in der Lage zu sein scheinen, die Bewegung absichtsvoll zu bekämpfen. Nach drei- bis vierwöchentlicher Tätigkeit sei es ihnen noch nicht gelungen, die Unruhen zu verhindern. Sie mußte die strategischen Ehren des Tages den Demonstranten überlassen.

## Der Polizeiberfall in Solingen.

Ueber die brutale Attacke auf friedliche Demonstranten, die am Sonntag die Solinger Polizei veranstaltete, um eine rote Fahne zu erobern, geht uns noch der folgende nähere Bericht zu:

Solingen, 7. März.

Die gewaltigste Wahlrechtskundgebung, die Solingen je gesehen hat, war unsterblich die vom gestrigen Sonntag. Die Arbeiterchaft des ganzen Kreises Solingen war auf den Plan gerufen. Stundenweite Bege wurden von den Arbeitermassen zurückgelegt, die sich die Teilnahme am Massenmeeting nicht nehmen lassen wollten.

Der Ruf und Abmarsch der Massen — wohl an die 2000 Personen — auf dem weiten Felde vor der St. Sebastian-Schützenhalle wickelte sich in der größten Ordnung ab. Nach Schluß der Versammlungen zogen die Wahlrechtskämpfer durch die Hauptstraßen der Stadt. Schon zu Beginn des Demonstrationenzuges verfuhr ein Polizeibeamter sich in den Besitz einer der drei im Zuge mitgeführten roten Fahnen zu setzen, was ihm aber nicht gelang. Um jede Verschärfung dieses Zwischenfalles zu verhindern, ließ sich einer unserer Genossen von einigen anderen emporheben und ernannte, die Ruhe zu bewahren und sich nicht provozieren zu lassen. Ein zweiter Vorstoß der Polizeibeamten mißlang ebenfalls, und ruhig und friedlich näherte sich der gewaltige Zug der Demonstranten, von der Wälderstraße kommend, dem Rathaus.

Hier hatten, am Eingang zur Kölner Straße, einige Schulleute Auffassung genommen. Allen voran wieder einer der „Schymänner“, der schon früher versucht hatte, die Demonstration zu stören. Auf ihn sah man die Spitze des Zuges vorbeimarschieren. In diesem Augenblick kam ein Straßenbahnwagen vorbeigefahren, und durch die so freigewordene Lücke schob sich plötzlich ein Haufen „Schulleute“, allen voran wieder der schon oben gekennzeichnete Schymann — kind ist sein Name — um die von einem Demonstranten getragene rote Fahne wegzunehmen. Bevor die Polizei jedoch an der Fahne angelangt war, ereignete sich etwas Unerhörtes, was den Zuschauern das Blut in den Adern erstarren ließ. Ohne auch nur im geringsten einen Unfall gehabt, ohne irgend eine Aufforderung zum Auseinandergehen gegeben zu haben, zog die Polizei plötzlich blank und der Polizeisäbel saute ohne Rücksicht auf die Demonstranten, Männer, Frauen und auch Kinder, sowie völlig unbeteiligte

Personen wieder. Einige Schulkollegen entrißen dem Träger die rote Fahne. Unter Schreienrufen der Frauen und Kinder stob die Menge nach allen Richtungen auseinander, und der Rücken der Gleichen bekam nun erst recht den Solinger Polizeifabel zu kosten. Ohne Erbarmen, blindlings schlug man auf die Gleichen ein. Die „Schulkollegen“ gebärdeten sich wie besinnungslos, selbst auf einen zur Erde niedergefallenen Knien Menschen schlug man weiter ein. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen. Wahlos griff man die Passanten heraus und schleppte sie nach der Wachtstube.

Wie ein Lauffeuer verbreitete sich die Nachricht von dem unerhörten Vorgehen der Polizei durch die Stadt und benachbarten Ortsteilen. Neue Scharen zogen heran, um sich von der Wahrheit des Geschehens zu überzeugen. In Gruppen standen die Menschen beisammen und erörterten in großer Erregung die Vorgänge. Entrüstungsrufe wurden laut, nirgends fand sich ein Mensch, der auch nur ein Wort der Entschuldigung für die Polizei hatte. Selbst Bürgerliche beurteilten das Vorgehen der Polizei mit aller Schärfe. Die bekanntesten Genossen und Organisationsleiter hatten alle Mähe, die Volkmenge zu beruhigen und bis gegen 10 Uhr abends war das Rathaus, wo sich der Vorkauf ereignete, das Ziel vieler Tausende. Der größere Teil der Bürgerlichen Presse sucht die Schuld an den Vorkommnissen den Demonstranten zuzuschreiben. Das ist indes ein absolut ausschließliches Beginnen. Der Redakteur eines Solinger bürgerlichen Blattes, der an der Stelle, wo sich die blutigen Vorgänge ereigneten, wohnt und den Vorgang von einem Fenster seiner Wohnung aus beobachtete, erklärt in seinem Blatte, daß die Schuld allein bei der Polizei liegt, die ohne jede Veranlassung vorgehen hat. Die Erregung in der Arbeiterschaft über die Vorgänge ist groß. Glücklicherweise haben sich die Verwundungen, die einige Personen erlitten, nicht als so gefährlich erwiesen, wie anfänglich angenommen wurde.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 8. März 1910

### Zustände auf den Werften.

Aus dem Reichstage, 8. März. Genosse Sebering hatte es übernommen, die möglichen Zustände auf den Werften eingehend zu beleuchten. In den Vordergrund seiner Erörterungen rückte er das Verhalten der Behörde gegenüber den Arbeitern. Auch die Marineverwaltung stellt sich auf den Standpunkt, daß sie Sozialdemokraten nicht zu dulden brauche, obgleich tatsächlich sofort die ganzen Werftbetriebe lahmgelegt würden, wenn sämtliche Sozialdemokraten — die ja die Mehrheit der Arbeiterschaft ausmachen — die Werften verlassen. In der späteren Beantwortung der Seberingschen Ausführungen suchte dann auch der Geheimen Admiraltätsrat Harm's sich zwischen diesen Unstimmigkeiten hindurchzuwinden, indem er einen knifflischen Unterschied machte zwischen dem Recht auf Ueberzeugung, das er den Arbeitern gütigst zugesteh, und dem Recht auf Betätigung der Ueberzeugung, das er ihnen verweigert.

Hauptsächlich rügte Sebering die Schlafperreien auf den Werften selbst, insbesondere in Danzig, wo den ihm zugegangenen Informationen nach ähnlich wie in Kiel Militärmaterial vergeudet worden ist. Es soll dort in einem alten wassergefüllten Festungsgraben wertvolles Material hineingeschüttet worden sein. Sebering's Wunsch, daß zur Nachforschung an dieser Stelle unparteiische Personen herangezogen würden, ist vom Marineamt mißachtet worden. Man hat dem Oberaufsichtsdirektor die Sache in die Hand gegeben, der als Oberaufsichtsbehörde die Mitverantwortung trägt! Herr Harm's konnte dann auch triumphierend mitteilen, daß nichts von Belang gefunden worden sei. Sebering machte dem gegenüber geltend, daß den neuerdings ihm zugegangenen Informationen nach nicht gründlich und sorgfältig genug geforscht worden ist. Wie die Sache liegt, wird sich wohl überhaupt niemals mehr feststellen lassen; denn Leute, die ein Interesse daran haben, daß nichts gefunden wird, können mittlerweile kompromittierendes Material beseitigt haben.

Eine interessante Nebenerscheinung hat diese Kontroverse aber noch gezeigt. Wie aus den Akten hervorgeht, hat die Behörde in Danzig einen von Sebering ausgelieferten Situationsplan der Stelle, wo die Materialen versenkt worden sein sollen, dazu mißbraucht, durch Prüfung des Papiers dem Absender (dessen Namen Sebering natürlich verschwiegen hat) auf die Spur zu kommen! Das spricht Bände zur Erläuterung der Erklärungen des Herrn v. Tirpitz über sein Verhalten gegenüber den Beamten.

Die sozialdemokratische Resolution auf Einsetzung einer Untersuchungskommission wurde natürlich abgelehnt.

### Der Minister gegen Sozialpolitik.

Endlich hat der Handelsminister Sydow so eine Art von Programm entwickelt, wenn das, was er in der Dienstagssitzung des Abgeordnetenhauses in Erwiderung auf die Rede unseres Genossen Leinert zum Handelsrat sagte, ein Programm genannt werden kann. Mit Recht hatte Leinert auf die eigenartige Erscheinung hingewiesen, daß es in Preußen Sitte geworden ist, daß neu ernannte Minister ihr Programm nicht vor dem Parlament, sondern bei irgendwelchen festlichen Veranstaltungen entwickeln. Dieser Unsitte ist auch Herr Sydow treu geblieben: er hat sein Programm auf der Festversammlung des Vereins zur Förderung des Gewerbesinnes dargestellt, und dieses Programm beweist, daß der neue Minister sozialpolitischen Fortschritten durchaus abgeneigt ist. Es war ein anschauliches, allerdings kein erfreuliches Bild, das Leinert, gestützt auf ein reichhaltiges Material, vor dem Hause entrollte. Mit großer Schärfe gezielte er die Rückständigkeit Preußens in allen sozialpolitischen Fragen, kennzeichnete er die ganze Art der preussisch-deutschen Sozialpolitik, schilderte er den mangelhaften Arbeiterschutz, vor allem die unzureichende Gewerbeinspektion, deren Ausbau die Sozialdemokraten leider vergebens im vorigen Jahre gefordert haben. Mit Recht konnte unser Redner in seiner wichtigen Anklagerede behaupten, daß die Tätigkeit des Handelsministers direkt hinüberführe in das Lager der nationalliberalen und freikonserватiven Separatisten!

Vor Leinert hatte der Freisinnige Rosenow eine Rede vom Stapel gelassen, in der er nach echt freisinniger Art die Interessen aller Schichten der Bevölkerung zu wahren versprach, auf deren Stimmen die Freisinnigen bei der Wahl angewiesen sind; vom Arbeiter über den Handwerker bis zum Großindustriellen. Nach Leinert kam der konservativ-konnumerarbeiter Hammer zu Worte, der offenbar das Abgeordnetenhause mit einem Kabarett verwechselte. Inhaltlich bot seine Rede nichts Bemerkenswertes. Denn daß wir die Wutausbrüche des Herrn Hammer über die sozialdemokratischen Straßendemonstrationen ernst nehmen, wird er selber wohl nicht glauben.

Auch die Antwort des Ministers ist kaum der Erwähnung wert. Sollte er doch selbst, daß er nur deshalb antwortete, damit es nicht hinterher heiße, er habe zu den Keulenschlägen Leinerts geschwiegen! So stammelte er denn ein paar Phrasen gegen die Sozialdemokratie, erklärte feierlich, daß er kein Minister gegen Sozialpolitik sei, sagte den Unternehmern einige Schmeicheleien und setzte sich unter lebhaftem Beifall. Sein Gehalt hat er sich dadurch reichlich verdient.

Da die Debatte sehr langsam fortschreitet, wurde eine Abend-sitzung anberaumt. Die weiteren Dispositionen des Hauses gehen dahin, daß am Freitag die zweite, am Mittwoch nächster Woche die dritte Lesung der Wahlrechtsvorlage beginnt. Vom 18. März bis 8. April sind Osterferien. Am 12. April soll dann die endgültige Abstimmung über das Wahlgesetz erfolgen.

### Die Reichstagskandidatur des demokratischen Neugaten Blumenthal.

des von der liberalen Mehrheit des Gemeinderats von Colmar zum Bürgermeister und Landesausschuhabgeordneten gewählten Vorsitzenden der Elsaß-Lothringischen Volkspartei im Reichstagswahlkreis Mülhausen, wird von der liberalen Presse bekräftigt und propagiert, nachdem Blumenthal selbst (eben ein gewonnenes Dementi) erlassen hatte. Die Sozialdemokratie wird dafür sorgen, daß die Dreifachheit dieses politischen Hampelmannes, der als nationalisticher Sammelkandidat auftritt, zur gründlichen Lektion für ihn wird.

### Die Reichsversicherungsordnung.

Der Bundesrat hat am Montag dem Entwurf der Reichsversicherungsordnung zugestimmt, so daß das Gesetz, wie schon früher angekündigt wurde, noch vor den Osterferien dem Reichstag zugehen wird.

### Die Jungen unter der Fuchtel der Alten.

Unter den Jungliberalen im Westen war es in letzter Zeit zu Erscheinungen und Äußerungen gekommen, aus denen ein illustriertes Gemüt hätte schließen können, daß im Herzen der Jungliberalen Söhne altliberaler Väter so etwas wie ein demokratischer Geist keime, daß die hoffnungsvolle Jugend auf eine Revision des Liberalismus nach der vollständigen, freiheitlichen Seite hin wies. Die Sozialdemokratie wurde hier und da als der im Verhältnis zum Zentrum weniger schlimme Feind erklärt; einzelne vorwegene Gemüter stellten die Sozialdemokratie — welche Ehre für uns! — sogar als bündnisfähig für den Liberalismus hin; man sah Jungliberale in demokratischen Versammlungen und hörte sie hier — wie ein Radikalismus! — sich für die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen aussprechen. Das ist in den Kreisen der nationalliberalen Prinzipienwächter übel vermerkt worden und die „Kölnische Zeitung“ weiß zu melden, daß derartige Vorkommnisse bei Wahlen, in Versammlungen und Schriften „berechtigten Anlaß zu Bedenken“ gegeben hätten, „ob nicht die nationalliberale Jugend zu sehr die Grenzen zwischen Bürgerium und Sozialdemokratie aus den Augen verloren hätte.“ Die nationalliberalen Prinzipienwächter und Geldgeber der liberalen Jugendbewegung scheinen den Jungliberalen ihre „Bedenken“ recht eindringlich zum Bewußtsein gebracht zu haben, denn das Organ des jungliberalen Reichsverbandes bringt in seiner letzten Nummer einen Aufsatz, der, wie die „Kölnische Zeitung“ mit Genugtuung bemerkt, „scharf die Richtung zieht für die Politik der nationalliberalen Jugend“. Es heißt in dem Aufsatz:

„Der Liberalismus kann nie und nimmer in prinzipieller Verbindung mit der Sozialdemokratie seine Aufgaben lösen — auch vorübergehend nicht —, sondern allein dadurch, daß er gerade in unseren Zeiten des politischen Ueberganges zu neuen Verhältnissen, mehr und kräftiger und immer energischer sich auf seine eigenen Grundlagen besetzt. Nicht Verwischung, sondern Hervorkehrung der unterscheidenden Merkmale, das muß unsere Lösung sein! Es ist noch nicht lange her, daß der Liberalismus die Gefährlichkeit seiner eingegangenen Verbindung mit rechts eingesehen hat, gerade noch frühzeitig genug, um nicht in dem Extrem rechts teilweise aufgegangen zu sein; er wird darum jetzt nicht so töricht sein, sich nochmals in dieselbe Lebensgefahr zu begeben, bloß weil sie links von ihm liegt. Alle politischen Bündnisse sind für den Liberalismus vorsichtig, sehr behutsam zu behandeln, sonst verliert er mehr, als er gewinnt. Und den unbedingt festzustellenden politischen Freiheitsdrang unseres Volkes soll man nicht dadurch zu stillen suchen, daß man blindlings der Masse schmeichelt und der Sozialdemokratie sich an die Rockschöße hängt, sondern dadurch, daß man die theoretischen Grundlagen des Liberalismus der Masse predigt und sie so von den verderblichen Einflüssen einer alles gleichmachenden Demokratie befreit.“

Die „Kölnische Zeitung“ glaubt, die in diesen Worten empfohlene Behutsamkeit und Vorsicht in der Behandlung der von der nationalliberalen Partei einzugehenden Bündnisse mit anderen Parteien, besonders der Sozialdemokratie, aus dringendste Empfehlung zu können. Das Blatt des wasserdichten Konmerzentratsliberalismus dringt sogar darauf, daß die Grenzlinie zwischen den Nationalliberalen und den jetzt geeinigten Vindliberalen möglichst erkennbar bleibe; gerade in der Rheinprovinz sei es nötig, daß in dieser Beziehung klare Verhältnisse hergestellt würden.

Die Jungliberalen wissen also, was sie zu tun haben. Hübsch im nationalliberalen Geiste bleiben! Sie dürfen zwar kräftig auf das Zentrum schimpfen, aber nicht tun, um durch den Anschlag an Links dem Zentrum ernstlich zu Leibe zu gehen. Für den nationalliberalen Schatzmacher, den nationalliberalen Professor und erst recht für das nationalliberale Regierungsbüro ist und bleibt der Sozialdemokrat und ihm gleichgeachtet wird jeder, der sich soweit vergibt, an dem Geldwahlrecht zu rühren und Preußen in die Reihe der Kulturstaaten führen zu wollen. Und daß die Jungliberalen nicht nur in ihren Worten, sondern auch in ihren Taten sich der Anweisung der Alten zu fügen wissen, haben sie bei der Erbschaftwahl in Rülheim-Gunnersbach-Wippertüth bewiesen, wo sie in der Stichwahl sich so „vorsichtig und behutsam“ verhalten haben, daß man nicht das mindeste von ihnen merkte.

### Aus dem bayerischen Landtag.

München, 5. März. Verhältnismäßig rasch war die Generaldiskussion des Etats des Innern erledigt. Eine große Anzahl von Rednern sprach über eine noch größere Anzahl von Gegenständen. Die Redner aller Parteien, von unserer Seite die Genossen Dorn und Sackler, forden eine Revision des Heimats- und Armengesetzes. Beide, besonders das letzte, sind total veraltet, und das Abschließen der Armen und Hilfsbedürftigen von einer Gemeinde in die andere nimmt nicht selten die rohesten und standalösesten Formen an.

Unsere Redner verlangten weiter die Einführung des proportionalwahlrechties für alle Gemeinden, also auch für die unter 4000 Seelen, und Erweiterung des Kreises der Gemeindevorsteher durch Ermächtigung der Bürgerrechts-gelähr.

Ein Zwangsenkeignungs-gesetz wird im Interesse des Staates und der Städte als dringend notwendig erachtet, weil die Weiterentwicklung der Städte nach der einen oder anderen Seite nicht selten durch die unerschämte hohen Bodenpreise, die von den Besitzern gefordert werden, gehemmt wird.

Damit die Gemeinden ihre sozialen Pflichten gegen die Armen und Hilflösen, besonders aber gegen die Jugend und Säuglinge besser erfüllen können, werden staatliche Mittel zur Unterstützung der Gemeinden verlangt.

Ein besonders wichtiges Kapitel bilden zurzeit die Ueberlandzentralen, durch die Stadt- und Landgemeinden in weiter Ausdehnung mit elektrischer Kraft versehen werden sollen. Als Kraftquellen sind teils die noch auszubauenden Wasserkraft, teils die staatlichen Kohlenbergwerke aufzusehen. So erfreulich die Idee an sich ist, so unerfreulich ist es, daß nicht der Staat der Träger dieser Zentralen werden soll, sondern die Schuckert-Gesellschaft. Also auch hier will man für die Allgemeinheit bedeutsame wirtschaftliche Unternehmungen wieder der Ausbeutung des Privatkapitals überlassen.

In die Gebühren-gesetz-novelle, die tags zuvor erledigt wurde, hat die sozialdemokratische Fraktion noch einige Erhöhungen hineingebracht, die eine Besteuerung der Eitelkeit bedeuten. Sie beantragte die Erhöhung der Gebühren für Titel- und Ordenverleihungen. Danach sollen die neuernannten Kammerer anstatt 60 M. künftig 600 M., die Kammerjunker anstatt 30 M. 200 M. zahlen. Die Eintragungsgeldern sollen beim „von“ von 30 auf 60 M., beim Ritterstand von 50 auf 100 M., beim Freiherrenstand von 100 auf 200 M., beim Grafenstand von 300 auf 600 M. erhöht werden. Außerdem wird in einer Resolution verlangt, daß die Gebühren für die erblichen Reichsräte, Geheimen Kommerzienräte und dergleichen wesentlich hinaufgehoben werden. Dieselben sind namentlich gegenüber Preußen lächerlich gering. So kostet der erbliche Reichsrat nur 30 M., und der Geheimkommerzienrat nur 100 M., letzterer in Preußen dagegen 5000 M.

Nach einer eingehenden Begründung der Anträge durch den Genossen v. Haller werden alle Anträge trotz der Einwendungen der Regierung nahezu einstimmig angenommen.

Leider wurden auch die Anträge auf Einführung von sehr bedeutenden Gebühren auf die Konzession von Wirtschaften angenommen. Sie kommen zur Erhebung sowohl bei Neuerichtung als auch beim Anhaber- oder Pächterwechsel. Sogar diese weitere Belastung des Wirtschafters, das schon durch die Reichsfinanzreform getroffen wurde, wandten sich die Redner der sozialdemokratischen Partei: v. Haller und Sackler.

In der namentlichen Schlussabstimmung wurde das ganze Gesetz mit 82 gegen 42 Stimmen angenommen. Dafür votierten Zentrum und Bauernbund, dagegen Liberale und Sozialdemokraten.

### Die Jagows.

Dem „Berliner Tageblatt“ wird aus Halle a. S. von einem Jagow berichtet, der seines Berliner Nennbruders würdig ist. Es handelt sich um den Provinziallandtagsabgeordneten v. Jagow, Landrat in Osterburg (Altmark). Der Landeshauptmann hatte in der Provinziallandtagssitzung dargelegt, daß man vor einer Steuererhöhung von 1 1/2 Proz. sehe, daß zur Erbauung einer neuen Landesheilanstalt in Erfurt zunächst 8 Millionen und dann noch 2 Millionen nötig seien, daß zur Unterbringung der Sammlungen der Provinz der Bau eines Provinzialmuseums geplant werde, und daß für Lauchstedt mit seinem Kaisertheater 35 000 M. aufgewendet werden müßten.

Da erhob sich Herr v. Jagow und protestierte gegen die vielerlei unnützen Ausgaben, die jetzt in der neuen Zeit aufstehen:

„Den Verzten in unseren Anstalten müssen wir strengste Sparsamkeit zur Pflicht machen. Brauchen denn die immer die neuesten und modernsten Instrumente? Sie sollen sich einrichten. Kerze schreiben gern Recepte, aber Recepte schreiben sie nicht gern. Eine ganz ärgerliche Ausgabe würde eine Einwilligung für Lauchstedt sein. Als wir das Theater übernahmen, hieß es, das kostet 20 000 M. Nun will man schon wieder 35 000 M. haben. Die Uebernahme der altbewährten Klosterhöfe Asendorf hat mir der Provinzialausschuß abgelaßt. Solch eine geistliche Stätte steht doch höher als Lauchstedt, wo Schiller und Goethe ihren legitimen und legitimen Vergnügungsort nachgingen. Und das Provinzialmuseum endlich! Da können wir doch einfach die einmal übernommenen Sammlungen irgendeiner Stadt, z. B. Magdeburg, Erfurt, Stendal oder Salzwedel übergeben. Die Straßenbauten kosten uns schweres Geld. Um einen Teil der Ausgaben wieder herbeizukriegen, wollen wir die Automobile mit einer gehörigen Abgabe belasten.“

Der Provinziallandtag nahm manche Ausführungen des Herrn v. Jagow mit schallender Beifall auf.

### Landtagswahlwahl in Viefelfeld-Herford-Dalle.

Bei der Dienstag stattgefundenen Erbschaftwahl zum Landtag im Wahlkreis Viefelfeld-Herford-Dalle wurde an Stelle des verstorbenen freisinnigen Abgeordneten Lorenz der nationalliberale Kandidat Weier zu Jerrendorf mit 520 Stimmen gewählt. Der Kandidat der Freisinnigen und eines Teils der Nationalliberalen, die gespalten waren, erhielt 423 und der christlichsoziale Kandidat 84 Stimmen. Die Sozialdemokratie stimmte für den freisinnigen Kandidaten. Die Konservativen sind für Jerrendorf eingetreten.

### Frankreich.

#### Unterschlagungen von Ordensgelbern.

Paris, 8. März. Der mit der Liquidation mehrerer großer Kongregationen beauftragte gerichtliche Liquidator Duez ist verhaftet worden. Er ist verdächtig, große Unterschlagungen begangen zu haben.

### England.

#### Eine Radwahl.

London, 7. März. Bei der Radwahl für das Unterhaus in Ilkerton wurde heute der Unterstaatssekretär im Kolonialamt Seely, der bei den Hauptwahlen keinen Sitz errang, mit 10 204 Stimmen gewählt. Der unionistische Gegenkandidat erhielt 6871 Stimmen. Seine Majorität beträgt also 3300 Stimmen, während sie kürzlich bei den Hauptwahlen 4200 betragen hatte.

#### Unzufriedenheit der Konservativen.

London, 5. März. (Sig. Ver.) In einflussreichen konservativen Kreisen herrscht viel Unzufriedenheit mit der Haltung der Führer der Opposition. Ihr Organ ist die „Morning Post“, die in ihrem Leitartikel Mr. Balfour und Mr. A. Chamberlain einer scharfen Kritik unterzieht. Das Blatt ist der Ansicht, daß es die Pflicht der Opposition gewesen wäre, die Regierung zu kürzen und mit Hilfe der Frey, die samt und sonders Schuldhänger und gegen den freihändlerischen Etag sind, einen neuen Etag zu entwerfen, die Staatsfinanzen zu regeln und Tarifreform einzuführen. Durch die Passivität der Konservativen habe die liberale Regierung die Möglichkeit gewonnen, das ihr am besten zukommende Stimmfeld zu wählen. Nach Ansicht der „Morning Post“ wird die Regierung den Kampf gegen die Lords beginnen und auf Grund dieses Kampfes das Parlament auflösen und Neuwahlen ausgeschrieben. Neben dem Kampfe gegen die Lords wird die Regierung auch als Wahlsparole den Lordsentscheid in Sachen Osborne gegen den Eisenbahnverband nehmen, „um die Konservativen bei den Arbeitern ebenso zu ruinieren, wie der Duff-Gale-Entscheid sie in den Januarwahlen 1906 ruiniert hat“. Das Blatt fordert die Opposition auf, ihre ganze Energie anzuspannen, „um das zweifelhafte perfidie Ministerium, das je dieses Land regiert hat, zu stürzen“.

Es ist indes der Opposition nicht mehr möglich, die Regierung zu kürzen, so lange die Frey an den Bestimmungen nicht teilnehmen. Und bleibt die Regierung ihrem Versprechen treu, werden an das alte noch an das neue Finanzgesetz heranzugehen, bis die Reichsresolutionen erledigt sind, so hat sie es in ihrer Macht, die Konservativen bei den nächsten Wahlen in die Defensive zu drängen.

# Gewerkschaftliches.

## Kriegsrüstungen im Baugewerbe.

Der „Verband der Baugeschäfte von Berlin“ will durch- aus nicht die erwünschten Fortschritte machen, obgleich die Bewegung im Jahre 1907 für ihn einen günstigen Verlauf nahm. Welche Ursachen für diesen Umstand maßgebend sind, soll hier nicht untersucht werden; aber genug, es geht nicht recht vorwärts. Die uns von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, schwankte die Mitgliederzahl seit 1907 zwischen 550 bis 600. Das ist aber nur ein geringer Teil der ständig Arbeit ausführenden Arbeitgeber des Geltungsbereichs jenes Verbandes. Im verflochtenen Jahre ging aber die Mitgliederzahl auf 532 herab.

Angeichts des bevorstehenden Kampfes wendet der Vorstand dieses Verbandes sich in einem Rundschreiben „erneut an alle Arbeitgeber im Baugewerbe Groß-Berlins, welche dem Verbands der Baugeschäfte noch fernstehen, mit der ersten und dringenden Bitte, endlich die Mitgliedschaft beim Verbands zu erwerben.“

Da auch bei diesen edlen Herren vom Bau das Klappern zum Handwerk gehört, so arbeiten sie wieder nach der bereits etwas abgegriffenen Methode und verweisen auf die rührige Agitation der Organisationen der Arbeiter und deren Hochblätter, um damit den spröden und widerpenstigen Geist ihrer „sehr geehrten Herren Kollegen“ für den Anschluß an den Verband geneigter zu machen.

Dem wohl hinlänglich bekannten Bedenken, daß der Beitrag zum Verbands zu hoch wäre, wird mit dem recht vortierlichen Argument begegnet, daß die Herren ja „Tausende für Krankenaffen, Invalidenversicherung, Berufsgenossenschaften usw. für ihre Arbeitnehmer ausgeben müssen und daß in jedem Gewerbebetriebe ein Betrag vorhanden sein muß, der für die eigenen Interessen und für das eigene Wohl und Wehe aufzuwenden ist.“

Um den Zeitgenossen zu beweisen, daß der Vorstand offen Anforderungen der Neuzeit gerecht werden will, eröffnet er auch eine billige Woche a la Bertheim und Lütz und sagt:

„Auf Wunsch stehen Ihnen unsere Sagen zur Verfügung. Der Beitrag beträgt 2/3 pro Wille der im Jahre gezahlten Lohnsumme. Weiterer Zahlungsverpflichtungen bestehen nicht mehr. Es wird kein Eintrittsgeld mehr erhoben, ebenso wie von der Zahlung zum Verbandsfonds bei Eintritt Abstand genommen worden ist. Die Hinterlegung von Schecks ist in den Sagen gestrichen und es ist somit alles geschehen, um den Eintritt zu erleichtern.“

In nicht mißzuverstehender Weise wird auf den Ablauf der Tarifverträge hingewiesen und dann nochmals die dringende Bitte ausgesprochen, dem Verbands beizutreten.

Die Forderung: „Bund der Bau-, Maurer- und Zimmermeister Berlins“ ergreift einige Zeit darauf ebenfalls zugunsten der Agitation des Verbandes das Wort. Sie wendet sich mit einem Rundschreiben an diejenigen Innungsmitglieder, die dem Verbands der Baugeschäfte noch nicht beigetreten sind und legt ihnen den Anschluß recht dringend ans Herz. Sie erinnert daran, daß seinerzeit der Verband der Baugeschäfte von den Bauinnungen Groß-Berlins gegründet worden ist und weist weiter darauf hin, daß der demnächstige Ablauf des Tarifvertrages der Arbeitgeberchaft mit besonderem Nachdruck die Pflicht auferlegt, zur Wahrung der Berufsinteressen lückenlos zusammenzustehen.

Der „Leipziger Volkszeitung“ ist ein Zirkular des Verbandes der Bauarbeiter für Leipzig und Umgegend zugegangen, aus dem deutlich ersichtlich ist, daß auch die Leipziger Bauunternehmer, deren Vorsitzender Enke sich mehrfach rühmte, den Frieden im Baugewerbe erhalten zu haben, auf den Kampf hintreiben. In dem Zirkular, das als „vertraulich“ an die Mitglieder des Verbandes der Bauarbeiter für Leipzig gerichtet wurde, wird zunächst auf die Beischlüsse der Straßburger Hauptversammlung vom 25. Februar hingewiesen und darauf, daß die endgültige Entscheidung in der außerordentlichen Hauptversammlung in Dresden fallen soll. Dann heißt es in dem Zirkular:

„Wenn schon eine friedliche Lösung der Tariffrage allseitig dringend erwünscht ist und erhofft wird, so hat der Verlauf der Hauptversammlung doch gezeigt, daß die Möglichkeit eines über ganz Deutschland sich erstreckenden Kampfes nicht durchaus ausgeschlossen ist, sondern eher wahrscheinlich genannt werden muß, da die Spannung zwischen den Forderungen der Arbeiter und dem, was die Arbeiter zur Erhaltung ihrer Autorität in ihren Betrieben für unumgänglich notwendig halten, eine recht große ist. Es ergab sich in Straßburg aber auch, daß man in allen Teilen des Reiches einmütig und fest entschlossen ist, sich durch die Verhandlungen keineswegs in demütigender Weise zurückdrängen zu lassen, sondern, wenn eine Möglichkeit, durch Verhandlungen zum Frieden zu gelangen, nicht gegeben ist, in den Kampf einzutreten. Wie nun auch die Entscheidung ausfallen möge, — an uns ist es, nicht zu unterlassen, was uns den etwaigen Kampf erschweren oder unmöglich machen könnte. Aus diesem Grunde empfehlen wir vor allem bei Verträgen und Abschlüssen, die Möglichkeit eines Kampfes nicht außer acht zu lassen.“

Aus der Agitation der Arbeitgeber und aus den angegebenen Mitteln können die Arbeiter erfahren, wie rührig die ersteren an der Arbeit sind, um die Reihen zu schließen und den Kampf vorzubereiten. Die Arbeiter müssen daraus lernen und das gleiche tun. Auch ihre Parole soll und kann nur sein: „Eine in die Verbände der baugewerblichen Arbeiterorganisationen!“

### Berlin und Umgegend.

#### Die Lohnbewegung in der Herrenkonfektion

beschäftigte am Montagabend eine zahlreich besuchte Konfektions- schneiderversammlung in den Königsböden. Wie der Referent K u n z e ausführte, haben sich die Verhandlungen in der Herren- konfektion in letzter Zeit gehäuft, was darauf zurückzuführen ist, daß die Arbeiterschaft mit immer größerer Kraft für die Bewegung eintritt. Von einem Teil der Arbeitgeber ist in der vorigen Woche die Frage erzwungen worden, ob man nicht durch eine Kommission aus ihren Kreisen mit dem Schneiderverband verhandeln und auf diesem Wege für die Firmen, die sich dazu bereit erklärten, einen gemeinsamen Tarif abschließen könne. Die Vertreter der Arbeit- nehmer erklärten sich wohl mit diesem Plan einverstanden, jedoch nur unter der Voraussetzung, daß auf Grundlagede bereits ab- geschlossenen Tarife verhandelt werde. Herr Adam, der im Präsi- dential- bureau des Schneiderverbandes war und dort diese Antwort er- halten hatte, hat jedoch bei den übrigen Arbeitgebern keinen Erfolg mit dem Plan gehabt. Die Bewegung muß also in der Weise wie bisher weiter geführt werden, so daß mit jeder einzelnen Firma verhandelt und in jedem Falle getan werden muß, was notwendig ist, um zu einheitlichen Tarifverhältnissen in der ganzen Herren- konfektion zu kommen.

Der Redner berichtete sodann über den Stand der Bewegung bei den verschiedenen Firmen, deren Arbeiterschaft auf der Ver- sammlung ganz besonders eingeladen war. Bei Albalber Stier, der bekanntlich schon im Januar durch den mit großer Einmütigkeit geführten Streik zur Anerkennung des Tarifs ver- zerrant. Redakt.: Richard Barth, Berlin. Inzeratenteil veranm.: H. Bloke, Berlin. Druck u. Verlag: Hermanns Buchh. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Diez zu 4 Beilagen u. Unt.-haltungsbl.

anlaßt wurde, ist jetzt abermals eine Differenz entstanden. Die formelle Unterzeichnung des abgeschlossenen Tarifvertrages ist seinerzeit im Einverständnis beider Parteien hinausgeschoben worden, weil noch einige wenige Positionen im Tarif fehlten. Nun wünscht die Firma Veränderungen des Tarifs, will die Löhne für Kleinstücke, die namentlich von Arbeiterinnen angefertigt werden, niedriger aufgestellt wissen und weigert sich, die Unterzeichnung des Tarifs zu vollziehen. Der Redner schlug hierzu der Versammlung vor, die Ortsverwaltung zu beauftragen, die Unterzeichnung des Tarifs binnen vier Tagen zu verlangen, widrigenfalls die Arbeit wieder eingestellt wird.

Abgeschlossen ist der Tarif bei Rasch u. Lewin auf der Basis des Stiersden Tarifs mit unbedeutenden Veränderungen. Es fehlt jedoch noch der Tarif für Ledern- und Lederwaren, auf den natürlich nicht verzichtet werden kann. Bei Eisbach Rasch ist im Laufe des Monats der Tarif abgeschlossen worden. Es war bekanntlich nur noch über die Sport- und Lederwaren zu verhandeln und es ist gelungen, auch hierin vollständige Einigung zu erzielen. Der Tarif soll am 15. April in Kraft treten, womit sich die Kommission unter der von der Firma anerkannten Bedingung einverstanden erklärte, daß sofort eine Lohnerhöhung von 5 Proz. gewährt wird. — Die Streikenden der Firma Eisbach hielten gestern vormittag eine Versammlung ab, um über die Wieder- aufnahme der Arbeit zu beschließen. — Bei Stern Gebr. ist der Tarif in derselben Weise wie bei den anderen Firmen aner- kannt, bei denen eine Regelung durchgeführt wurde, jedoch sind noch die Löhne für die Hofen- und Wäschearbeit zu regeln. Wenn von dieser Firma neulich in der Versammlung gesagt wurde, daß sie besonders schlechte Löhne zahle, so bezog sich diese Äußerung hauptsächlich auf die Tagelöhner und trifft nicht in dem Maße auf die übrige Arbeit zu. Die Firma stand übrigens schon seit Jahren in einem Tarifverhältnis mit dem Schneiderverband. Die Verhandlungen mit Cohn u. Sohn haben noch zu keiner Einigung geführt. Es sind hier bei einzelnen Arbeiten Löhne ge- boten, die der Versammlung lächerlich gering vorkamen. Dann ist auch noch eine Reduzierung der Serienzahl notwendig. Es soll dort weiter verhandelt werden, worauf die Arbeiterschaft der Firma von neuem zu der Sache Stellung nehmen wird. Bei Bender, u. Gattmann ist es zur Anerkennung des Tarifs gekommen, jedoch fehlt es noch an der Regelung der Tagelöhner- löhne, die ebenfalls in der Weise wie in den anderen Geschäften erfolgen muß. Ferner ist mit der Firma S. Reichmann ver- handelt worden, und zwar mit dem Erfolg, daß der Tarif abge- schlossen werden kann mit der Bedingung, daß eine noch ausstehende Position ebenfalls im Sinne der übrigen Tarifabschlüsse geregelt wird. Ebenfalls ist bei S. Adam die Einigung zustande gekommen, sowie bei Schulmeister entsprechend dem Stiersden Tarif. Allerdings fehlen in dem Tarif der Firma Schulmeister die Rasch- sachen, weil hier bereits ein Tarif der Raschneider abge- schlossen war.

Besondere Beachtung erfordert die Firma Hugo Hermann, die bei den übrigen Konfektionären als außerordentlich konkurrenz- fähig gilt und nun offenbar ihre Konkurrenz durch einen geringeren Tarif, als ihn die übrigen Firmen zahlen müssen, sanktioniert wissen möchte. Sie schlägt eine Serienstufung und Lohnsätze vor, mit denen sich die Arbeiterschaft unter keinen Umständen einverstanden erklären kann. Nur über die Extrararbeiten ist es hier zu einem großen Teil zur Einigung gekommen. Im übrigen aber muß, wenn die Firma sich nicht noch auf gütlichem Wege bereit findet, die Löhne zu zahlen, die andere Häuser bewilligt haben, zu anderen Mitteln gegriffen werden. —

Der Redner erwähnte dann noch eine Reihe anderer Firmen, bei denen die Bewegung eingeleitet ist und wies darauf hin, daß diese Arbeitgeber immer wieder versuchen, durch kleine Lohn- zulagen die Arbeiterschaft von der Durchführung der Tarifforde- rungen abzuhalten. Es ist selbstverständlich, daß die Konfektions- schneider sich durch dergleichen nicht irreführen lassen dürfen und daß sie, wenn der Arbeitgeber Verhandlungen wünscht, ihn stets an die Kommission verweisen müssen. Die von den Unternehmern gebotenen Lohnzulagen haben für die allgemeine und einheitliche Regelung der Verhältnisse in der Herrenkonfektion gar keinen Zweck. Eine dauernde Besserung ist eben nur durch die einheit- liche Regelung möglich, und dieser Grundlag wird auch bei allen Tarifabschlüssen zur Geltung gebracht. Die Organisation scheut dabei vor Kämpfen keineswegs zurück. Kämpfe müssen eben ge- führt werden, um zu geordneten Verhältnissen zu gelangen.

Die „Volkszeitung“ bringt jetzt fortgesetzt Annoncen, in denen Schneider zu „hohen“ oder gar „außerordentlich hohen“ Löhnen verlangt werden. Es liegt im Interesse der Arbeiterschaft nament- lich bei Firmen, wo die Tarifbewegung eingeleitet ist, nicht auf diese Lockungen hereinzufallen. Fester Zusammenhalt in der Organisation ist natürlich vor allem notwendig, um die Bewegung erfolgreich durchzuführen. —

An das Referat schloß sich eine rege Aussprache über die Zu- stände bei verschiedenen Firmen. Die Vorschläge, den Tarif- verträgen bei den Firmen, wo sie in vollem Umfang anerkannt sind, zugestimmen, im übrigen aber weiter zu verhandeln, wurden von der Versammlung gutgeheißen. Ebenso erklärte sich die Ver- sammlung einstimmig damit einverstanden, daß von der Firma Stier die Unterzeichnung des Tarifs binnen vier Tagen ver- lang wird und wenn dem nicht nachgegeben wird, die Arbeit einzustellen ist, sowie, daß bei Hugo Hermann darauf be- stehen werden muß, daß die Firma dieselben Grundpreise anzu- erkennen hat, wie sie bei den anderen Tarifabschlüssen festgelegt sind, und daß, falls die Einigung auf gütlichem Wege nicht zu erzielen ist, die Arbeiterschaft über die weiteren Schritte zu be- schließen hat. —

Es wurden schließlich noch für mehrere Firmen Kommissionen gewählt, die über die Einreichung der Tarife zu beraten haben unter Berücksichtigung der besonderen Arbeiten, die hier und da eine Ergänzung der ja im übrigen einheitlichen Tarifvorlage not- wendig machen.

#### Die Lohnbewegung der Herrenmanganeider in Steglitz.

In Steglitz und Friedenau sind die Herrenmanganeider be- sammtlich aus bestritt, den in ihrer Branche in Berlin durchgeführten Tarif zur Geltung zu bringen. Vor acht Tagen wurden den Arbeit- gebern die Forderungen gestellt. Von einem Teile der Arbeitgeber liegen nun die mehr oder minder entgegenkommenden Antworten vor. Außerdem hat sich aber der Vorsitzende des Arbeitgebervereins im Schneidergewerbe von Steglitz an die Ortsverwaltung des Ver- bandes mit einem Schreiben gewandt, in dem behauptet wird, daß dort ein Tarifvertrag bestehe, der erst einmal gekündigt werden müsse, ehe neue Forderungen gestellt werden könnten. Tatsächlich ist für Steglitz im Jahre 1906 eine Art Tarif zustande gekommen, es ist jedoch weder darin, noch in dem Protokoll jener Verhandlung irgendwelche Kündigungsfrei- seligelegt worden. Die Ortsverwaltung des Schneiderverbandes hat den Vorstand der Arbeitgeber über diese Sachlage unterrichtet. Am Montag waren nun die Herrenmanganeider von Steglitz und Friedenau wiederum versammelt, um über die Bewegung zu be- raten. Ihr Beschluß geht dahin, daß vorerst mit den einzelnen Firmen verhandelt werden soll. Was weiter zu geschehen hat, darüber wird später beschlossen werden.

In der Eisenkonstruktionswerkstatt von Vette u. Schneevogel in Wittenau haben die Arbeiter vor einigen Wochen die Arbeit niedergelegt, um eine Verschlechterung ihres Lohnverhältnisses ab- zuwehren. Anstatt des sonst gewohnten Affordüberschusses, der bei Vette u. Schneevogel niemals erreicht wurde, zahlte die Firma den Affordarbeitern nach Fertigstellung des Affordes eine sogenannte Extrabergütung, die für den einzelnen Arbeiter 1 bis 8 M. betrug. Kürzlich erklärte die Firma, daß diese Vergütung nicht mehr gewährt wird. Die Arbeiter forderten dann als Ent- schädigung für diesen Ausfall eine Lohnerhöhung von 2 1/2 Pf. pro Stunde. Das lehnte die Firma ab. Wiederholte Verhandlungen hatten keinen Erfolg, die Arbeiter traten deshalb in den Streik. Nun wurden vom Arbeitsnachweis der Gelden Streikbrecher ge-

schickt, die aber nach erfolgter Auffklärung durch die Streikenden die Arbeit wieder aufgaben. Die Firma fand andere Streikbrecher, die in die Fabrik einquartiert wurden, um sie vor jeder Berührung mit den Streikenden zu sichern. Auch die Gendarmerie trat in einer Stärke von 14 Mann zum Schutz der Unternehmerinteressen an. Die Streikbrecher erwiesen sich jedoch als ungeeignet für die Arbeit, sie wurden von der Firma entlassen. Von einer Verhängung mit den Streikenden wollte die Firma aber nichts wissen, sie er- klärte vielmehr, sie werde ihren Betrieb für acht Wochen schließen. Da die Firma mit Aufträgen reichlich versehen ist, so wird an- genommen, daß sie ihre Arbeiten in anderen Betrieben anfertigen lassen will. Um dem entgegenzutreten, hatte der Metallarbeiter- verband am Montag eine Versammlung aller in Eisenkonstruktions- werksstätten beschäftigten Arbeiter einberufen.

Der Referent K a u s trug die Ursachen des Streiks vor und ersuchte die Anwesenden, streng darauf zu achten, daß Arbeiten der Firma Vette u. Schneevogel in keinem Betriebe angefertigt werden. Um das zu ermöglichen, soll festgestellt werden, welche Bauten gegenwärtig durch die Firma Vette u. Schneevogel auszuführen sind, so daß die Kollegen wissen, ob die ihnen über- tragene Arbeit Streikarbeit ist, die unbedingt zurückgewiesen werden muß. Der Referent erklärte es als eine Ehrenpflicht aller Eisen- konstruktionsarbeiter, durch Zurückweisung der Streikarbeit den ein- mütig streikenden Kollegen von Vette u. Schneevogel zum Siege zu verhelfen, weiter aber auch für Verbesserung der Verhältnisse im eigenen Betriebe zu wirken.

Die Versammlung erklärte sich mit den Ausführungen des Refe- renten durchaus einverstanden.

### Deutsches Reich.

Erfolg der ausländigen Eisenarbeiter in Rathenow. Die Firma R ö s i c k e u. Co. verpflichtete sich bereits nach Ablauf der ersten Streikwoche zur Anerkennung des Tarifs. Darüber hinaus wurden noch für die Arbeiterinnen eine Arbeitszeitverkürzung von 1/4 Stunden täglich, sowie 0,50—1.— M. Lohnzulage pro Woche erzielt. Die männ- lichen Arbeiter erhalten eine Lohnzulage von 1,50—2.— M. pro Woche. Die Eis- und Kartonnagenfabrik von H. R ö d i n g bleibt gesperrt und ist Juzug nach wie vor streng fernzuhalten.

Der Streik der Konfektionsarbeiter in Bielefeld ist beendet. Am 5. März wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen. Es wurde eine Ar- beitszeit im Winter von 9, im Sommer von 9 1/2 Stunden festgelegt. Auch die Löhne wurden geregelt. Es hat bisher dort ein Tarif- vertrag nicht bestanden; dieser gilt bis 1. August 1912.

Der Streik der Damenschneider und Schneiderinnen in Nürnberg wurde durch Verhandlungen beendet. Die Forde- rungen der Ausständigen wurden erfüllt; Dienstag nehmen die Ar- beiter und Arbeiterinnen die Arbeit wieder auf.

Die Maler in Ralshausen i. E. hoben infolge der ständigen Weigerung der Unternehmer, die am 2. Februar begonnenen ört- lichen Verhandlungen weiterzuführen und die Begünstigung des Reichstarifs anzuerkennen, mit Einstimmigkeit den Streik beschlossen. Juzug ist fernzuhalten.

### Ausland.

#### Der Generalstreik in Philadelphia.

Der „New York Herald“ meldet aus Philadelphia: Der General- streik beginnt eine immer größere Ausdehnung anzunehmen. Die Arbeiter der Textilindustrie haben sich mit den Angestellten der Straßenbahn solidarisch erklärt. Die Jeknerkommission gestattet den Bäckern, den Führern von Milchwagen und Gastwirten, sowie den Arbeitern von Fabriken, die Lebensmittel herstellen, ihre Arbeit fortzusetzen. Es geht das Gerücht, daß die Behörden die Frage diskutiert haben, ob man nicht die Jeknerkommission arrestieren solle.

Die Regierung der Vereinigten Staaten hat ein Regiment Artillerie nach Philadelphia geschickt, um die Münze und andere öffentliche Gebäude zu schützen.

Der Einnahmeausfall der Eisenbahngesellschaften während des Streiks beträgt bis jetzt schon eine Million Dollar. In den Vororten von Philadelphia hat man Dynamit unter die Straßenbahnwagen ge- worfen, wodurch mehrere Personen verletzt wurden. Die Polizei hat zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Der erste Tag des Generalstreiks ist verhältnismäßig ruhig verlaufen. Die Tore der Mehrzahl der Fabriken sind geschlossen, auf den Straßen sind Straßen- bahnwagen selten, Autotaximeter überhaupt nicht zu finden. Es ist im Augenblick noch unmöglich, eine genaue Zahl der Streikenden anzu- geben. Die Führer der Bewegung erklären, daß sich wenigstens 150 000 Mann dem Aufstande angeschlossen haben.

Wenn das Komitee eine Unterjüngung der Streikenden für not- wendig hält, so wird von den Mitgliedern der Federation ein außer- ordentlicher Beitrag für Philadelphia eingefordert werden.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### In den Streik getrieben.

Köln, 8. März. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die Verhandlungen der Lohnkommission mit dem Schutzverbande der Brauereien sind gescheitert, trotzdem die Arbeitervertreter mit den Forderungen noch weiter zurückgingen. Daraufhin legten heute vormittag die Arbeiter in der Adlerbrauerei einmütig die Arbeit nieder.

### Zur Verhaftung des Liquidators Duez.

Paris, 8. März. (B. L. B.) Der Verhaftung des Liqui- dators der Kongregationen Duez war auf die Anweisung der Staatsanwaltschaft eine Prüfung der Bücher des Liquidators vorausgegangen, mit der ein Buchführungssachverständiger betraut worden war. Die Untersuchung zog sich etwas in die Länge, als man plötzlich riesige Unterschlagungen entdeckte. Der Staats- anwalt forderte hierauf von Duez Aufklärung. Dieser ver- sicherte, in 24 Stunden jene Summen herbeischaffen zu wollen, deren Verschleuderung man ihm vorwarf. Da Duez dieses Ver- sprechen nicht hielt, ließ ihn der Staatsanwalt verhaften.

In parlamentarischen Kreisen hat die Verhaftung des gerichtlichen Liquidators Duez großes Aufsehen hervorgerufen. Duez gestand, daß er bei der Liquidation der Kongregationsgüter vier Millionen Frank und bei der Liquidation anderer ihm vom Gericht zugewiesenen Geschäfte eine Million veruntreut habe.

### Ein 16jähriges Mädchen verschleppt.

Oberhausen (Ruhr), 8. März. (Privatdepesche des „Vor- wärts“.) Ein 16jähriges Dienstmädchen, das von einem Kusgange seinerzeit nicht zurückgeführt, ist nach Brüssel ver- schleppt worden, von wo ein Brief eines Jahrmarktens an die Eltern gelangte, 20 M. für die Rückreise des Mädchens ein- zuzahlen. Die Angehörigen reisten darauf alsbald nach Brüssel, wo unter Zuhilfenahme des deutschen Konsuls das Mädchen mit drei Entführern angetroffen wurde. Letztere wurden sofort verhaftet.

### Der Schreden des Halleischen Kometen.

Budapest, 8. März. (B. S.) In der Ortschaft J s o s z o u a verübte der Insasse Adam Toma aus Furch vor dem Halleischen Kometen Selbstmord. Er äußerte, sich lieber selbst das Leben zu nehmen, als durch den Kometen vernichtet zu werden!

Reichstag.

51. Sitzung vom Dienstag, den 8. März, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratssitz: v. Tirpitz. Die Beratung des Marineetat wird fortgesetzt und zwar beim Kapitel „Intendanturen“.

Abg. Werner (Antif.) wünscht eine Aenderung des Titels der Intendantursekretäre.

Vizeadmiral Capelle: Diese Aenderung werden wir vornehmen, sobald sie bei der Armee erfolgt.

Das Kapitel wird bewilligt.

Beim Kapitel „Indienstaltungen“ beantragt die Kommission eine Neuordnung der Bestimmungen über die Tafel- und Messgeld der im Laufe des Rechnungsjahres 1910 und eine Denkschrift über das gesamte Zulagewesen der kaiserlichen Marine.

Ferner verlangt ein konservativ-nationalliberaler Antrag die Erhöhung der Tafel- und Messgelder um 180 000 M. (die von der Kommission gestrichen sind).

Der Antrag wird debattelos abgelehnt; für ihn stimmen nur die etwa zehn anwesenden Konservativen und Nationalliberalen. (Heiterkeit.)

Bei der Abstimmung über die Resolution erklärt der Präsident sie zunächst für abgelehnt (Lebhafte Rufe: Gegenprobe!); nach kurzer Besprechung mit dem Bureau erklärt der Präsident die Resolution für angenommen.

Beim Titel „Schiffsverpflegung“ beklagt

Abg. Hermann (Fortfchr. Sp.), daß auf den Schiffen ausländischer Tabak ohne Zoll viel geraucht wird, zum Schaden der deutschen Produktion.

Vizeadmiral Capelle: Die Marineverwaltung ist stets bestrebt, das heimische Gewerbe zu schützen; aber ein direktes Verbot, fremdes Fabrikat zu benutzen, kann den Kantinen nicht auferlegt werden.

Abg. Leonhart (Fortfchr. Sp.) und Abg. Hermann (Fortfchr. Sp.) behaupten, daß den Kantineneinrichtern ein solches Verbot sehr wohl auferlegt werden könne.

Beim Titel „Betriebs- und sonstige Materialien“ wünscht

Abg. Baasche (natl.), daß in stärkerer Maße von der Kohlen- feuerung zur Petroleumfeuerung übergegangen werde; in Amerika und England gehe man damit um, die Kohlenfeuerung in der Kriegsmarine ganz durch Petroleumfeuerung zu ersetzen.

Staatssekretär v. Tirpitz: Die Marineverwaltung ist durch- drungen von der Bedeutung, welche die Deifseuerung für Kriegsschiffe haben kann, und behält die Frage ständig im Auge.

Das Kapitel wird bewilligt.

Beim Titel „Velleidung“ wünscht

Abg. Dr. Görke (natl.), die Verwaltung möge das Leder direkt vom Erber kaufen, um 3 Proz. Vermittlungsprovision für die Ledervereingung zu sparen.

Vizeadmiral Capelle: Die Marineverwaltung ist an die Leder- vereingung nicht gebunden und bei Ueberzeugung auch von ihr abgegangen. Die Erbervereingung wird von der Marine- verwaltung ebenfalls berücksichtigt.

Das Kapitel wird bewilligt.

Beim Kapitel „Instandhaltung der Flotte und der Werften“ beantragen die Abg. Albrecht u. Gen. die Einsetzung einer Untersuchungskommission, deren Mitglieder zur Hälfte vom Reichstag aus seiner Mitte ernannt werden, zur Untersuchung der Ursachen der Unregelmäßigkeiten in der Verwaltung der Reichswerften und zur Beratung von Maßnahmen zur Reform der Werftbetriebe auf sozialpolitischem, technischem und kaufmännischem Gebiete.

Abg. Severing (Soz.):

Der Staatssekretär hat bereits in seiner Antwort an den Grafen Lippendorff der Erwartung Ausdruck gegeben, daß eine ausführliche Debatte über den

Betrieb des alten Eisens

bei diesem Kapitel einlegen werde. Ich muß aber seiner Auffassung entgegenreden, als ob die Kritik im Dezember vorigen Jahres sich nur gegen den Altisenbetrieb richtete. Der Staatssekretär sieht unter einer Autosuggestion. Er meint, alle Betriebe sind intakt, nur in Kiel seien beim Altisenbetrieb einige unliebsame Erscheinungen vorgekommen und deshalb sei die Aufregung im Publikum und im Parlament nicht berechtigt. Aber im vorigen Jahre hat in der Budgetkommission der Admiral Heusinger davon gesprochen, daß

die Summe der Untersuchungen eine Million erreiche! Der Berichterstatter der Kommission sagte auch im Plenum, daß diese Unregelmäßigkeiten zur Sprache gekommen seien; die un-

bedeutendsten seien in Wilhelmshaven vorgekommen, schlimmer sei die Sache in Kiel gewesen, wo größere Quantitäten Öl, Quecksilber, Tauterfend etc. in diesen Jahre bedauerlich der Staatssekretär in der Budgetkommission, daß Admiral Heusinger bei Zeiten das Schlachtfeld verlassen habe. Ich mußte dabei an die Worte Burleighs in „Maria Stuart“ denken: „Graf, dieser Mortimer starb Euch sehr gelegen.“ Ich meine, der Staatssekretär hatte Ursache, sich zu freuen, daß Admiral Heusinger in diesem Jahre an unseren Erörterungen nicht teilgenommen hat! Denn wenn der Admiral von ihm aufgefordert worden wäre, zu sprechen, so hätte er zugeben müssen, daß Unregelmäßigkeiten in allen Betriebszweigen auf der Werft in Kiel vorgekommen sind, ebenso aber auch in Danzig und Wilhelmshaven, und daß diese Unregelmäßigkeiten zur Kenntnis der Marineverwaltung gekommen sind! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Deshalb sind meine politischen Freunde der Auffassung, der Reichstag habe alle Veranlassung, den Ursachen dieser Unregelmäßigkeiten nachzugehen und auf Mittel ihrer Abstellung zu dringen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir haben deshalb die Resolution, obwohl sie in der Budgetkommission abgelehnt ist, hier wieder eingebracht und bitten um ihre Annahme.

Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß der Reichstag vor etwa zwei Jahren einer Resolution zustimmte, die in ihrem ersten Teil eine Förderung des Tarifgedankens enthielt und in ihrem zweiten Teil die Marineverwaltung aufforderte, bei einer Neuordnung der Arbeitsverhältnisse die Arbeiterausschüsse zur Mitwirkung heranzuziehen. In Bezug auf den ersten Teil führte vor wenigen Tagen der Staatssekretär des Reichsamts des Innern aus, nicht die formelle Seite des Tarifwesens verursache Schwierigkeiten, sondern die Abneigung vieler gegen den Tarifvertrag, die von ihm eine mißverständliche Auffassung haben. Bei diesen Ausführungen hatte ich das Gefühl, daß zu diesen vielen in erster Linie auch die maßgebenden Stellen des Reichsmarineamts gehören. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Bei einigen guten Willen wäre die Marineverwaltung sehr wohl in der Lage gewesen, in zahlreichen Betrieben eine Förderung des Tarifgedankens durchzuführen. Herr Admiralitätsrat Harms hat, glaube ich, für die Verwaltung des Marineamts eine Erklärung gegeben, durch seine Ausführungen in einer Generalversammlung der Schiffbauindustriellen, die bald nach jenem Beschluß des Reichstages stattfand. Diese Industriellen ließen Sturm gegen den ersten Teil der Resolution, und Herr Admiralitätsrat Harms beruhigte sie durch die Erklärung, daß ja an die Ausführung der Beschlüsse des Reichstages im Reichsmarineamt nicht sofort gedacht würde! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich habe nichts dagegen, daß das Reichsmarineamt sich nach der Meinung der Industriellen erkundigt. Dasselbe müßte sie aber auch bei den Arbeitern tun. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aber davon habe ich nichts gehört, daß ein Vertreter des Reichsmarineamts sich jemals zu einer Generalversammlung einer Gewerkschaft einfindet.

Ich gebe zu, daß die Ausführung der Resolution für das Marineamt etwas schwierig ist. Das steht im Zusammenhange mit der

Monopolstellung von Krupp und Dillingen.

Wenn ich auch der Meinung bin, daß angefaßt der bestehenden Verhältnisse der Abschluß eines Tarifvertrages sich in diesen Betrieben nicht durch das Reichsmarineamt ohne weiteres erreichen läßt, so kann doch die Marineverwaltung dahin wirken, daß die Arbeitsverhältnisse in diesen Betrieben mehr den Verhältnissen in der Eisenindustrie angepaßt werden. Wenn es gelingen sollte, eine Konkurrenz ins Leben zu rufen, möchte ich das Reichsmarineamt schon heute ersuchen, in den Betrieben mögliche Rücksicht zu nehmen auf die Bestimmungen, die in unserer Resolution vom Jahre 1908 enthalten sind und sich auf die Mitwirkung der Arbeiterausschüsse beziehen. Der Reichstag hat damals der Resolution mit erdrückender Mehrheit zugestimmt. Nur einige Herren von der Rechten und von den Nationalliberalen waren dagegen. Man hätte nun erwarten dürfen, daß der Mitwirkung der Arbeiterausschüsse durch die Marineverwaltung keine Schwierigkeiten bereitet werden (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), aber bereits wenige Monate nach der Annahme der Resolution wurde mir mitgeteilt, daß das Gelingen des Arbeiterausschusses in Wilhelmshaven, bei der Festlegung der Löhne und Arbeitsbedingungen mitzuwirken, durch einen Vertreter des Obermerftdirektors abgelehnt worden sei! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Aber auch aus anderen Orten sind mir Mitteilungen zugegangen, daß der doch wahrlich recht bescheidene Wunsch des Reichstags nicht erfüllt worden ist. Das ist doch wahrlich eine

Nichtbeachtung der Reichstagsbeschlüsse.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich freue mich, daß auch die Herren von der nationalliberalen Partei versuchen wollen, daß das, was die Marineverwaltung versäumt hat, möglichst schnell nach-

geholt wird. Die Auffassung, daß die Mitwirkung der Arbeiterausschüsse bei der Festlegung der Lohnverhältnisse durchaus notwendig ist, auch im Interesse der Werft, wird auch von höheren Werftbeamten geteilt. Ich freue mich, darauf hinweisen zu können, daß noch im letzten Jahre der Torpedodirektor in Wilhelmshaven sich eingehend mit der Mitwirkung der Arbeiterausschüsse bei der Neuordnung und Festlegung der Lohnverhältnisse beschäftigt und diese Mitwirkung direkt verlangt hat. Man kann diesen Herrn Torpedodirektor, der solche vernünftige Anschauungen zum Ausdruck brachte, jedenfalls nicht im Verdacht haben, daß er dies um der schönen Augen der Arbeiter willen getan hat. Von dem Gutachten des Torpedodirektors heißt es u. a.:

„Der Meister verteilt mit seinem Werkmeister die Leute fast selbstständig. Damit hat er es in der Hand, ihnen nicht nur leichtere oder unangenehmere, sondern auch einträglichere oder schlechter bezahlte Arbeit zuzuwenden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Daß diese Verteilung nicht immer der Gerechtigkeit entspricht, kann wohl nicht bezweifelt werden.“ (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Der Torpedodirektor gibt auch eine Erklärung dafür, weshalb sich die Arbeiter, wenn ihnen Ungerechtigkeiten widerfahren, nicht beschweren:

„Man wundert sich vielleicht oft, daß die Arbeiter berechnigte Beschwerden selbst wohlwollenden Vorgesetzten gegenüber nicht vorbringen. Erkennt man aber, wie machtlos der Einfluß des Beamtenpersonals ist, dann sieht man ein, daß der Arbeiter ganz richtig handelt, wenn er schweigt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Gerade der tüchtige Arbeiter ist in einem solchen Falle gewohnt, zur Kündigung zu schreiten.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Der Torpedodirektor führt in seinem Gutachten weiter aus:

„Es kommt mitunter vor, daß ein Arbeiter selbst bittet, die Klage nicht weitergehen zu lassen, daß er lieber auf die Klage verzichtet, als daß er namhaft gemacht wird. Er fürchtet, daß ihm sonst schlechte Arbeit zugewiesen werden könnte.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Mit diesen Darlegungen dürfte der Grund aufgeklärt sein, weshalb so mancher Mißstand innerhalb der Werftverwaltung nicht aufgedeckt werden kann. Die zahlreichen Fälle von Mißregelungen beweisen ja auch, daß gegen die Arbeiter in solcher Weise vorgegangen wird, wenn sie sich beschweren. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Daber ist es wohl begründet, daß sie lieber Mißstände geschehen lassen, als daß sie sie zur Anzeige bringen. Wenn es dahin kommen sollte, daß die Arbeiter ihre Wünsche und Beschwerden vorbringen können, ohne sich der Gefahr der Mißregelung auszusetzen, dann werden die Arbeiter in die Lage versetzt werden, bestehende Mißstände zur Kenntnis der Werftverwaltung zu bringen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Heute wird der Arbeiter vor seiner definitiven Anstellung auf einer Werft sehr genau daraufhin geprüft, ob er nicht etwa Sozialdemokrat ist. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Nun hat Kollege Leonhart bei der Besprechung der Werftinterpellationen sehr richtig darauf hingewiesen, daß die Werftverwaltung überhaupt nicht in der Lage wäre, auch nur ein einziges Schiff zu bauen, wenn sie grundsätzlich alle Sozialdemokraten von der Werftarbeit ausschließen wollte. Mit welchen kleinen Mitteln will man doch der sozialdemokratischen Partei Abbruch tun und versucht man, sozialdemokratische Arbeiter von der Werft fernzuhalten! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Werftverwaltung zieht ihre Erhebungen über die bei ihr um Arbeit nachsuchenden Arbeiter bei den Polizeibehörden ein. (Blauß sei etwa, auf diese Weise objektive Berichte zu bekommen? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wie soll z. B. Herr v. Jagow, der Berliner Polizeipräsident, objektiv über Arbeiter berichten können? Er, der doch nicht einmal die Gesetze richtig kennt! (Lebhaftes Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Was bei diesem Erkundigungsverfahren herauskommt, ist natürlich nur eine

Spiegelwirtschaft.

(Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) In den Verdacht sozialdemokratischer Bestrebungen bei der Marineverwaltung zu kommen, ist außerordentlich leicht. Jede Opposition gilt einfach als sozialdemokratisch. Wenn einmal die verehrten Kollegen Leonhart, Strube oder sogar Erzberger ihre Mandate verlieren und — was Gott verhüten möge — bei der Kieler Werftverwaltung um Arbeit nachsuchen müßten (Große Heiterkeit), etwa als Instrumentenmacher oder Nutenleger (Stürmische Heiterkeit), so würden sie sicher, da sie bisweilen der Marineverwaltung Opposition gemacht haben, als sozialdemokratischer Bestimmung dringend verdächtig abgewiesen werden! Alle Parteien dieses Hauses, denke ich, sind darin einig, daß auf den Werften als solchen keinerlei Propaganda und Agitation getrieben werden soll.

Kleines feuilleton.

Kelten und Germanen. In Paris ist vor einigen Tagen der Historiker Henry d'Arbois de Jubainville gestorben, der sich vornehmlich mit der Urgeschichte Frankreichs beschäftigt hat. Hierbei kam er zu Folgerungen, die geeignet scheinen, das Gemüt manches deutsch-nationalen Oberlehrers in Wallung zu bringen. So behauptete er namentlich, daß die Kelten, die einst ganz Europa vom Schwarzen Meer bis zum Atlantischen Ozean und nach Süden hin bis zur Provinz von Ancona und Südportugal besetzt gehalten haben, in Germanien viel länger geblieben seien, als in Gallien, so daß man annehmen müsse, daß die heutigen Deutschen mehr keltisches Blut in den Adern hätten als die Franzosen. In derselben Richtung wirkten die burgundischen, westgotischen, fränkischen und normannischen Eroberungen in Frankreich. d'Arbois de Jubainville war der Meinung, daß diese mehr germanisches Blut nach Frankreich gebracht hätten als in Deutschland geblieben sei, so daß zwischen den „Erbskinder“ rechter Hand linker Hand alles vertauscht wäre. Er nimmt weiter an, daß die indo-europäischen Eroberer Frankreichs: die Viguere, Kelten und Römer wenig zahlreich waren. Die römische Okkupation hat länger gedauert als die keltische. Von der Urvölkerung in der paläolithischen und neolithischen Zeit weiß man natürlich nichts Bestimmtes. Für die betrübtenen Vaterschaftsrechte an die heutigen Patentdeutschen gibt d'Arbois de Jubainville den alten Germanen einen Ersatz, indem er ihnen die Erfindung der Hosen zuschreibt, die man bisher gewöhnlich als Erzeugnis des keltischen Geistes ansah. Die Gallier haben die Hosen nur von den unterworfenen germanischen Völkern übernommen. Später machten auch die Römer die Mode mit, nur daß sie das neue Gewand der Toga zuliebe verfürzten. Es gab römische Feldherren, ja sogar Kaiser in Unterhosen. Das ist immerhin ein Trost. Bisherlich findet sich noch ein deutsches Komitee zur Errichtung eines Nationaldenkmals für den Erfinder der Hosen zusammen. Die Aerer, Wollu usio, werden zweifellos an der Ehrung dieses germanischen Vorkämpfers guter Sitte teilnehmen wollen. Die nötigen Mittel aber könnte man bei Konfektionären mosaischen Glaubens sammeln.

Die Entdeckung eines berühmten Mediums. Unter den spiritistischen Medien, die im letzten Vierteljahrhundert zu einer gewissen Berühmtheit gelangt sind, steht Eusapia Paladino an erster Stelle. Sie ist ihre „mediumistische“ Tätigkeit nicht heute aus, und die neuen Menschenfinder, die an ihre wunderbaren Fähigkeiten glauben, erklären mit Stolz, daß hervorragende Gelehrte die von Gott begnadete Dame genau geprüft haben, ohne daß ihnen irgend- etwas an ihr verdächtig erschienen wäre. Wahrscheinlich waren die betreffenden Gelehrten auf diesem Gebiete nicht sachverständig ge-

nug. Nach den Erfahrungen aus neuerer Zeit aber sind die Kräfte der Medien gar nicht sehr kompliziert; sie sind im Gegenteil von einer wahrhaft überraschenden Einfachheit und ... Redheit. Das gilt vor allem von Eusapia Paladino. Seit 1888 aber trat Eusapia in allen Großstädten auf und wurde viel bewundert. Natürlich erlitt sie auch empfindliche Niederlagen. Das Publikum aber ließ sich dadurch nicht betören und blieb gläubig.

Jetzt scheint Eusapia aber endgültig entlarvt zu sein. Sie war vor einiger Zeit nach Nordamerika gereist und veranstaltete dort Séancen. In der Februarnummer des „Metropolitan Magazine“ erzählt Professor Münsterberg, der demnach als Austauschprofessor nach Berlin kommen soll, folgendes: „Eine Woche vor Weihnachten, gegen Mitternacht, sah ich zur Linken der Frau Paladino, während Herr Carrington, ein bekannter Naturforscher, zu ihrer Rechten saß. Wir hielten sie unter strenger Beobachtung. Ihre linke Hand hielt meine Hand. Ihre rechte Hand lag in der Hand ihres Nachbarn zur Rechten. Ihre linke Fuß ruhte auf meinem Fuß, während ihr rechter Fuß sich auf den Fuß meines Kollegen stützte. Wir sahen im Finstern und warteten neugierig und gespannt. Carrington bat den Geist John, meinen Arm zu bewegen und ein Tischchen, das hinter mir stand, von der Stelle zu rücken. Und John kam. Er berührte mich zuerst am Handgelenk, dann am Unterarm und am Ellbogen. John sollte auch den Tisch heben. Wir hielten noch immer die beiden Hände Eusapias; wir verloren nicht die Berührung mit ihren beiden Füßen. Trotzdem begann der Tisch hinter ihr zu trappeln, und wir erwarteten, daß er sich vorwärts bewegen würde. Statt dessen erlöste plötzlich ein wilder Schrei, ein Schrei, wie ich ihn noch nie zuvor gehört hatte. Was hatte sich zugetragen? Weder das Medium, noch Herr Carrington hatten eine Ahnung davon, daß im Zimmer ein Mann lag, der geräuschlos bis hinter Eusapia getreten war. Ich hatte ihm diesen Auftrag gegeben, da ich vermutete, daß geheimnisvolle Fäden irgend- einen Teil des Körpers mit den Gegenständen, die es von der Stelle bewegen sollte, verbinden müßten. Der Mann hatte zu seiner größten Ueberraschung bemerkt, daß Eusapia einen Fuß aus dem Stiefel gezogen hatte, und daß sie durch wahrhaft athletische Bein- bewegungen die Gegenstände erreichte, die sie auf so geheimnis- volle Weise bewegte. Er hatte sofort den Fuß gepackt und hatte ihn an den Fersen stark gedrückt. Das entlockte ihr den geradezu tierisch wilden Schrei. Der Streich war glänzend gelungen.“

Die größten Fernrohre der Welt. Mit den riesigen modernen Apparaten, die heute im Dienste der Astronomie stehen, beschäftigt sich die „Revue Scientifique“; das größte Fernrohr der Welt be- sitzt Amerika; es ist das Teleskop des Yerkes-Observatoriums der Universität Chicago, das im Jahre 1890 aufgestellt wurde. Das Objektiv dieses Riesensfernrohrs mißt nicht weniger als 1 Meter. Das Teleskop erzeugt eine 2000fache Vergrößerung, die durch be- sondere Umstellung auf eine 3000fache verstärkt werden kann. Das

weitgrößte Teleskop ist das Riesensfernrohr des Lid-Observatoriums auf dem Hamiltanberg bei San Franzisko. Im April des vergangenen Jahres ist das neue große Teleskop der Yerkes-Observatoriums bei Berlin eingeweiht worden. Es erreicht zwar im Durchmesser des Objektivs nicht die Maße der großen ameri- kanischen Teleskope, weist dagegen eine erheblich größere Länge auf und kann auch ungleich bedeutendere Vergrößerungen erzielen: das Maximum ist eine 6000fache Vergrößerung. Unter der Aufsicht der Carnegie-Institution arbeitet man gegenwärtig in Washington an einem großen Spiegelteleskop, das einen Durchmesser von 250 Meter haben soll. Der Glasblock, aus dem die Linse hergestellt wird, wiegt nicht weniger als 60 Zentner.

Humor und Satire.

Im Tiergarten. Von Osten nach Westen Karriere ritten (um die Kosten des Gelächters zu bestreiten) mußten diese Ritter vom Zanderplatz, fast Sprengte es ihnen den Hosenknopf: Treptow-Tiergarten in einer Day! Der Himmel lachte sein freiestes Blau und einem Gewissen ward eslich mau; denn bei sogenanntem Höhenzornwetter fühlt man sich geru als doher'n Retter des überaus preussischen Vaterlands sowie der erhabenen Wonnegans. Da fährt ein Schred in die abligen Hintern, in die Kniescheibe der Wohlgestimten'n: es brodelt die rote Derrnfläche mit einem Pal mang die Marmorbrücke der hochherrschastlichen Siegesallee — Ja so was tut allen Schwelchhunden weh; die trocken im Schlesißen Busch herum und sählten sich schon als Kapolejum. Indessen sind wir vorn Reichstag da, es braunt das Arbeitergloria, und das Publikum mag mit Aktung gestehn: keinen Gradhalm ist Leids geschewn! Aber dann — ihr gut besteuerten Bürger — dann sieden euch an die Befehlswirter, auf eure Frauen proffekten Giede — so taten's sonst nur die Pompadourdeide! Eure Ainderwagen turben zerstampft, und ihr seid Männer und ihr bleibt sanft? Trete für's Wohlrecht nicht mit in's Glied, wenn so wahllos vom Leder zieht diese Prätorianer-Kohorte, die ihr bezahlt dem Unrecht zum Horte?!

(Staatssekretär v. Tirpitz ruft: Sehr richtig!) Das freut mich sehr, Herr Tirpitz, daß auch Sie dieser Meinung sind. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Aber wie kommt es denn, daß auf den Vorlesungen v. B. Vorträge von Kaplänen angekündigt werden über Thematika wie „Die Gottheit Christi, eine Antwort auf sozialdemokratische Fragen“ oder „Wie agitierten wir für die katholischen Vereine?“ (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Man verstehe mich nicht falsch! Selbstredend haben wir gar nichts dagegen, daß die Herren Pfarrer oder Kapläne solche Vorträge halten. Ganz im Gegenteil. Dem Hiesigen Kammern haben wir gern einen Saal im Berliner Gewerkschaftshaus eingeräumt, damit er dort die Sozialdemokratie bekämpfen kann. Hier handelt es sich aber um die amtliche Bekannmachung solcher Vorträge auf den Vorlesungen! Entweder haben solche Bekannmachungen überhaupt zu unterbleiben oder eine Partei hat denselben Anspruch darauf wie die andere. Wenn aber der Staatssekretär Sozialdemokraten ausschließen will von den Reden, die er anderen gewährt, dann möchte ich ihn fragen: Will er auch im Kriege die Sozialdemokraten ausschließen? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wenn wir Sozialdemokraten aber gut genug sind, im Kriege unser Blut für das Vaterland zu vergießen, so beanspruchen wir auch im Frieden gleiches Recht mit anderen! (Lebhafteste wiederholte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Einen breiten Raum in den Erörterungen der vorigen Tage nahm die Frage ein, ob es den Beamten erlaubt sein dürfe, sich mit den Abgeordneten in Verbindung zu setzen. Der Staatssekretär und verschiedene Kollegen aus dem Hause, wie Herr v. Dergun, Abg. Herzog usw., sprachen von „Denunziantentum“, das dadurch großgezogen werde. Der Herr Staatssekretär v. Tirpitz ist nebenbei preussischer Staatsminister, Minister eines Staates, welcher ohne Spitzeler und Denunziantentum gar nicht glaubt auskommen zu können! (Stürmische Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Unruhe rechts.) Wenn Herr v. Tirpitz ein so großer Gegner des Denunziantentums ist, so mache er seinen Einfluß auf seinen Kollegen v. Wolke dahin geltend, daß dieser mit seinem System der politischen Spitzeler bricht. (Lebhafteste Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Wir sind außerordentlich vorsichtig mit der Prüfung und Verwendung des Materials, das uns zugetragen wird. Sobald wir unläutere Absichten vermuten, lehnen wir es ab, uns damit zu befassen. Anders freilich steht die Sache, wenn uns Leute, von deren Rechtschaffenheit wir überzeugt sind, Dinge berichten, die sie aus begründeter Furcht vor Mäßregelung an anderen Stellen nicht vorzubringen wagen.

Ich habe verschiedene Anfragen an den Staatssekretär zu richten. Schon bei Gelegenheit der Verhinterung habe ich mich nach den Gründen der Mäßregelung des Kieler Arbeiterauschusses erkundigt. Bisher haben wir keine Antwort erhalten. Der Staatssekretär verläßt sich augenscheinlich zu sehr auf seine Gewöhnmänner: auf die ihm unterstellten Behörden. Es liegt mir fern, den subjektiven guten Glauben des Staatssekretärs an die Glaubwürdigkeit seiner Gewöhnmänner irgendwie bezweifeln zu wollen, aber tatsächlich liegt die Sache so, daß Auskünfte sehr bedenklich ausfallen müssen, die bei den Stellen eingeholt werden, über die Befehle geführt wird. (Lebhafteste Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) So war die amtliche Auskunft völlig unrichtig, die hier über den Fall des Korvettenkapitän Simon gegeben wurde, der rechtswidrig Mittel der Krankenkasse für das uneheliche Kind eines Leutnants verwendet hat. Das Arbeiterauschussmitglied, das pflichtgemäß diese Rechtswidrigkeit monierte, ist, wie ich hier bei Gelegenheit der Verhinterung ausführlich dargelegt habe, gemäßigt worden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Nun wurde damals behauptet, der Mann sei wegen der verdorbenen sozialdemokratischen Agitation auf der Werft gemahnt worden. Das stimmt nicht. Nach neuen genaueren Feststellungen von unserer Seite ist der Mann nur wegen seines pflichtgemäßen Monitorings an der rechtswidrigen Handlung des Korvettenkapitän gemahnt worden.

Im Dezember war es auch, daß sich der Admiralkommando Harms hier gegen die Arbeiterforderungen wandte und unter andern die merkwürdige Mitteilung machte, der Reichstag habe den Grundlag aufgestellt,

#### die Löhne in Staatsbetrieben

dürften nicht höher sein als in Privatbetrieben. Mir ist von einem solchen Grundlag nichts bekannt, wohl aber kenne ich einen anderen: Reichs- und Staatsbetriebe sollen Musterbetriebe sein! Ich stelle fest, daß durch Admiralkommando Harms festgestellt ist, daß noch heute in der Marineverwaltung den Arbeitern weniger gezahlt wird, als in den gleichartigen Privatbetrieben! — Nun meinte Herr Harms, nach den Marktpreisen sei die Lebenshaltung der Arbeiter nicht teuer geworden. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Doch durch die Finanzreform die Marktpreise erhöht sind, brauche ich nicht näher auszuführen. Aber auch die Wohnungspreise sind gestiegen; durch die beabsichtigte Verlegung des Geschwaders nach Wilhelmshaven haben die Hausbesitzer eine beträchtliche Steigerung einreiten lassen, von der auch die Arbeiter betroffen werden. Herr Harms hat ja zugegeben, daß in Kiel die Preise ein wenig angezogen haben. Trotzdem finden wir aber auch in Kiel nicht das geringste Entgegenkommen auf die Wünsche der Arbeiter!

Der Staatssekretär sagte, bei

#### Entlassungen

solle in Zukunft milde verfahren werden. Ich weiß nicht, ob die nachgeordneten Stellen sich danach richten. In Wilhelmshaven ist Leuten gekündigt, die schon acht Jahre dort beschäftigt waren! Würde die Arbeit besser verteilt, so bräuchten keine Entlassungen stattzufinden, vor allem aber sollte der Staatssekretär ganz generell eine Verkürzung der Arbeitszeit anordnen, bevor Entlassungen eintreten. (Lebhafteste Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Auch in jeder anderen Beziehung fehlt der Nachweis, daß die Arbeiter in Staatsbetrieben besser gestellt sind als in Privatbetrieben. Die Wohltat des

#### § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches

z. B. besteht in zahlreichen Privatbetrieben, bei der Oberwerkverwaltung aber nicht! Arbeiter aus Wilhelmshaven, die als Geschworne tätig sind, erhalten nur die Hälfte des ihnen entgangenen Arbeitsverdienstes!

Ferner wünschen die Arbeiter nach zwei Jahren einen Sommerurlaub von sechs Tagen, nach zehnjähriger Beschäftigung einen solchen von zehn Tagen. Auch hier zeigt die Marineverwaltung nicht das geringste Entgegenkommen, während in zahlreichen Betrieben der Weltallindustrie über 70 000 Arbeiter Ferienurlaub haben! Auf die Forderung der wöchentlichen Lohnzahlung hat die Marineverwaltung überhaupt nicht geantwortet! Herr Straube wies gestern darauf hin, daß die Beamten heute noch auf die Erledigung ihrer Gehaltsansprüche warten. Mit den Arbeitern verfährt man noch ganz anders. Ueberstunden aus dem Januar 1908 sind im Januar 1910 noch nicht bezahlt! (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Schon vor einem Jahre habe ich diese Beschwerde erhoben, nach heute ist ihr nicht Folge gegeben, ich weiß nicht, ob ich überhaupt nachgegangen ist. Diese Verzögerung ist recht symptomatisch für den Geist unserer Verwaltung. Ebenso zeigt er sich an einem Lohnzettel, wo einem Arbeiter Ende des Jahres 1909 1,10 M. in Abzug gebracht sind, die er 1907 zu viel erhalten haben soll! (Zuruf bei den Sozialdemokraten: In solchem Abzug besteht gar keine Berechtigung mehr!) Jedenfalls ist danach verfahren und 1,10 M. abgezogen. Ich werde alle diese Beschwerden noch einmal an die Arbeiterauschüsse bringen und hoffe, daß sie dann endlich abgestellt werden.

Auch in bezug auf

#### die Arbeitszeit

sollen Beamte und Arbeiter gleich behandelt werden. Namentlich die höheren Beamten erscheinen erst nach 9 Uhr morgens und verschwinden schon gegen 2 Uhr. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Bei den Arbeitern aber besteht die schärfste Kontrolle, und wenn einer vergißt, seine Kontrolluhr zu stechen, so

büßt er zwei Stunden Lohn ein! (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Das ist ja im Reichstag auch so Große Heiterkeit.) Jedenfalls sollte die Marineverwaltung einen Fehler im Diätengesetz nicht nachmachen.

In bezug auf

#### das Danziger Wasserloch

ist mir Sensationsjucht vorgekommen, man schrieb von sozialdemokratischen „Lügen“, von sozialdemokratischen Uebertreibungen, man behauptete, die Beamten sollten grundlos verdächtigt werden. Wie man angesichts der Enthüllungen des Kieler Prozesses noch von Sensationshascherei sprechen kann, ist mir unerfindlich. Jemand eine neue Unregelmäßigkeit der Verwaltungen ist ja doch der Öffentlichkeit nichts Neues und Unverwartetes mehr (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), und die Nachrichten über das Danziger Wasserloch würden nicht ein solches Aufsehen erregen haben, wenn nicht ein so merkwürdiger Untersuchungsbericht veröffentlicht worden wäre. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Weiter ist mir vorgekommen, ich hätte den Staatssekretär nicht vorher von den Beschuldigungen benachrichtigt. Im vorigen Jahre habe ich ihn darauf hingewiesen, daß ich mich im Dezember 1908 an die Marineverwaltung gewandt habe um Abklärung eines Mißstandes in Wilhelmshaven. Darauf bekam ich den Bescheid, daß solche Wünsche nur durch den Arbeiterauschuss vorzubringen seien und daß jede davon abweichende Form nicht berücksichtigt werden könne! Der Staatssekretär suchte das damit zu entschuldigen, daß ich im Auftrage der Arbeiter gehandelt hätte. Das ist mir aber gar nicht eingefallen! Ich habe mich in meiner Eigenschaft als Abgeordneter an die Marineverwaltung gewandt und auf einen entgegenkommenden Bescheid gerechnet. Schon aus Selbstachtung also wollte ich diesmal mein Material den Herren nicht aufdrängen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Staatssekretär hat mich nun um das Material gebeten. Ich habe es ihm unterbreitet, und ich werde das auch in Zukunft tun, wenn ich voraussetzen kann, daß eine unparteiische Untersuchung erfolgt.

Nun ist mir aber bekannt geworden, daß diese Voraussetzungen nicht beobachtet worden sind bei jenen Beschwerdefällen, die ich den Herren vom Reichsmarineamt mitgeteilt habe. Im Gegenteil:

#### Die Untersuchungen

sind ein Schulfeldspiel dafür, wie Untersuchungen nicht geführt werden sollen. Wenn Personen mit der Untersuchung betraut wurden, die selbst in die Affäre verwickelt sind, so ist es begreiflich, daß diese sich nicht selbst belassen, sondern die Sache möglichst harmlos darstellen werden. Auf diese Weise kann man ein klares Bild von den Zuständen nicht bekommen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Deshalb ersuche ich nochmals dringend, daß in Zukunft die Untersuchungen anders als bisher geführt werden. Ich hatte den Geheimrat Harms, als ich ihm das Material überbrachte, gebeten, er möchte mir über das Ergebnis Bericht erstatten. Bis heute habe ich noch keinen Bericht bekommen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich bin überzeugt, der Geheimrat Harms wird auch heute wieder behaupten, daß die von mir vorgebrachten Fälle unrichtig und unwahr sind. Wenn ich aber auch von ihm keine Mitteilungen erhalten habe, so weiß ich doch, wie die Untersuchung geführt wurde. Ich habe auch für Wilhelmshaven eine genaue Karte überreicht mit Angabe der Stellen, wo die Untersuchung geführt werden soll. Ich werde diese Karte aber heute nicht dem Hause überreichen, sondern warten, bis ich mich an Ort und Stelle überzeugt haben werde, ob die Untersuchung tatsächlich stattgefunden hat.

Nun hat mich der Herr Staatssekretär in der Budgetkommission aufgefordert, wenn mir daran liege, eine genaue Untersuchung herbeizuführen, so möge ich meine Behauptungen in der Öffentlichkeit wiederholen. Das ist

#### ein Bluff.

auf den weder ich hereinfallen noch sonst wohl irgendein Abgeordneter. Was ich hier als Abgeordneter tue oder unterlasse, muß ich mit meinem Gewissen abmachen. Da lehne ich jeden Ratsschlag, besonders in dieser Form, ab. (Lebhafteste Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Was würde denn der Herr Staatssekretär sagen, wenn ich an ihn die Frage richten würde, ob er bereit sei, alle Angaben, die er in der Kommission oder hier macht, auf seinen Eid zu nehmen? (Sehr gut! und Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Das würde der Staatssekretär entsetzt ablehnen, weil vorausgesetzt werden muß, daß alle seine Mitteilungen absolut richtig sind. Es kann ihm aber doch nachgewiesen werden, daß er Angaben gemacht hat, die mit der Wahrheit nicht übereinstimmen. Ich nehme natürlich an, daß das gegen seinen Wunsch der Fall ist.

Der Herr Staatssekretär hatte schon früher die Gelegenheit, ihm unterbreitete Beschwerden auf ihre Richtigkeit zu prüfen, er hat aber davon keinen Gebrauch gemacht. Deshalb muß ich auf die Denkschrift des Reichsarbeiterverbandes zurückkommen, die ebenso schwerwiegende Anschuldigungen enthält, wie ich sie vorgebracht habe. Das ist bereits 1905 geschehen, der Herr Staatssekretär aber hat geschwiegen. Ich habe auch in der Kommission darauf hingewiesen, daß die „Schlesische Volkszeitung“, die ja in Regierungskreisen immer sehr beachtet wird, mehrere Beschwerden veröffentlicht hat. Eine Aufstellung aber ist nicht erfolgt. Nach diesen allgemeinen Vorbemerkungen komme ich nun direkt

#### Zur Danziger Wasserlochaffäre.

Mir wurde mitgeteilt, daß in Danzig wertvolle Materialien versenkt wurden, und ich habe auch eine Version genannt, die ich für den Schuldigen hielt. Ich möchte diese Vermutung aber nicht aufrecht erhalten, weil ich aus nicht einmal den Anschein erregen möchte, als ob es mir bei meiner Aufschuldigung um die Diskreditierung eines Beamten zu tun sei. Ich habe nur das Bestreben, das Schiff zu besichtigen, aus dem solche Vorkommnisse resultieren. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wir sind mehrere Beispiele bekannt, daß solche Materialien auf hoher See versenkt oder, wenn das Schiff im Hafen lag, versteckt wurden! Das Bedenkliehste an der ganzen Affäre ist die Art,

wie die Untersuchung geführt wird.

Ich hatte dem Geheimrat Harms eine Skizze überreicht, auf der verzeichnet war, wo die Versenkung erfolgt sein soll, und hatte gebeten, einen unbefangenen Herrn mit der Untersuchung zu beauftragen. Als Befangenen hatte ich den Oberwerkdirektor v. Schimmelmann bezeichnet. Der Kollege Dr. Goerde hatte in der Budgetkommission erklärt, daß die Marineverwaltung das größte Interesse daran haben müsse, die Untersuchung so zu führen, daß jeder Zweifel an der Richtigkeit des Ergebnisses ausgeschlossen sei; dazu gehöre, daß die Arbeiter verhöört würden, die mit der Versenkung beauftragt waren. Ich hatte gebeten, daß der Graben, der als Verlautungsstelle in Betracht kam, eingedämmt werde. Was ist nun aber geschehen? Im amtlichen Untersuchungsprotokoll heißt es, daß unter behördlicher Aufsicht der Graben abgegraben wurde. (Zuruf: Mit einer Angel Heiterkeit.) Ich komme noch darauf. Er ist also weder eingedämmt noch abgegrünt worden, sondern einfach abgegraben! Wenn mir eine solche Beschuldigung gegen einen mir unterstellten Beamten mitgeteilt würde, so würde ich die Untersuchung selbst übernehmen und sie nicht untergeordneten Organen, die mich ja wieder beschuldigen können, überlassen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

#### Der Herr Oberwerkdirektor

aber ist an der Untersuchungsstelle vorgefahren, hat einige Anordnungen getroffen und einen Kapitänleutnant beauftragt, das Wasser gründlich zu untersuchen, dann ist er wieder verschwunden. Die „Untersuchung“ dauerte tatsächlich kaum 1/2 Stunde! Als Werkzeuge dienten lediglich ein paar Fäden, die sich als ganz untauglich zur Untersuchung erwiesen. Zunächst wurde ein Loch ins Eis gehauen, und man fand auch alldahin einen Sad mit allerhand Junkhalt. Nach 20 Minuten langem Suchen aber wurde der Befehl erteilt, die weitere Untersuchung zu unterlassen, da die Werkzeuge

für untauglich erklärt wurden. Der aussichtsfähende Kapitänleutnant spielte während der „Untersuchung“ mit seinen Händen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Daß bei einer solchen „Untersuchung“ nichts herauskommen konnte, besonders wenn man nichts finden wollte, ist klar. (Lebhafteste Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Nun hat man doch aber etwas gefunden! Der vernommene Artillerieoffizier Malolewski hat in dieser Beziehung belundet:

„Es ist richtig, daß ich sowohl Sachen ins Wasser habe werfen als auch unter dem Betriebesfessel habe verdrennen lassen. Es waren dieses jedoch nicht Sachen, die ich der Revision entziehen wollte, sondern nur Teile von zerlegten Inventarien, die durch die Artillerie-Revisionskommission zur Vernichtung bestimmt waren. Es waren dies Summteile von Akkumulatoren, zerbrochene Glasteile, alte Blechbüchsen usw.“

Als ich dieses

„usw.“

sagte, da sagte ich mir, daß sich hinter diesem Wort alles das verbirgt, was Malolewski nicht aufführen wollte. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn man etwas nicht sagen will, dann hält man schon still und sagt einfach: „usw.“ (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Wenn er das „usw.“ nicht gesagt hätte, dann hätte er nämlich folgendes sagen müssen, was gefunden worden ist:

Ein größeres Segeltuch, einen halben Meter breit und sieben Meter lang, das noch gut erhalten war, ein Kupferrohr, zwei Meter lang, ein anderes Kupferrohr, drei bis vier Meter lang, schlangenförmig gewunden, ein Fäß mit Schlemmkreide, zwei zugebundene Säcke mit Schlemmkreide, ein Holzstab, mit Eisen beschlagen, ein Eisenstab, vom Bugspriet herrührend! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn man diese Dinge verschweigt, dann ist es natürlich leicht, ein solches Protokoll herzustellen, nicht wahr? seien.

Was ist nun die Ursache dafür, daß man diese Sachen beseitigt oder verbrannt hat? Daran glaube ich nicht, daß die Beamten sich mit diesen Gegenständen bereichern wollten. Vielmehr glaube ich, und das ist auch in anderen Fällen bestätigt worden, daß die Ursache das Verstreuen war, nichts über den etatsmäßigen Bestand hinaus an solchem Material vorrätig zu haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es ist mir mitgeteilt worden, daß auch das auf der Kieler Werft veruntreute Del das Del gewesen ist, das über den etatsmäßigen Bestand hinaus vorhanden war!

Ueber den

#### Verkehr zwischen Arbeitern und Beamten mit Abgeordneten

hat der Staatssekretär gestern gesagt, daß er von der Verfügung des Kieler Oberwerkdirektors nichts gewußt habe. Der Kieler Oberwerkdirektor und der Staatssekretär haben erklärt, daß eine Weisung, die den Verkehr mit Abgeordneten verbietet, nicht erlassen sei. Bei der Bestimmtheit, mit der diese Worte abgegeben wurden, ist ein Zweifel nicht gut möglich. Der Staatssekretär muß sich aber darüber hinaus zu der Erklärung bequemen, daß er es mißbilligt, wenn die nachgeordneten Behörden solche Weisungen erlassen. (Sehr richtig! links.) Bei der Untersuchung in Danzig hat man nämlich weniger danach geforscht, ob die Materialien auf dem Grund der Werft vorhanden waren oder nicht, sondern man hat hauptsächlich geforscht nach dem Urheber der Denunziation! Der Kapitänleutnant Kauper hat im Protokoll erklärt, daß er über den denunzierenden Briefschreiber keine Vermutung habe! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Und der Betriebsleiter des Artilleriekonstruktionsbureaus Körner hat folgende Erklärung zu Protokoll gegeben:

„Aus der Handschrift, Zeichnung und der Qualität des verwendeten Papiers der mir vom Intendanturrat Hedde vorgelegten Skizze betreffend Vernichtung von Materialien beim Artilleriekonstruktionsbureau ist mir nicht zu erkennen, ob die Skizze von Angehörigen des Artilleriekonstruktionsbureaus angefertigt worden ist. (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Papier der zur Skizze verwendeten Art, ebenso auch das zum Durchpausen benutzte Blaupapier wird meines Wissens im Konstruktionsbureau beim Ressort 2 nicht verwendet. Zeichnungen des Ressortgeländes sind im Konstruktionsbureau und auch im Zimmer des Artillerieleiters vorhanden, doch gleicht keine der mir bekannten Zeichnungen der vorgelegten Skizze. Sonach habe ich vorläufig keinen Anhalt für den anonymen Angeber.“ (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Das „vorläufig“ ist gut, denn es gibt zu erkennen, daß man noch weiter nach dem Anzeiger forschen will! Ich kann die Vermutung nicht unterdrücken, daß diese Dinge auf die Weisung des Reichsmarineamts ins Protokoll gekommen sind. Wir haben es hier mit einem scharfen Gegensatz zu den Behauptungen des Staatssekretärs zu tun, und der Staatssekretär hätte alle Veranlassung, durch eine Erklärung jeden Zweifel zu beseitigen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sonst müssen wir befürchten, daß auch die anderen Mißstände so lag untersucht werden, wie es hier geschehen ist.

Ich muß nun noch eine Reihe von Mißständen zur Sprache bringen, die mit dem ganzen System verbunden sind, und ich will damit betreiben.

#### daß dieses ganze System geändert werden muß.

Zunächst klagen die Arbeiter über die Praxis, die bei ihrer Ueberweisung in andere Ressorts geübt wird. Während in einem großen Privatbetriebe eine telephonische Verständigung genügt, ehe sie an die richtige Stelle kommen.

Gegenstände, die ruhig aus billigen Messing hergestellt werden können, werden aus teurem Silberem Bronze gegossen, verfertigt, der noch dazu weniger praktisch ist.

Aus gutem alten Riefenholz macht man Kisten, die aus wertlosen Weibern hergestellt werden können.

Für die Verschwendung, die man mit den Steuergroschen der Wähler treibt, ist es bezeichnend, daß man den aussichtsfähenden Offizier von der Kieler Werft eine besondere Klasse zum Uebersehen zur Verfügung stellt, während er früher die gewöhnliche Klasse benutzte. So kommt die Ueberfahrt des Offiziers, die sonst 10 Pf. kostete, auf 3,80 M. zu stehen! (Lebhaftes Hört! hört!)

Da werden teure Maschinen angeschafft, die sich alldahin als gebrauchsfähig erweisen oder erst kostspieliger und langwieriger Reparaturen bedürfen, um Instand gesetzt zu werden. So hat man in Kiel vor 6 Jahren eine Walze angeschafft, die bis heute noch nicht gebrauchsfähig ist! (Lebhaftes Hört! hört!)

In der Kieler Offiziersmesse wurden Verzierungen im Werte bis zu 2000 M. entnommen, weil der Werkdirektor auf den sehr vernünftigen Gedanken kam, daß größere Einfachheit geboten sei — leider aber erst nachträglich, als das Geld schon ausgegeben war. (Erneutes Hört! hört!) In kurzen Zwischenräumen werden wohl ohne Bestellung teure Motorboote mit großer Mahagoniverwendung für den Kaiser und den Prinzen Heinrich gebaut, gewiß weil die betreffenden Instanzen sich über kein Geld machen wollen. Die Ausstattung der Kaiserjacht „Hohenzollern“ erfolgt auch nicht gerade nach den Grundfragen altpreußischer Sparsamkeit. Die zweimal jährlich erfolgende Renovierung mit neuer Lackierung, neuer Vergoldung usw. kommt auf ungefähr eine halbe Million zu stehen. (Lebhaftes Hört! hört!)

Ich habe noch eine große Fülle von Material über dies System der Verschwendung, das oft mit Verschwendungssucht und Vandalismus unserer Revolution. Nur noch ein paar Tatsachen:

Kisten der wertvollsten Bauweise verwendet man zur Fundamentierung, während gewöhnlicher Mörtele denselben Dienst geleistet hätte.

Flaschengenug im Werte von 150 M., nach dem Urteil der Sachverständigen noch gut zu gebrauchen, verkauft man zu 5 M. (Lebhaftes Hört! hört! Auf d. d. Nat. d. Beweis!) Na, Herr Kollege Weber, Sie rufen nach Weisungen. Ich habe schon bei früherer Gelegenheit

gesagt, daß ich meine Gewährsmänner nennen werde, wenn der Staatssekretär öffentlich erklären würde, daß sie nicht gemäßigert werden. Ich verweise ferner auf den Vorschlag des Kollegen Mugdan, man solle mir Gelegenheiten geben, an der Untersuchung persönlich teilzunehmen. Ich und meine Fraktion verlangen aber gar nicht solche Extrawürfel. Wir verlangen die Einsetzung einer unparteiischen parlamentarischen Kommission. Was mein Material betrifft, so habe ich es in Wilhelmshaven, Kiel, Friedrichshafen und Danzig gesammelt. Auf meine Angaben hin, daß auch in den Betrieben in Wilhelmshaven Verschwendung an Material getrieben worden ist, wurden dort Untersuchungen angeordnet; sie wurden aber so geführt, daß angeht das von mir eingangs meiner Ausführungen geschilderten Mängelregelsystems die Arbeiter nicht wagen konnten, Aussagen zu machen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich bitte den Reichstag dringend um Annahme unserer Resolution. Die Herren von der Rechten haben sich auf den Standpunkt gestellt, daß es sich nicht empfiehlt, wenn einzelne Abgeordnete die Werkstätten besuchen. Man kann darüber verschiedener Meinung sein. Der nationalliberale Herr Görde hat z. B. angeregt, einen Abgeordneten zur Untersuchung nach Kiautschou zu senden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In der Kommission war außer Herrn Mugdan auch Herr Erberger dafür, mich an der Untersuchung zu beteiligen. Die Herren von der Rechten und die Nationalliberalen wandten sich allerdings eifrig dagegen. (Zurufe bei den Nationalliberalen.) Ich sage nochmals, daß ich wirklich keine Extrawürfel beibringe, aber so sachverständig wie Herr Görde über osteuropäische Dinge, glaube ich auch noch über die Fragen der Materialverwendung usw. zu sein. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Hier ist in den letzten Tagen sehr oft von „nationalen Laten“ geredet worden. Für Herrn Erberger ist die Flottenvermehrung eine „nationale Lat“, für Herrn Semler die Flottenvermehrung. Ich meinerseits würde es als eine nationale Lat ansehen, wenn der Reichstag gründlich in die Marineverwaltung hineinleuchten wollte. In diesem Sinne bitte ich noch einmal dringend um die Annahme unserer Resolution. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Ges. Admiralitätsrat Harms:

Die Frage der Tarifverträge kann nicht vom Reichsmarineamt getrennt werden. Der geringe Einfluß, den das Reichsmarineamt bei Lieferungsaustragen in diesem Sinne ausüben kann, wird aber angewandt.

Die von der Marineverwaltung beschäftigten Arbeiter dürfen nicht sozialdemokratische Agitatoren sein oder eine Tätigkeit ausüben, die das friedliche Verhältnis zwischen der Verwaltung und den Arbeitern stört. Solche Leute werden nicht angenommen bzw. entlassen. (Bravo! rechts. Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Aber nach der politischen Bestimmung der Leute forschen wir nicht. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Das Arbeiterentscheidungsmitglied Fischer in Kiel ist entlassen worden, weil der Mann sozialdemokratische Agitation trieb. Solche Leute können wir nicht gebrauchen! (Bravo! rechts. Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Abg. Ledebour ruft: Werstpolizei!

Redner bezieht die Mängel der Ausführungen Seberings über den Korvettenkapitän Simon.

Nimmt man die Löhne unserer Arbeiter insgesamt, so stehen sie im Durchschnitt höher als in der Privatindustrie. Bei einzelnen Kategorien ist das nicht der Fall, aber diese wollen wir aufbessern. Wir werden wegen unserer guten Arbeitsverhältnisse auch geradezu überlaufen von Arbeitern. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Wir haben die neunstündige Arbeitszeit, wir haben eine Unterstützungs-kasse, wir haben auch — entgegen der Behauptung des Abg. Sebering — den § 616 des B.G.B. (Hört! hört! rechts. Abg. Sebering (Soz.): Auf dem Papier.)

Ferner hat Herr Sebering die Untersuchung des Wasserlochs in Danzig beanstandet. Wir können sie doch nur von den zuständigen Beamten ausführen lassen. Aus den Artilleriedepots stammte von den aufgefundenen Sachen nur irgendwelches Zeug. Das Wasserloch ist seit langem als Kältegrube benutzt sowohl von der Werftverwaltung wie von den Schiffen. Woher die gefundenen Kupferrohre und Ofenrohre stammen, dafür fehlt jeder Anhalt! Herr Sebering verlangt, daß ein Zauberer hinunterginge. Ein solcher hätte nichts gefunden, sondern mit seiner Schwermut alle in den Wodder getreten. Auspumpen, wie Herr Sebering verlangte, ist ebenfalls unmöglich. Er möge seine Beschuldigungen gegen den die Untersuchung leitenden Beamten außerhalb des Hauses wiederholen; dann wird er wohl noch eine andere Untersuchung bekommen. (Zustimmung rechts.)

Abg. Rommeln (Fortf. Sp.): Die Sozialdemokraten verlangen Unparteilichkeit. Sehr schön; dann sorgen Sie aber auch für Unparteilichkeit in den Arbeiterausschüssen, zum Beispiel in Danzig. Künftig werden Nichtsozialdemokraten aus diesem Ausschluß ferngehalten. (Hört! hört! bei der fortschrittlichen Volkspartei und rechts.) In Parenthese: Es ist nötig, das Proportional-system bei den Arbeiterauswahlwahlen einzuführen. Redner bereitet sich ausführlich über den kaufmännischen bzw. nichtkaufmännischen Geist in der Werftverwaltung.

Staatssekretär v. Tirpitz verbletzt sich über die Beamteneinstellung auf den Werften, wendet sich gegen die ungeteilte Arbeitszeit und erklärt, daß er auf Tätigkeit und nicht auf Anciennität lege.

Abg. Schirmer (Z.): Mit schönen Worten kommt man über den schlimmen Eindruck, den die Mitteilungen des Herrn Abg. Sebering über das Danziger Wasserloch im Reichstage und im Volke gemacht haben, nicht hinweg. Reines Gerede kommt es nicht so sehr darauf an, welchen Wert die Gegenstände haben, sondern daß man solche Sachen überhaupt ins Wasser versenkt! Die Marineverwaltung ist offenbar über bestehende Mängel nicht genügend unterrichtet. Was die Resolution Albrecht anlangt, so ist ihr Gedanke bereits in der Kommission verworfen worden, es ist dabei aber nicht herausgekommen. Daher lehne meine Freunde dies unwirksame Mittel ab.

Abg. Dr. Weber (natl.): Auf die Tarifverträge kann man die Marineverwaltung nicht festlegen; sind sich doch z. B. die Arbeiter des Baugewerbes noch gar nicht darüber klar, ob sie zum 1. April einen Tarif haben wollen oder nicht. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Doch sozialdemokratische Agitatoren nicht in Staatsbetrieben beschäftigt werden, ist selbstverständlich. Wenn ich als national-liberaler Agitator mich als Seher im „Vorwärts“ melden würde, würde man mich auch zurückweisen. (Lachen und Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Sie lassen auch auf den Dauten keine Andersorganisierten zu. (Zurufe: b. d. Soz.: Räuber geschichten!) Erst vor kurzem sind in meinem Wahlkreis zwei alte Maurer, die nicht freigewerkschaftlich organisiert waren, von Mitgliedern des Maurerverbandes aus der Arbeit verdrängt. (Auf bei den Sozialdemokraten: Das ist unredlich! Lachen rechts.) Hier mißbilligen Sie das, aber die Gewerkschaftsführer lehnen ein Eingreifen ab.

Was die Anlagen des Herrn Sebering betrifft, so möge er die Namen seiner Gewährsmänner nennen; der Herr Staatssekretär hat in der Kommission erklärt, er verpflanze sich, den Leuten nichts zu tun. (Widerwärtig bei den Soz.) Ich war selbst dabei, er wird jedenfalls diese Erklärung im Plenum wiederholen. Wenn Sie die Sache klarstellen wollen, müssen Sie dem Reichsmarineamt die Möglichkeit geben, die Leute gerichtlich zu vernehmen.

Abg. Konrad (Fortf. Sp.): Die Vernehmungen von Beamten wegen ihres Verkehrs mit Abgeordneten sind von dem Kommandant Lugd im Auftrage des Oberwerftdirektors vorgenommen worden. Herrn Admiralitätsrat Harms gegenüber betone ich, daß es die Verwaltung gar nicht angeht, was ein Arbeiter in seiner freien Zeit tut: ob er Sozialdemokrat ist oder nicht. (Lebhaftes Sehr richtig! links.) Der Kieler Vorfall hat manche Schäden aufgedeckt; man sollte der Oberwerftdirektion einen Jahrsmeister als Assistenten belgeben.

Abg. Sebering (Soz.):

An den Oberwerftdirektor sollen sich die Beamten nicht wenden, an Abgeordnete auch nicht; ja, was sollen sie denn tun, wenn sie ernstlich bestrebt sind, den deutschen Namen vor Schmach zu bewahren?

Herr Geheimrat Harms klagte, ich hätte die Zustände der Verwaltung als beinahe ruffisch hingestellt! Man wird bei solchen Dingen vielleicht bald mit Zug und Mecht nicht mehr von russischen Zuständen sprechen, sondern von deutschen Zuständen! (Große Unruhe rechts.) Heute ist es noch nicht so, aber wir wünschen auch, daß es nicht so wird, wir wollen den deutschen Namen vor diesem Flecken bewahren. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Was Herr Geheimrat Harms hier berichtet hat, ist ihm so berichtet worden; aber richtig ist es nicht. Er verwies auf das Gutachten eines Torpedodirektors; daß die Marineverwaltung ernstlich beabsichtigt sei, Mängel abzustellen, und nicht engherzig in bezug auf die Mitwirkung der Arbeiterausschüsse. Dieses Gutachten rührt vom September 1909 her, und einen vollen Monat später noch kam ein Befehl: die Tätigkeit der Arbeiterausschüsse einzuschränken! (Hört! hört! bei den Soz.-demokraten.) Auch nachdem der Reichstag beschlossen hatte, die Arbeiterausschüsse sollten bei der Neuordnung der Arbeiterverhältnisse gehört werden, sind die Besuche der Arbeiterausschüsse im Hinblick auf die Anwesenheit der Arbeiter abgelehnt worden! Was will also das Gutachten eines einzelnen Direktors belagen?

Geheimrat Harms hat dann behauptet, es würden nur die entlassenen, die im Betriebe agitierten, und hat auf den Fall Gerloff eingewirkt. Gerloff soll eine solche Agitation vor Gericht zu gegeben haben. Aus den Gerichtsakten habe ich festgestellt, daß Gerloff eine solche Erklärung nicht abgegeben hat. Weiter habe ich hier ein Zeugnis des Danziger Oberwerftdirektors Freiherrn v. Schimmelmann, wo es heißt:

„Durch seine dienstliche Führung sowie seine Führung im Privatleben hat er keinen Anlaß zum Tadel gegeben, wogegen seine Führung im öffentlichen Leben nicht tadellos war.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Dadurch ist bewiesen, daß der Mann deshalb entlassen ist, weil er als Sozialdemokrat sich erklärte, Mängel zur Sprache zu bringen.

Geheimrat Harms wies weiter darauf hin: Die Betriebe müßten doch gut sein, denn sie seien von Arbeitsuchenden überlaufen! Das ist in der Zeit der wirtschaftlichen Krise wirklich kein Grund. Die Arbeiter wollen leben und müssen irgendwo unterkommen.

In bezug auf die Richtaufhebung des § 616 B. G. B. ist Geheimrat Harms nicht richtig informiert. Ich verweise auf eine Verfügung des Oberwerftdirektors von Wilhelmshaven vom 9. Juli 1907:

„Der Antrag der Kommunalvertreter auf Freigabe des ganzen Nachmittags mit Lohnzahlung bei Sitzungen wird abgelehnt.“

Die Kosten einer erweiterten Urlauberteilung an Werftarbeiter wären leicht durch Ersparnisse aufzubringen, wenn z. B. nicht jährlich zweimal das Kino zum Aufbruch der „Hohenzollern“ erneuert und mit dem Material etwas sparsamer umgegangen würde.

Herr Geheimrat Harms hat dann die Sachen angeführt, die aus dem Danziger Wasserloch

gehoben sind. Biele derartige Sachen aber noch im Graben liegen, davon hat er nichts gesagt! (Gelächter rechts. Abg. Rommeln: Das wissen Sie ja auch nicht!) Glaubt, aber ich habe mich ja erboten, bei der Hebung der Sachen mitzuwirken und ich erkläre mich noch heute dazu bereit, wenn die Marineverwaltung dazu die Ermächtigung erteilen würde! Denken Sie doch, wie ich das machen würde, wenn dann nichts gefunden würde! Wo bereiten Sie mir doch die Blamage — ich bin sogar gern bereit, die Kosten zu tragen, falls nichts dabei herausläuft! Ich würde schon die Anordnungen treffen, die Herr Harms für „unmöglich“ erklärte, daß die Stelle eingedämmt und ausgepumpt würde. Dann würde man all die löslichen Materialien finden und auch feststellen können, zu welchem Zwecke sie versenkt wurden. Wenn Sie mir aber die Möglichkeit, dabei mitzuwirken, nicht geben, dürfen Sie mir kein Vorwürfe machen! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Herrn Rommeln möchte ich nur sagen: Daß meine Mitteilungen richtig sind, prüfen in Danzig die Spoken von den Dautern! Die Danziger Bevölkerung wird jedenfalls verunruhigt den Kopf schütteln, daß ihr Abgeordneter, ohne sich persönlich an Ort und Stelle zu informieren, der Regierung bespringt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Herr Rommeln sagte, wir Sozialdemokraten seien schuld, daß in die Arbeiterausschüsse nur einseitig Sozialdemokraten gewählt werden. Daran sind vielmehr Sie selbst schuld, indem Sie unseren Antrag ablehnten, daß die gewerkschaftlichen Organisationen mitwirken sollten; dann hätten auch die christlichen und kirchlichen Organisationen mitgewirkt. So aber werden nur Leute des Vertrauens der Arbeiter gewählt, und das sind natürlich nur Sozialdemokraten. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Das würde auch bei dem Proportionalssystem nicht anders werden.

Herr Weber meinte, die Werftverwaltung könne bei Lieferungen nicht nur Firmen berücksichtigen, welche die Tarifverträge innehalten, weil die Bauarbeiter z. B. sich selbst noch nicht klar darüber seien, ob sie zum 1. April einen Tarif haben wollen oder nicht. Hier handelt es sich aber nicht um die prinzipielle Frage, ob Tarif oder nicht, sondern darum, wie der Tarif ausgestaltet werden soll. (Sehr richtig links.) Herr Weber erwähnte auch wieder den „Vorwärts“-Betrieb. Nun, im „Vorwärts“-Betrieb sind auch Personen beschäftigt, die nicht Sozialdemokraten sind. Die dort Beschäftigten haben auch das Recht, zur Geschäftsleitung zu gehen und Vorschläge zu machen und ihre Beschwerden öffentlich zur Sprache zu bringen. Wenn Sie also die Einrichtungen sozialdemokratischer Betriebe auf die der Marineverwaltung übertragen wollten, haben wir nichts dagegen, sie werden dann wirklich Musterbetriebe sein. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Diskussion.

Das Kapitel wird bewilligt.

Die Resolution Albrecht (Soz.) auf Einsetzung einer Untersuchungskommission wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und einiger Fortschrittler abgelehnt!

Eine Reihe weiterer Titel und Kapitel wird debattelos erledigt.

Beim Kapitel „Verschiedene Ausgaben“ wendet sich Abg. Ahlhorn (Fortf. Sp.) gegen die Beamtensonnenvereine. Die Beamten müssen Rücksicht auf den kleinen gewerblichen Mittelstand nehmen.

Abg. Dr. Geddes (Fortf. Sp.) (mit Unruhe empfangen) fordert — um 8 1/2 Uhr — die Abgeordneten auf, ihm „auf ein Ständchen“ (Große Heiterkeit) ins Marine-Museum zu begleiten. (Rufe: Das ist jetzt geschlossen! Stürmische Heiterkeit.)

Das Kapitel wird bewilligt.

Damit ist der ordentliche Etat erledigt.

Die einmaligen Ausgaben werden mit den Streichungen der Kommission beschlossen.

Damit ist der Marineetat angenommen.

Hierauf verläßt das Haus. Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr. (Etat von Kiautschou, Postetat.)

Schluß 8 1/2 Uhr.

## Abgeordnetenhaus.

30. Sitzung, Dienstag, den 8. März 1910, mittags 11 Uhr.

Am Ministertische: Sydow.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt Abg. Graf Praschna (Z.), daß das Blatt „Donauwarte“, aus dem neulich der nationalliberale Abg. Lehmann einen gehässigen, auf Unwahrheit beruhenden Angriff gegen den Kronprinzen zitiert hatte, kein Zentrumorgan, sondern vielmehr ein sozialdemokratisches Blatt sei.

Abg. Borgmann (Soz.): Gegenüber dem Herrn Vorredner kann ich erklären, daß innerhalb unserer Parteipresse ein Organ namens

„Donauwarte“ nicht existiert. Ich muß es dem Hause überlassen, zu beurteilen, welchen Zweck der Herr Vorredner mit dieser Angabe verfolgte. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Demagogie des Zentrum!) Jedenfalls entspricht seine Behauptung nicht der Wahrheit.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Beratung des Gesetzesentwurfs bez. die Erweiterung des Stadtkreises Spandau.

Abg. Borgmann (Soz.):

Die Gemeinde Spandau soll an den Kreis Osthavelland für die Eingemeindung eine Entschädigung von 2 650 000 M. zahlen. Man hat in der Kommission anerkannt, daß die Summe etwas hoch sei, meinte aber, da die Spandauer Stadtverordnetenversammlung einstimmig die Entschädigung bewilligt habe, könne man darüber hinweggehen. Nun erinnere ich daran, daß, als bei der Eingemeindung von Gernsforde in Kiel diese Stadt sich weigerte, eine Abfindung an den Kreis zu zahlen, die Regierung zugunsten des Kreises eingegriffen hat. Hier aber, wo es sich um die Wahrung von städtischen Interessen handelt, verläßt die Regierung. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Regierung sollte aber um so mehr Widerspruch erheben, daß seitens des Kreises der Stadt in dieser Weise eine Daumenstraße angelegt wird, weil dieser Vorgang natürlich die Begehrlichkeit anderer Kreise außerordentlich wecken wird. Tatsache ist doch, daß der Kreis für den Bezirk, der jetzt eingemeindet werden soll, absolut nichts geleistet hat. Das Verlangen einer Abfindung ist deshalb ganz ungerechtfertig. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ein Regierungskommissar erwidert, daß die Verhandlungen zwischen Stadt und Kreis ohne Eingreifen der Aufsichtsbehörde stattgefunden und daß beide Teile sich durch einstimmigen Beschluß der Bedingungen geeinigt hätten. Es wären auch in dem Verträge eine ganze Reihe von Bestimmungen, z. B. über Chausseebauten usw. festgelegt, die mit der Eingemeindung nichts zu tun hätten.

Abg. v. Brandenstein (L.): Es ist richtig, daß es eine rechtliche Grundlage für die sogenannte Abfindung des Kreises nicht gibt; doch liegt an der mangelhaften Ausbildung des Eingemeindungsrechts. Wenn aber einem Kommunalverband ein für seine Steuerkraft besonders bedeutungsvolles Gebiet abgenommen und einem anderen Kommunalverband zugelegt wird, der dadurch einen enormen Gewinn hat, und dies sollte ohne Abfindung geschehen, so würde das von einem natürlich denkenden Menschen kaum verstanden werden. Da muß man schon ungeheuer viel staatsrechtliche Kenntnisse haben, um daran Anstoß zu nehmen.

Abg. Borgmann (Soz.): Gegenüber der letzten ironischen Bemerkung des Herrn v. Brandenstein kann ich nur feststellen, daß meine Ansicht geteilt wird von dem höchsten preussischen Verwaltungsgericht. Ich weiß nicht, ob die staatsrechtliche Auffassung des Herrn v. Brandenstein höher ist als die des preussischen Oberverwaltungsgerichts. Nach Lage der Verhältnisse ist die Abfindung durchaus ungerechtfertigt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die So. ange wird hierauf angenommen, ebenso in dritter Lesung die Eingemeindungsunterlagen betreffend Frankfurt a. M. und Essen.

Es folgt die

## Fortsetzung der zweiten Beratung des Etats der Handels- und Gewerbeverwaltung.

Abg. Rosenow (Fortf. Sp.): Im Interesse der Entwicklung von Handel und Industrie legen wir großen Wert auf freundschaftliche Beziehungen zu England. Leider wird von gewissen Seiten immer noch der Gegenstand zwischen uns und England gerührt. Von der Sozialpolitik hat der Handwerker leider wenig. Soweit die Handwerker es wünschen, sollte es diesen ermöglicht werden, an der sozialen Versicherung beteiligt zu werden. Ein Uebelstand von Sozialpolitik für die Arbeiter verwerfen auch wir. Aber man muß berücksichtigen, daß die Leistungen der Sozialpolitik der gesamten Industrie zugute kommen, indem sie zur Schaffung eines besseren, gesunden Arbeiterstandes beitragen. Dem gegenüber sollten die Arbeitgeber nicht so sehr betonen, daß sie schwer belastet werden. Die Arbeiterlöhne sind gewiß erhöht, aber das war die notwendige Folge der Verteuerung der ganzen Lebenslage durch unsere Zoll- und Steuerpolitik.

Die Frauenarbeit hat einen großen Umfang angenommen. Das Bestreben der Frauen, dieselbe Ausbildung als Lehrlinge, Gesellen und Meister zu erhalten wie die Männer, können wir nur unterstützen. Wo die Bedingungen der Sauberkeit und der Hygiene in den Wäbereien gewahrt sind, sollte den Wäbermeistern und Hausbesitzern eine gewisse Schutzfrist zur Ausführung der Wäberreibrordnung gewährt werden. Ein großer Mangel ist die in der Provinz Brandenburg verfallene Verhängung der Schaufenster an Sonn- und Feiertagen. In anderen Provinzen kennt man diese rückständige Art der Handhabung der Polizeigewalt nicht. Redner wünscht das weitere, daß in der Saison die Arbeiterinnen am Sonnabend zwar acht Stunden, aber bis abends 9 Uhr mit einer längeren Pause am Mittag beschäftigt werden dürfen. (Bravo! bei der fortschrittlichen Volkspartei.)

Abg. Leinert (Soz.):

Es ist gesagt worden, daß man den bisherigen Handelsminister mit Bedauern habe scheiden sehen. Wir können uns diesem Bedauern nicht anschließen, höchstens können wir bedauern, daß er Staatssekretär für Sozialpolitik im Reich geworden ist. Wir alle hoffen aber, daß das Reichstagswahlrecht dazu beitragen wird, daß auch dieser Minister, dessen Arbeiterfreundlichkeit nicht auszuweit her war, sich entwickelt wie Graf Holandowski. Wenn wir uns in dieser Hoffnung täuschen sollten, wird die Arbeiterklasse schon dafür sorgen, daß die Sozialpolitik nicht still steht. Die Verungung von Ministern bedeutet heute kein Programm mehr. Sein Programm hat der jetzige Herr Handelsminister auf der Festversammlung des Vereins zur Förderung des Gewerbesinzel dargelegt. Dort sagte er:

„Das Bestreben der Arbeiter zur Verbesserung ihrer kulturellen Lage ist natürlich anzuerkennen, aber andererseits ist auch die Kampfstellung, in der sich das Volkzieht, kein Blick für die Industrie, Unternehmer und Arbeiter sind nicht Gegenstände, sondern haben im letzten Grunde solidarische Interessen.“

Die bisherige Tätigkeit des Ministers schlägt diesen Anschauungen ins Gesicht. In seinen Anweisungen zur Ausführung der Gewerbeordnungsnovelle hat der Handelsminister alle Bestimmungen zugunsten der Arbeiter im Interesse der Unternehmer ausgemergelt.

## Die Gewerbeinspektion.

Ein Fortschritt ist immerhin erzielt, indem es den Gewerbeinspektoren überlassen worden ist, zu entscheiden, ob Ausnahmen vom gesetzlichen Arbeiterschutz zu erfolgen haben. Das bringt allerdings eine neue Arbeitslast für sie. Dabei sind im Etat nur acht neue Gewerbeinspektoren vorgesehen! Darunter wird die Revision der gewerblichen Betriebe leiden. Von 141 000 Betrieben sind 1908 nur 70 000 = 47,9 Proz. revidiert worden mit 82,1 Proz. der vorhandenen Arbeiter. Eine große Reihe von Betrieben ist also nicht revidiert worden. (Zuruf rechts: Das schadet nichts!) Bewußt der Arbeiterschutz ist für Sie ja Nebenfrage! Die nicht revidierten Betriebe sind gerade die kleinen, in denen 23 Proz. der Arbeiterinnen und 21,6 Proz. der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt sind. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ueber 2000 im Jahre 1908 neu entstandene Fabriken sind überhaupt nicht revidiert worden. Wir müssen also eine erhebliche Vermehrung der Zahl der Gewerbeinspektoren verlangen.

Daß wir jetzt wieder einen Minister gegen Sozialpolitik haben, beweisen die erwähnten Ausführungsanweisungen, aus denen eine Reihe von Bestimmungen zugunsten der Arbeiter, z. B. in bezug auf Ueberarbeit und Sonntagsruhe usw. herausgestrichen worden sind. Als Grund führt der Minister an, daß die Fassung der Vorschriften zu manchen Mißverständnissen Anlaß gegeben habe! Es sei zu erwarten, daß auch so die Gewerbebeamten einen billigen Ausgleich zwischen den berechtigten Interessen der Arbeitgeber und der Arbeiter finden würden. Es handelt sich aber hier gar nicht um berechtigtes Interesse der Arbeitgeber, sondern um den Schutz der Arbeiter, der gesetzlich festgelegt ist und von dem Ausnahmen zugunsten der Arbeiter gestattet sein sollen. Die

Unternehmer werden jetzt darauf hingewiesen, daß es nur an dem guten Willen der Gewerbeinspektoren liegt, wenn diese Ausnahmen nicht gestattet werden, und der Widerstand der Arbeitgeber gegen die Gewerbeaufsichtsbeamten wird so lediglich gestärkt. Interessant ist, daß die „Deutsche Arbeiterzeitung“ im November 1906 alle wirtschaftlichen Verbände aufgefordert hat, sich mit Eingaben an die Landeszentralbehörden zu wenden, um eine anderweitige Gestaltung der Ausführungsbestimmungen im Interesse der Unternehmer zu erzielen, und daß wenige Tage nachdem diese Eingaben an die Landeszentralbehörden gerichtet waren, die neue Ausführungsanweisung des Handelsministers erlassen wurde, in der die Vorschriften, die die Arbeitgeber nicht haben wollten, weggelassen waren! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Also der Arbeiterschutz ist für den Minister nicht die Hauptsache bei Schaffung solcher Bestimmungen, sondern die „berechtigten Interessen“ der Unternehmer. Ich meine, die Gesundheit der Arbeiter muß hier das höhere Interesse sein gegenüber allen Wünschen der Unternehmer. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

**Die wenig arbeiterfreundliche Haltung des Ministers**  
hat sich auch in seiner Auslegung des § 105 der Gewerbeordnung gezeigt, indem er es für zulässig erklärte, daß Arbeiter, die in einer Werkstatt beschäftigt sind, in der dem Handels-gewerbe freigegebenen Zeit im Handelsbetrieb desselben Arbeiters beschäftigt werden dürfen. Er begründet das folgendermaßen: „Wenn auch nicht zu verkennen ist, daß infolge dessen die Sonntagsgabe der Arbeiter in unvölligster Weise beeinträchtigt werden kann, so muß doch beachtet werden, daß diese Arbeiter nicht schlechtergestellt sind als zahlreiche Arbeiter, die im Schneiderei-, Schuhmacher-, usw. Gewerbe sowohl in der Werkstatt als auch im Ladengeschäft ihres Arbeitgebers tätig sind.“ Diese Begründung ist geradezu kläglich. Mit demselben Recht könnte man sagen: die Bestimmungen der Gewerbeordnung zum Schutz der Arbeiter brauchen nicht angewandt zu werden, weil solche Bestimmungen für die Landarbeiter nicht bestehen. Wir meinen, man darf nicht auf die ungenügend geschützten Arbeiter zurückgreifen, sondern muß dafür sorgen, daß die Bestimmungen zum Schutz der Arbeiter rücksichtslos durchgeführt werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Gerichte werden hoffentlich eine andere Stellung einnehmen.

Dem Wunsche des Herrn Rosenow, die Beschäftigung von Arbeiterinnen am Sonnabend bis 9 Uhr ohne Verlängerung der Arbeitszeit zuzulassen, könne wir nicht zustimmen, weil die Einhaltung der Arbeitszeit dann unmöglich zu kontrollieren wäre. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Von der Bestimmung, daß die Beschäftigung der weiblichen Arbeiter Sonnabends um 6 Uhr aufzuhören hat, darf nicht abgegangen werden.

Der preussische Handelsminister wird sich noch manche Schlappe durch die Gerichte holen, wenn er mit seinen „Auslegungen“ kommt. Eine Niederlage hat er ja schon erlitten durch den

#### Erlaß gegen die Krankenkasse der Kaufleute Berlins und ihre Wohnungsverhältnisse

Die Voraussetzung meines Parteigenossen Vorgmann im vorigen Jahre, daß dieser Erlaß vom Oberverwaltungsgericht nicht aufrechterhalten werden könne, ist eingetroffen. Der Minister hätte besser getan, sich nicht auf die Eingabe der Haus- und Grundbesitzer zu verlassen, denen natürlich die Enthüllung der schauerhaften Wohnungsverhältnisse durch die Krankenkasse sehr unangenehm war und die deshalb eine Verhinderung solcher Veröffentlichungen verlangten. Aber das Ministerium für Arbeiterschutz entwickelte sich hier zum Ministerium für die Vertretung der Interessen rüchstandsiger Haus- und Grundbesitzer und zum Ministerium gegen Wohnungsreform. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Zu dem Urteil wird anerkannt, daß die Feststellungen der Kasse den Ärzten häufig wertvolle Anhaltspunkte für die sachgemäße Erledigung der Unterstufungsfälle böten. Das mußte sich der Handelsminister auch sagen, aber er schäme die Interessen der Grundbesitzer höher als diejenigen starker Arbeiter. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Auf dieser schiefen Ebene geht die Tätigkeit des Handelsministeriums weiter direkt hinter uns Lager der national-liberalen und rechtskonservativen Schatzmacher.

In der Interpellation über den Bohemaweis habe ich bereits angeführt, daß der Minister den Innungen die Erlaubnis erteilt hat, sich den Arbeitgeberverbänden anzuschließen. Der frühere Handelsminister Wöller hatte mit Recht betont, die Aufgabe der Innungen sei: ein gebührendes Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern herbeizuführen, die Arbeitgeberverbände aber seien Kampfbünde gegenüber den Organisationen der Arbeitnehmer; deshalb sei der Beitritt einer Innung zu einem Arbeitgeberverband eine das Gemeinwohl gefährdende Handlungsweise. Es berührt eigenartig, daß in der kurzen Zeit, seitdem ein neuer Handelsminister im Amt ist, nun auf einmal eine andere Auffassung über die Arbeitgeberverbände im Handelsministerium vorgehandelt ist. Herr Sydow ist offenbar über

#### das Wesen der Arbeitgeberverbände

nicht recht unterrichtet. Es zeugt von etwas großer Naivität, wenn er meint, daß die Innungen sich von solchen Arbeitgeberverbänden fernhalten würden, die reine Kampforganisationen seien. Im Gegenteil, die Absicht der Innungen ist gerade darauf gerichtet, sich in den Dienst der Kampforganisationen gegen die Arbeiter zu stellen. Die Zwangsbewehrung im Vaugewerbe hat denn auch keinen Anstand genommen, sich über diesen Wunsch des Handelsministers einfach hinwegzusetzen. Die Herren haben nicht daran gedacht, ihren Arbeitgeberverband von der Innung loszulösen, sie haben das Kontor des Arbeitgeberverbandes in des Bureau der Innung verlegt! Daß die Entwidlung der Arbeitgeberverbände nicht dahin geht, eine friedliche Verständigung mit den Arbeitern herbeizuführen, sondern daß sie die Arbeiterorganisationen unter ihre Fittiche heben wollen, beweisen die beschriebenen Verhandlungen der Arbeitgeberverbände. So hat der Vorsitzende des Zentralverbandes deutscher Industrieller es offen ausgesprochen, daß eine Gleichberechtigung der Arbeiter gegenüber den Arbeitgebern nicht anerkannt werden könne. Er nannte die Gleichberechtigung ein Schlagwort, mit dem ungeheurer Unfug getrieben werde; gleichberechtigt sei der Arbeiter in der Politik und vor Gesetz und Recht, aber nicht im sozialen und wirtschaftlichen Leben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich erinnere weiter an den Beschluß des Arbeitgeberverbandes für das Vaugewerbe, die Geschäfte am 1. April zu schließen, falls das von den Arbeitgebern vorgelegte Tarifmuster von den Arbeitern nicht anerkannt werden sollte. Das bedeutet also nichts anderes, als daß der Arbeitgeberverband für das Vaugewerbe den Arbeitern ein Vertragsmuster, das einseitig von den Arbeitgebern aufgestellt ist, aufzwingen will. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wie ein solches Verhalten zum Ausgleich der Gegensätze zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern führen kann, vermag ich nicht einzusehen.

Der Syndikus der Handelskammer zu Saarbrücken, Dr. Tille, schrieb in einer seiner zahlreichen Flugblätter:

„Das deutsche Unternehmertum ist fest entschlossen, das Nachgeben gegenüber den Arbeitern nicht so weiter laufen zu lassen und das Selbstbestimmungsrecht der Arbeitgeber in den einzelnen Betrieben nicht verkümmern zu lassen. Trotz Gewerbegericht und Einigungsämter wird man sich das heilige Recht der wirtschaftlichen Vertragsfreiheit bei Ausständen nicht nehmen lassen.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Arbeitgeberverbände haben also nicht aufgehört,

#### Kampforganisationen gegen die Arbeiter

zu sein. Die Anordnung des Ministers können wir daher nur als eine den Interessen der Arbeiter ins Gesicht schlagende Maßnahme ansehen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Warum erkundigt sich der Minister nicht vor Erlaß solcher Maßnahmen bei den Arbeitern, bei den Gefellenausschüssen? Oder bei der General-kommission der Gewerkschaften in Deutschland, an die die Reichs- und Landesverbände sich bei der Streitstatistik auch immer wenden müssen? Die Arbeiter können dieselbe Achtung verlangen wie die Arbeitgeber. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Man verläßt sich aber lediglich auf das Urteil der Arbeitgeber, selbst bei Fragen, die nur die Arbeiter angehen.

Gestern, als der Minister die Stellung der Vätergesellschaften zur Väterverordnung erwähnte, rief man rechts: Sozialdemokraten! Das ist recht bezeichnend und zeigt, daß man nicht Leben und Gesundheit der Arbeiter schützen will. Sozialdemokraten sind a u d Menschen. Die Durchführung des Arbeitergesetzes ist eine größere kulturelle Tat als eine Finanzreform. Bei der Durchführung der Väterverordnung, bei der es sich also um den Schutz der Arbeiter handelt, will der Minister Arbeitgeber zuziehen, die sich doch direkt gegen die Väterverordnung ausgesprochen haben. Warum will der Handelsminister nicht Arbeiter zuziehen? Die Arbeiter müssen in den elenden Kellern wohnen und haben Anspruch darauf, gehört zu werden. Die Arbeiter können sich nicht damit zufrieden geben, als eine minderwertige Klasse behandelt zu werden. Auf der Arbeiterklasse ruht die ganze Existenz der bürgerlichen Gesellschaft. Entsprechend ihrer Kulturmission müssen die Arbeiter behandelt werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Innungen dürfen sich Arbeitgeberverbänden anschließen, die gegen die Arbeiter auftreten, aber nicht dem Hansabund, der den Kampf führt gegen die Ritter und Heiligen der Finanzreform. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Handelsminister, der zwar dem schwarzblauen Ploß seine jetzige Stellung verdankt, darf sich nicht in den Dienst des schwarzblauen Ploß stellen. Der Bund der Landwirte, Bauernbund und Hansabund werden trotz aller Differenzen untereinander sich immer gegen die Arbeiterklasse zusammenschließen, soweit sie sozialdemokratisch ist. (Sehr richtig! rechts.)

#### Bei den nächsten Wahlen

wird der Hansabund den Juliussturm des Zentralverbandes deutscher Industrieller in seinen Dienst stellen. Dieser Wahlkampf wird alles bisher Dagewesene in den Schatten stellen.

Inserate Anträge auf Zuziehung der Arbeiter zur Gewerbeinspektion hat man in der Kommission abgelehnt. Sie werden sich aber daran gewöhnen müssen, die Sozialpolitik mit den Organisationen der Arbeiter durchzuführen, und Sie werden sich noch an sehr viele andere Dinge gewöhnen müssen! Hier in Preußen kann die Sozialpolitik nicht die nötige Unterstützung finden, weil der Arbeiter bei den Wahlen vollständig ausgeschaltet ist. Die Sozialpolitik in Preußen kann sich daher auch nicht mit der des Reichstags messen. Die Gewerkschaften haben zur Selbsthilfe greifen müssen, haben Rinderschaukommissionen, Beschwerdestellen für Arbeiterinnen und Arbeiterinnenschuttkommissionen geschaffen. Ich ersuche den Minister, bei Arbeiterschutzvorschriften diese Stellen zu befragen. Es ist notwendig, daß die Arbeiter ihre Erfahrung in den Dienst der Sache stellen. Die

#### Arbeitslosenfürsorge

muß auch in Angriff genommen werden. Ich bringe dies jetzt bei der aufsteigenden Konjunktur gerade in Anregung, damit man nicht wieder — wie früher — sagt, bei wirtschaftlichem Niedergang könne man ein solches Werk nicht in Angriff nehmen. Baden hat 100 000 M. bewilligt, um dieses Problem zu lösen. Das ist besser als 50 000 M. zur Entschuldung der Rittengüter! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die gewerblichen Fortbildungsschulen bedürften einer ausreichenden Fürsorge. Die Schulzeit darf aber nicht in die Arbeitszeit fallen. Der Sozialpolitiker dürfen nicht die Fingel beschnitten werden. Der Agrar-schutz hat den Landwirten einen ungeheuren Gewinn auf Kosten der übrigen Bevölkerung zugehängt, die die Landwirte zu Luxusbauten veranlaßt haben, aber nicht zu Arbeiterwohnungen. Der Abg. Kallewisch hat von der gewaltigen Zunahme der Arbeiterlöhne in Deutschland gesprochen und gesagt, Deutschland habe sogar England auf diesem Gebiet übertroffen. Wenn die deutsche Arbeiterklasse in der Tat die letzte Krisis in der Weise überstanden hat, so hat sie doch wesentlich ihren gewerkschaftlichen Organisationen zu verdanken.

#### Die gewerkschaftlichen Organisationen

haben im letzten Jahr allein an Arbeitslosenunterstützung 8 130 000 Mark ausgegeben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) An Arbeitsunfähige und Kranke wurden 8 460 000 M. gezahlt und an Reiseunterstützung fast 2 Millionen Mark. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Insgesamt wurden also für diese Unterstützungs-zwecke rund

#### 18 1/2 Millionen Mark

ausgegeben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Vergleichen Sie diese gewaltige Kulturleistung mit der Rämmerlichkeit, in der sich die Wohlfahrtsanstalten des preussischen Staates für die Arbeiter entwickeln!

Der Abg. Kallewisch hat auch gemeint, von hungernden Arbeitern könne nun nicht mehr geredet werden. Zunächst möchte ich ihn darauf verweisen, daß

#### der Durchschnittslohn

in England 81 Pf. pro Stunde, in Deutschland 45 Pf. pro Stunde beträgt! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Und was das Fehlen hungernder Arbeiter anlangt, so verweise ich auf einen Artikel der deutschen „Vergewaltigung“, der sich gegen den von der Rechten so vergötterten früheren Landwirtschaftsminister v. Bobbelsloh richtete. Dieser Artikel wandte sich gegen die einseitige Bevorzugung der Interessen der Landwirtschaft und führte aus, daß es der Industrie trotz aller Anstrengungen und trotz der größten Opfer nicht möglich gewesen ist, sich auf der Höhe zu halten. Die Folgen der Bobbelslohschen Politik werden als un-erhört und industrieschädlich bezeichnet. Das wird ausgeführt von national-liberalen Industriellen!

Die „Pädagogische Reform“ brachte kürzlich die Erzählung eines Lehrers, der ein 14-jähriges Mädchen in der Klasse hatte, dessen blutloses Gesicht ihm Jammer und Mitleid einflößte. Er fragte das Kind, ob es am Morgen Kaffee getrunken habe, und das Kind antwortete Nein! Es hatte

#### nichts gegessen und nichts getrunken!

Dabei hatte es nasse Füße, die Mutter war krank, und die Eltern waren ordentliche Leute. Als er dem Kinde darauf ein Stück Brot gab und sah, wie es das Brot bange und scheu verzehrte, wie das Kind so viel Glüd gar nicht fassen konnte, da dachte der Lehrer an die Erhöhung der Getreidezölle, an die großen Landwirte und dann an die Tausende von Kindern, denen es wohl ebenso geht wie diesem armen Mädchen.

#### (Lachen rechts!)

Der Lehrer sagt: Solange es solche hungernden Kinder gäbe, würde Christus nicht auf der Seite derer stehen, die die Getreidezölle beschlossen haben. (Lachen rechts.) Damit habe ich bewiesen, daß heute noch viele Arbeiter mit ihren Kindern hungern müssen. (Lachen rechts.) Sie auf der Rechten haben keinen Begriff von Hunger und Sie kennen die Lage der Arbeiterklasse ja gar nicht! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Jedenfalls möchte ich den Minister dringend bitten, sich der Lage der Arbeiter anzunehmen. Möge der Minister nicht Bremser auf sozialpolitischem Gebiet sein, sondern möge er alles tun, um sich das Vertrauen von Millionen von Arbeitern zu erwerben. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Hammer (L.): Die Einnahmen der Geschäftsleute in Berlin werden durch den Jubiläumsschluß stark beeinträchtigt. Die Berliner Geschäftsleute hat sich mit ihrer Bitte um weitere Ausnahmetage an den Polizeipräsidenten gewandt, dem ich bei dieser Gelegenheit

#### meinen herzlichsten Dank und meine Hochachtung für seine in den letzten Tagen bewiesene Haltung

ausspreche! (Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Der Polizeipräsident hat die Geschäftsleute abschlägig beschieden auf Grund der Ergebnisse einer Kundfrage durch Schulpöte. Nach meiner Meinung sind Schulpöte für solche Kundfragen nicht geeignet. (Abg. Vorgmann, Soz.: Aber zum Bezug!) Herr Reinert hat die Angaben des Abg. Kallewisch über die gute Ernährung der deutschen Arbeiter bestritten. Durch die Statistik des Deutschen Reichs aber ist festgestellt, daß 1906 der

Durchschnittsverbrauch an Fleisch in Frankreich, Belgien, Dänemark und Schweden 82,6 Kilogramm betrug, in Deutschland aber 50,6 Kilogramm. (Hört! hört! rechts.) Da kann man nicht von einer Unterernährung der deutschen Arbeiter sprechen. (Bravo! rechts.)

#### Handelsminister Sydow:

Ich möchte einige unrichtige Behauptungen des Herrn Reinert nicht unbedarft ins Land gehen lassen, damit es nicht noch her in der sozialdemokratischen Presse heißt: „Gegenüber den Heulenschlägen, die der Abg. Reinert auf den Minister niederschmettern ließ (Heiterkeit rechts), wählte dieser kein Wort zu erwidern.“ — Richtig ist, daß ich die Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer als solidarisch ansehe. Es ist der Hauptfehler der Sozialdemokratie, daß sie — ohne Rücksicht auf die Interessen von Industrie, Handel und Gewerbe — einseitig die Interessen der Arbeiter vertritt. Die englischen Arbeiter sind darin viel verständiger, denen ist lange zum Bewußtsein gekommen, daß Arbeitgeber und Arbeiter im Grunde gemeinsame Interessen haben. Daß ich nicht einseitig die Interessen der Arbeitgeber vertritt, habe ich durch meine Ausführungen beim Bohemaweis und bei der Väterverordnung bewiesen.

Was meine Ausführungsanweisungen zur Gewerbeordnung betrifft, so gibt die Gewerbeordnung genau die Voraussetzungen an, unter denen Ueberarbeit genehmigt werden kann, und bestimmt auch, wie lange die Ueberarbeit dauern darf. Innerhalb dieser Schranken kann man den Gewerbeaufsichtsbeamten wohl freie Hand lassen.

Bei der Frage, wieviel Arbeiter, die in sogenannten produktiven Gewerben werktags beschäftigt sind, Sonntags anderweitig beschäftigt werden dürfen, handelt es sich lediglich um eine Auslegungfrage, über die die Gerichte zu entscheiden haben.

Bei meinem Erlaß gegenüber einer Ortskrankenkasse soll ich mir dann eine Schlappe zugezogen haben. Zur Verteilung des Handelsministers war der betreffende Artikel des „Vorwärts“ überschrieben. Es heißt aber in dem Artikel: „Medrigens ist zu bemerken, daß der Inhalt der Veröffentlichungen über das durch das Krankenversicherungsgesetz bestimmte Maß weit hinausgeht. In zahlreichen Fällen werden Angriffe gegen den Verband der Haus- und Grundbesitzer gerichtet, häufig finden Erweiterungen über die Notwendigkeit einer allgemeinen Wohnungsreform statt, noch dazu mit Photographien von Wohnungen versehen. Die Veröffentlichungen der Kasse müssen daher zu wesentlichen Teilen als Streitschrift und als Beiträge zur allgemeinen Beförderung des Wohnungswesens angesehen werden. Die Herstellung derartiger Arbeiten aus Krankenkassensmitteln ist unzulässig und die strittige Anordnung daher infoweit gerechtfertigt.“ Wer ist nun da der Beurteilte? (Sehr gut! rechts.)

Endlich hat Herr Reinert noch den Erlaß belächelt, durch den ich den Innungen den Beitritt zum Arbeitgeberverbande gestattet habe. In anderen Staaten hatten die Innungen das Recht bereits, und ich meine, wenn auf die Dauer ein gutes Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehen soll, so ist das nur möglich, wenn ein gewisses Gleichgewicht der Kräfte auf beiden Seiten besteht. Es ist daher der richtige Weg zum Frieden, wenn man beiden Seiten behüßlich ist, ihre Kräfte zusammenzufassen. (Sehr richtig! rechts.)

Herr Reinert hat mir dann prophezeit, ich würde einmal als Minister gegen Sozialpolitik bezeichnet werden. Das wird gewiß nicht geschehen, wenigstens nicht von ruhig Denkenden. Ein Minister für Sozialpolitik in dem Sinne zu sein, wie es Herr Reinert versteht, dafür danke ich allerdings. (Beifälliger Beifall rechts.)

Ein Regierungskommissar erläutert den Erlaß betreffend Auslegung des § 105 der Gewerbeordnung.

Nach weiteren Bemerkungen der Abg. Fisch-Eisen (natl.) und Dr. Sell (Z.) wird die Debatte geschlossen. Der Titel „Ministergehalt“ wird bewilligt!

Darauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf abends 7 1/2 Uhr.

#### Abend-sitzung. — Dienstag, den 8. März, 7 1/2 Uhr.

Am Ministertisch: Sydow.

Anwesend sind gegen 20 Abgeordnete.

Auf der Tagesordnung steht die Spezialberatung des Etats der Handels- und Gewerbeverwaltung.

Beim Titel „Fortbildungsschulwesen“ führt

Abg. v. Schöndorff (natl.) an: Seit vier Jahren geht der Zustand von Fortbildungsschulwesen stetig zurück, gegenwärtig auf 120 000 R. Auch das angekündigte Gesetz für das Fortbildungsschulwesen ist ausgeblieben. Gesah das auch aus Sparsamkeit? Schulen steht darin hinter allen Mittelstaaten und vielen Kleinstaat-zen zurück. Ein solches Gesetz sollte lüdenlos alle Jugendlichen heranziehen. An den Fortbildungsschulen sollten auch haupt-sächlich Lehrer angestellt werden. Die Lehrer-ausbildung für die Fortbildungsschulen ist ebenfalls gesetzlich noch nicht geregelt.

Die Zeit vom Verlassen der Schule bis zur Reife ist die sittlich, auch körperlich und geistig am meisten gefährdete. Das Streben, hier helfend eingzugreifen, wird fast auf allen Seiten, von Staat, Gemeinden und Wohlfahrtsvereinen, gefördert. Die Minister des Handels, des Unterrichts und des Innern haben seit Jahren Beratungen hierüber gepflogen. Auch die großen Korporationen zur Förderung der Lebenspflege sind 1906 zu einer zweitägigen Beratung hierüber zusammengetreten und empfehlen die Aufnahme regelmäßiger Lebensübungen als eine öffentliche Maßnahme zur Gesunderhaltung des deutschen Volkstammes. In der schon ver-wahrlosten Jugend muß irgendein Interesse geweckt werden. Das hält am wirksamsten von schlimmen Handlungen ab. Es gibt keine wichtigere soziale Frage als die der schulfähigen Jugend. Staat und Reich sollten hier nachdrücklicher vorgehen. Ich habe den guten Glauben zu dem gesunden Sinn des Volkes, daß man der sittlichen und gesundheitslichen Verwahrlosung der Jugendlichen noch Herr werden wird. (Beifall.)

Minister Sydow: Ein Fortbildungsschulgesetz wird dem Landtag in der nächsten Tagung zugehen. Es bringt für alle Gemein-den über 10 000 Einwohner den Zwang zur Errichtung solcher Schulen! Die Regelung der Fortbildungsschullehrerfragen wird aber dabei nicht möglich sein, da mir in das Selbstbestimmungsrecht der Gemeinden nicht zu sehr eingreifen wollen.

Die Abg. Dr. Gröger-Hagen (Fortschr. Sp.) und Hammer (L.) sprechen sich gleichfalls für die weitere Förderung des Fortbildungsschulwesens aus. Abg. Hammer bringt unter der Heiterkeit des Hauses einen Fall zur Sprache, bei dem in einem Berliner Vorort ein Fortbildungsschullehrer seine Schüler über die Pflichten des Ehemannes aufklärte. Weiter hat dieser Lehrer unter Hinweis auf das traurige einsame Leben Robinson Crusoes auf seiner Insel die Vorgänge des Lebens zu Zweien seinen Schülern geschildert, wobei er hinzufügte, daß den Haus-schlüssel allerdings die Frau haben müsse. (Anhaltende Heiterkeit.)

Seh. Oberregierungsrat Seefeld: Herr Hammer hat die Geschichte entzweit. Der betreffende Lehrer hat das Thema der Familie und der Pflichten des Hausvaters behandelt, und daraus haben Wigbolds „Die Pflichten des Ehemannes“ gemacht.

Darauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch

11 Uhr.

Schluß 10 1/2 Uhr.

#### Eingegangene Druckschriften.

Das System des Markismus. Darstellung und Kritik von Dr. G. Charasoff. 347 Seiten. — Gutz v. Balow. Von Anders Trabzon. 336 Seiten. S. Bondy, Berlin.

Die Gartenstadt München-Verlag. Von Bertold-Lalanda und Hamlen. 280 R. G. Reinert, München.

Wacht auf! Von Dr. A. Schlegel. 50 Pf. D. Walter, Leipzig.

Kapitalistischer Fluch.

Wenn ein einzelner einem anderen körperlichen Schaden tut, und zwar solchen Schaden, der dem Beschädigten den Tod zuzieht, so nennen wir das Totschlag; wenn der Täter im Voraus wußte, daß der Schaden tödlich sein würde, so nennen wir seine Tat einen Mord. Wenn aber die Gesellschaft Hunderte von Proletariern in eine solche Lage versetzt, daß sie notwendig einem vorzeitigen, unnatürlichen Tode verfallen... so ist das ebenjagte Mord wie die Tat der einzelnen, nur verdeckter, heimtückischer Mord, ein Mord, gegen den sich niemand wehren kann, der kein Mord zu sein scheint, weil man den Mörder nicht sieht, weil alle und doch wieder niemand dieser Mörder ist, weil der Tod des Schlachtopfers wie ein natürlicher ausfällt... Friedrich Engels.

Im deutschen Bergbau, vornehmlich im Ruhrbergbau, sind in den letzten Jahren technische bzw. maschinelle Einrichtungen getroffen worden, deren Wirkungen Ersäunen und Erregung hervorgerufen müssen. Schon durch die natürlichen inneren Gefahren ist der Bergbau zu einer traurigen Verhängnis gelangt. Die Unfälle und Erkrankungsziffern sind so hoch und erfahren noch fortgesetzt eine solche Steigerung, daß jeder Menschenfreund eine günstigere Wendung herbeiführen muß. Der Betrieb im Bergbau geht immer tiefer und wird fortgesetzt komplizierter. Dadurch erhöhen sich schon die Gefahren von selbst. Hinzu kommen noch die verkehrten Abbaumethoden, die zwar den Betrieb rationeller gestalten, aber den Gefährungsgrad für die Bergarbeiter ganz bedeutend in die Höhe treiben. Wir haben hier z. B. den umfangreichen und hohen Strebeabbau im sogenannten stehenden oder stillen Gebirge im Gebirgsbau, die Gefährungen, die Gefährungen nach sich ziehen, können von den Bergleuten hier nicht früh genug bemerkt werden. Und wenn das doch möglich wird, so ist der Fluchweg ein solcher, daß den Gefahren nicht schnell genug entkommen werden kann! Die Folgen sind Verunglückungen. Und wundert, wie die Bergbehörde solchen Abbauverfahren gegenüber sich passiv verhalten kann. Doch es kommt noch schlimmer!

In Gruben mit sogenannten flachen (liegenden) oder nur wenig steigenden Kohlenflößen ist man dazu übergegangen, sogenannte Schüttelrutschen als Transportmittel für Kohlen einzuführen. Diese Schüttelrutschen sind mitunter 100 und mehr Meter hoch (lang). Bis zu 28, je 4 Meter lange eisernen Rutschen werden aneinander geloppelt und durch eine Maschine in Bewegung gesetzt. Durch Rück- und Vorwärtstreiben des ganzen Schüttelwerkes werden die Kohlen in die Wagen (Kunne) geschüttelt; 12 bis 18 und mehr Arbeiter sind damit beschäftigt, die Kohlen zu gewinnen und zum Transport der Kohlen in die Schüttelrutschen zu schaufeln. Diese Schüttelrutschen haben schon manchem Arbeiter und Beamten die einzelnen Glieder zerbrochen. Aber darin liegt nicht die schlimmste Gefahr. Sind die Rutschen im Betrieb, dann entsteht ein wahrer Höllenlärm, ein Krachen und Getöse; ein Rischen und Rauchen, daß den hierbei beschäftigten Arbeitern Hören und Sehen vergeht! Man kann sich über den Standal keine Vorstellung machen.

Man gehört unbedingt zum Verste eines Bergarbeiters ein gutes Gehör! Wir sagen unbedingt! Da sich das Gebirge vor dem Zusammenbrechen in der Regel durch Stöße, Krachen oder Knistern bemerkbar macht, so weiß der Bergmann, was die Klode geschlagen hat. Die Gefahr des Zusammenstürzes ist nahe; er und seine Kameraden flüchten und sind gerettet! Leider passiert ein ungeheurer Prozentsatz der Unfälle überhaupt durch Kohlen- und Steinfall! Aber diese Unfälle würden sich gegen heute noch verdreifachen, wenn nicht die Bergarbeiter, durch ihr Gehör auf die hereinbrechenden Gefahren aufmerksam gemacht würden und sich deshalb noch frühzeitig genug in Sicherheit brächten. Bergarbeiter, die schlecht hören können, werden für den unterirdischen Betrieb nicht zugelassen. Was aber sagt den Bergarbeitern ihr Gehör, wo die Schüttelrutschen im Betrieb sind? Nichts! Das Schicksal der Bergarbeiter ist hier dem blinden Zufall verfallen. Von einem vorhergehenden Erkennen der Gefahren ist keine Rede mehr. Hinzu kommt, daß wie so oft gearbeitet wird und daß die Schüttelrutschen selbst in Flößen verwendet werden, die schlechtes Gebirge haben, wo letzteres künstig und druckhaft ist. Tod und Verderben drohen ständig Beamten und Arbeitern und alles das nur, um die Förderung zu steigern, die Arbeitsleistung zu erhöhen! Wenn der technische Fortschritt auch Menschenopfer fordert, so wird das ja wieder paralytisiert durch den höheren Verbleib. Das mag manchen Leuten zum Trost gereichen, den Arbeitern aber gewiß nicht.

Der Vernichtung von Menschenleben und Menschengesundheit dienen weit mehr noch als die Schüttelrutschen die seit einigen Jahren eingeführten Bohrhammer, die auch Revolverbohrmaschinen genannt werden. Der Bohrhammer wird benutzt bei Gesteinsarbeiten in den Gruben und er ist in allen Steinkohlenrevieren Deutschlands jetzt verbreitet. Ein Mann mit dem Bohrhammer bohrt gerade soviel Löcher in das Gestein, als 4-6 Mann mit der Hand bohren können! Der Bohrhammer wird sogar größeren Bohrmaschinen vorgezogen, da er gleich nach dem Abdrücken der Schiffe wieder in Gebrauch genommen werden kann, während bei großen Bohrmaschinen erst die Aufräumung des niedergeschossenen Gesteins erfolgen muß.

Wo diese Bohrhammer eingeführt werden, da wird das Bedingte (der Lohnsatz) der Arbeiter um ein Drittel herabgesetzt! Schon diese eine Tatsache sieht es als selbstverständlich an, daß die Werke die Gelegenheit, überall Bohrhammer einzuführen, sich nicht entgehen lassen. Allmählich haben sich denn auch die fürchterlichen Folgen eingestellt. Heute sind diese Folgen offensichtlich.

Der Vorstand des Bergarbeiterverbandes hat eine Umfrage über die Einführung der Bohrhammer und über deren Einfluß auf die Arbeiter gehalten. Zahlreich sind die Zuschriften, die der Verband aus allen Bergrevieren Deutschlands erhalten hat. Derjenige muß schon über eine große Portion Menschenverachtung verfügen, der diese Zuschriften, die von wüster Menschenverachtung zeugen, mit Ruhe zu lesen vermag. Wir geben einige oder auch Auszüge aus solchen Zuschriften hier wieder. So schreibt u. a. ein Bergarbeiter aus dem Dortmund und Revier folgendes:

Welchen Nutzen aber hat (von den Revolverbohrmaschinen) der Arbeiter? Keinen! Dafür um so mehr Schaden. Weil das Bedingte gekürzt wird, muß viel mehr aufgeföhren werden, folglich müssen auch viel mehr Steine geladen werden. Auch muß mehr Rebenarbeit, wie Holzlegen, Schienenlegen, Latten einbauen und dergleichen gemacht werden. Dies alles verursacht aber einen sehr großen Aufwand von Arbeitskraft. Dann verursacht die Maschine ein derartiges Geräusch, daß der Arbeiter nach der Schicht aus zu Hause wie taub umherläuft! Weiter werden durch das Halten der Maschine die Glieder, wie Hände, Schulter, Arme, Schenkelbeine usw. geschunden, daß man nach vollbrachter Schicht sich fühlt, als müßten die Knochen im Sod heraufgeschafft werden. Wer lange mit solchen Bohrmaschinen arbeitet, dem werden die Nerven zerrüttet! Von größter Schädlichkeit für den menschlichen Körper ist die Einwirkung des Steinstaubes (Bohrmehl). Das Bohren verursacht kolossale Mengen Staub (besonders mit Hohlbohrer). Der Staub legt sich in Nase, Mund und Ohren fest, so daß man nur mit offenem Munde atmen kann! In kurzer Zeit ist der Kehlkopf, die Haldröhre und die Lunge von Steinstaub bedeckt und zerrissen. Kehlkopfleiden,

Asthma, Nervenzerrüttung und Schwindel sind die traurigen Folgen dieser Bohrmaschinen! Am schlimmsten aber ist die Staubentwidelung in den Aufbrüchen (Stapel), so daß derjenige Arbeiter, der zwei bis drei Aufbrüche von 100 Meter Höhe aufgeföhren hat, entweder kaputt ist oder sich als junger Invalide mit knapper Rente von einem Tag zum andern durchschleppen muß. Betrachten wir also den Nutzen dieser Maschine, so müssen wir sagen, bei den Unternehmern große Aufführungen, Ersparnis von Arbeitskräften und was das wichtigste ist, Erhöhung des Profits, denn was schert es die Grubenherren, ob jährlich hunderte oder tausende Arbeiter zu Tode kommen oder als Invaliden langsam dahinstarben. Es ist so, als wenn jedes menschliche Gefühl zu erstarren hat, sobald der Profit in Frage kommt. Für den Arbeiter ist der Bohrhammer die reinste Mordmaschine, ein Fluch für die Arbeiter!...

Mit Recht verlangt dieser Bergarbeiter an anderer Stelle seiner Zuschrift, daß Arbeitsunfähigkeit, verursacht durch die Bohrhammer, als Betriebsunfall angesehen werden muß. Er verlangt auch, daß mindestens die Hohlbohrer abgeschafft werden müssen, daß sie für die Bohrer in den Aufbrüchen gar nicht zur Anwendung kommen dürfen. Die Arbeiterschutzgesetzgebung soll sich mit dieser Einführung befassen.

Ein Bergarbeiter aus dem Gelsenkirchener Revier schreibt:

Die Bohrhammer sind auf den Zechen im Gelsenkirchener Bezirk fast durchweg eingeföhrt. Gesundheitsruinierend sind diese Maschinen dadurch, weil der Bohrer sie selbst festhalten muß. Nur ganz kräftige Naturen sind in der Lage, dieses längere Zeit auszuhalten zu können. Aber auch der kräftigste Mensch wird ruiniert. Das fortgesetzte Mühteln, Stoßen hält niemand auf die Dauer aus. Der Bohrhammer führt in der Minute bis zu 60 Stöße aus. Jeder Stoß überträgt sich auf den menschlichen Körper. So wie bei einem Elektrifizierapparat der elektrische Strom durch den Körper zieht, so auch zieht dieses fortgesetzte Mühteln und Stoßen durch den Körper, das zerrüttet das ganze Nervensystem. Wir werden also für die Zukunft nicht nur mit nervenkranken Bureaukraten, sondern auch mit nervenkranken Bergleuten rechnen müssen.

Auch wirken die Maschinen noch durch die stärkere Staubbildung gesundheitsgefährlich. An und für sich ist der Steinstaub viel schädlicher wie der Kohlenstaub. Der Kohlenstaub löst sich wieder einigermassen, während der Steinstaub sich in den Lungengewebe festsetzt. Bei Gesteinsarbeiten werden diese Instrumente durchweg benutzt. Beim Abtaufen ist die Staubbildung, welche durch die Bohrhammer hervorgerufen wird, am schlimmsten. Der Staub wird durch den Luftdruck des Bohrhammers erst hoch getrieben und senkt sich dann wieder, so daß der damit arbeitende Kumpel doppelt unter dem Staub zu leiden hat.

In einem Briefe aus dem Hammer Revier heißt es:

Man hat hier fast überall zwei Maschinensysteme: Stoß- und Krachbohrer. Letztere sind die Schlangenbohrer. Den meisten Staub verursachen die Stoßbohrer. Diese Bohrer sind hohl und wird der Stahlstaub durch Luftdruck, der durch das Bohrlöch geleitet wird, aus dem Bohrlöch herausgeblasen. Man bohrt mit diesen Maschinen stets trocken! Die Ansicht sämtlicher Kameraden, mit denen ich über dieses System gesprochen habe, geht dahin, daß die Arbeit eine ungeheure nervenzerrüttende ist. Einige Kameraden, anfangs der dreißiger Jahre stehend, sagten mir, wenn man zwei oder drei Tage nichts tut, kann man keine Luft kriegen, sie spudten dann Steinlämpchen aus, so groß wie ein kleiner Bäckelknopf! Die Meinung geht allgemein dahin, daß, wer fünf Jahre mit diesen Maschinen gearbeitet hat, bergfertig ist!

Ein anderer Bergmann gibt u. a. folgendes Urteil an:

Beim Gebrauch des Revolverbohrhammers im festen Gestein (Sand und dergl.) werden die Glieder aufs äußerste, besonders Arme und Oberarmel, angeanstrengt, weil diese beiden Glieder am Körper am meisten bei der Arbeit gebraucht werden. Muß die Schulter auch in Anspruch genommen werden (was beim Bohren in der Hürte der Fall ist), können oft die Schmerzen nicht beschrieben werden! Beim Bohren im Schiefergestein ist es nicht so schlimm. Gesundheitsgefährlich ist der Bohrhammer aber schon allein durch seine fürchterliche Staubentwidelung. Sobald zwei Mann, jeder mit einer Maschine am Arbeiten sind, kann sozusagen einer den anderen kaum sehen.

Und ein anderer wieder schreibt:

So mehrere dieser Maschinen im Durchschlag zugleich gebraucht werden, da gibt es soviel Staub, daß die Arbeiter sich einen Schwamm vor den Mund binden müssen! Derjenige, der eine Schicht mit solcher Maschine gearbeitet hat, ist für den Tag fertig! Das Stoßen und Mühteln des Körpers durch die Maschine ist zu vergleichen, als wenn man acht Stunden hindurch elektrifiziert worden wäre. Die Maschinen verursachen ein fürchterliches Geräusch, wodurch das Gehör der Arbeiter leidet. Die Maschinen wiegen ohne Bohr- und Schlauch, 30 Pfund. Dieses Gewicht acht Stunden frei in den Armen vor den Leib oder auf die Schulter zu halten, ist sicher eine solche Arbeit, die den stärksten Menschen in kurzer Zeit ruinieren muß. In den Aufbrüchen ist die Arbeit mit diesen Maschinen derartig, daß der Staub alles weiß macht. Das Gesicht der Arbeiter ist vollständig mit einer dicken Staubschicht bedeckt. Das ist erschrecklich, da die an der Seite der Bohrmaschine ausströmende Luft, das Bohrmehl, das aus den Löchern fällt, sofort in die Höhe treibt und nicht zur Lagerung kommen läßt. Hinzu kommt noch, daß öfter schlechte und stinkende Luft (man nennt sie verbrannte Luft) zugeführt wird, die den Arbeitern das Atmen erschwert! Als Krankheitserscheinungen stellen sich bald Brustschmerzen ein. Der Staub zerfrisst die inneren Organe. Wertvolle Kräfte helfen da nicht! Ebenso leiden die Augen. Die kräftigsten Arbeiter erschöpfen in kurzer Zeit ihre Lebenskraft. Sie gehen säkern Siedtum entgegen!

Ein Vertrauensmann des Bergarbeiterverbandes aus dem Ruhr-Bezirk sagt:

Ich habe jetzt auf der Zeche den zweiten Aufbruch fertig gemacht. Wegen Brustlebens habe ich schon feiern müssen. Ich weiß, wann ich den dritten Aufbruch fertig habe, ich in meinen jungen Jahren Invalide werden muß!

So reißt sich ein Schreiben an das andere. Die Klagen, die die Zuschriften enthalten, verdrängen sich zu schweren Anklagen gegen die Gesetzgebung, die Bergverwaltung, die Hüttenbesitzer, überhaupt gegen den Kapitalismus. Der letztere läßt die technischen Erfindungen zum Fluß für die armen Arbeiter werden. Jeder denkende Mensch sollte darum mitarbeiten, daß die Maschine nicht mehr den einzelnen zu Diensten zu sein hat, sondern dem Gemeinwohl! Das aber ist nur in einer sozialistischen Gesellschaft möglich. Schon jetzt aber erheben wir den Ruf: Fort mit diesen Mordmaschinen aus den Bergwerken, so lange ausreichende Schutzmaßnahmen fehlen.

Parlamentarisches.

Reichseisenbahnen. — Reichstagsamt. — Der Viermillionenfonds der Tabakarbeiter.

Die Einnahmen der Reichseisenbahnen sind für das Jahr 1910/11 mit 122 319 000 M. (742 000 M. weniger als im Vorjahre) eingestellt. Aus dem Personen- und Gepäckverkehr wird die Einnahme um 460 000 M. höher geschätzt, während die Verwaltung

aus dem Güterverkehr 1 282 000 M. weniger einzunehmen glaubt. Worauf sie letztere Ansicht stützt, ist nicht klar geworden. Es würde ihr sogar nachgewiesen, daß sie an einer anderen Stelle ihres Etats mit einer Steigerung der Einnahmen des Güterverkehrs rechnet!

Bei den Petitionen wurde kurz die Arbeiterfrage erörtert. Genosse Böhle empfahl, die Petitionen der Arbeiter um höhere Löhne der Regierung empfehlend zu überweisen, und er ersuchte diese dringend, die Löhne unverzüglich, wie die Arbeiter verlangten, um 15 Proz. zu erhöhen; eigentlich sollte man nicht nötig haben, die Verwaltung darum bitten zu müssen, sondern sollte das von hier aus bestimmen können, damit die Löhne immer in einem richtigen Verhältnis zu den Lebensmittelpreisen stehen, was jetzt nicht der Fall sei.

Staatsminister von Breitenbach erklärte, daß die Verwaltung bestrebt sei, die Löhne so zu halten, daß sie nicht unter dem Niveau, was für die gleiche Arbeitsqualität in der Privatindustrie gezahlt werde. Wenn der Lohn von 2,40 M. für die Hüttenarbeiter nicht gerade hoch sei, so müsse man bedenken, daß diese Stellung für viele nur als Vorstufe für einen Beamtenposten diene. — Vom Abgeordneten Erzberger wurde demgegenüber unter Berufung auf anwesende bayerische und badische Abgeordnete festgestellt, daß in Bayern der niedrigste Lohn 2,60 M. und in Baden 2,70 M. sei!

Die Petitionen wurden der Regierung empfehlend überwiesen. Es folgte die Beratung des Reichshaushalts-Etats. Beim Titel „Ueberweisung von Mitteln an die Bundesstaaten zur Unterstützung der arbeitslosen gewordenen Tabakarbeiter, wofür 1 500 000 M. eingestellt sind, teilte Staatssekretär Wermuth mit, daß es unmöglich sei, mit den 4 Millionen Mark auszukommen, da bis zum Schlusse des Jahres schon 3 Millionen Mark verausgabt seien! Es entspann sich eine Debatte über die Möglichkeit einer Erhöhung des Fonds. Von nationalliberaler Seite wurde die Ansicht vertreten, daß der Fonds ohne eine Herabsetzung des Tabaksteuerbetrags nicht erhöht werden könne, weil dort die Beschränkung auf 4 Millionen Mark festgelegt sei. Abgeordneter Erzberger war anderer Meinung: Es genüge vollkommen, wenn ein neuer Posten in den Etat eingestellt und dabei eine entsprechende Bemerkung fixiert werde. Staatssekretär Wermuth neigte auch der Ansicht zu, daß es einer Veränderung des Gesetzes bedürfe. Die Frage soll recht bald nochmals berörtert werden, damit die notwendige Erhöhung des Fonds noch in diesem Budget vorgenommen und für die Beschaffung der entsprechenden Einnahmen gesorgt werden kann. Mittwoch: Auswärtiges Amt.

Gewerbe- und Hausarbeitersgesetz.

Die Kommission zur Beratung des Hausarbeitersgesetzes verhandelte am Dienstag über die allgemeine Einführung der Lohnbücher und Lohnzettel, wie es unsere Parteigenossen fordern. Von Zentrum wird das Kompromiß vorgeschlagen: daß bei dieser allgemeinen Anforderung der Bundesrat Kusnathme zu lassen kann. Die Regierungsvorlage wendet sich gegen alle Anträge, die eine allgemeine Einführung der Lohnbücher fordern. Schließlich wird die Beschlußfassung ausgezogen; man will durch eine Vereinbarung eine passende Form auf der Grundlage des Zentrumsvorschlages finden.

Im § 4 will die Regierungsvorlage, daß für eine geregelte Abfertigung bei der Abfertigung der Heimarbeiter auf Antrag des Gewerbeinspektors die Polizei Vorschriften erlassen kann. Unsere Genossen beantragen:

„Gewerbetreibende, die außerhalb ihrer Arbeitsstätte gewerbliche Arbeit verrichten lassen, sind verpflichtet, den Betrieb so zu regeln, daß bei der Ausgabe der Abfertigung der Arbeit der Hausarbeitern keine Zeitverhältnisse entstehen, welche nicht in der Natur des Betriebes begründet sind.“

Abg. Kutz (Fortföhr. Rp.) befragt den Antrag. Genosse Albrecht begründete den Antrag damit, daß er einen viel beobachteten Mangel beseitigen soll, denn die Heimarbeiter müssen oft durch stundenlanges Warten bei Abfertigung der Arbeit unnötig Zeit verlieren. Dafür soll den Heimarbeitern der Anspruch auf eine Entschädigung gesichert werden. Kutz (Fortföhr. Rp.) will in einem Antrag nur besondere Mängel durch die Polizeibehörde beseitigen. Den gleichen Standpunkt vertritt ein Antrag Kolbe (Rp.). Abg. Fleischer (Z.) wendet sich sehr entschieden gegen die Ansicht des Antrages unserer Genossen, der dem Arbeiter eine Schadenersatzpflicht zuerkennen will. Abg. Becker-Arnsherg (Z.) erklärt sich für die Pflicht eines Schadenersatzes; es handle sich mehr um eine moralische Verpflichtung für den Unternehmer; die Schadenersatzfrage werde wohl nicht viel erheben werden.

Bei der Abstimmung werden sämtliche Anträge abgelehnt, und die Regierungsvorlage wird unverändert angenommen. Für unseren Antrag stimmen, nachdem eine redaktionelle Veränderung, die Abg. Fleischer (Z.) beantragte, abgelehnt war, außer unseren Genossen nur der Vertreter der Polen.

Zur Debatte gelangt hierauf folgender Antrag unserer Genossen:

„Räume, in denen Hausarbeiter mit der Anfertigung, Bearbeitung, Verpackung, Ausbesserung, Reinigung oder Zurechtung gewerblicher Erzeugnisse beschäftigt sind, sind so einzurichten und zu unterhalten, daß die Hausarbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit geschützt sind. Insbesondere müssen die Räume hell, trocken, feigbar und leicht zu lüften sein, und mindestens 12 Kubikmeter Luftraum für jede darin beschäftigte Person enthalten. Zum Schlafen oder Kochen dürfen die Arbeitsräume nicht benutzt werden.“

Den vorstehenden Bestimmungen sehen weitergehende landesgesetzliche Vorschriften nicht entgegen.

Hausarbeiter, welche Räume für die Ausführung gewerblicher Arbeit in Benutzung nehmen wollen, haben hiervon der nach den Landesgesetzen zuständigen Ortsbehörde Anzeige zu machen und derselben die Räume genau zu bezeichnen. Die Ortsbehörde hat über die erfolgte Anzeige und darüber, daß die Räume den Bestimmungen des Absatz 1 dieses Paragraphen entsprechen, innerhalb drei Tagen nach erfolgter Anzeige eine Bescheinigung in zwei Exemplaren kostenlos auszustellen. Die Bescheinigung muß eine Angabe über den Kubikinhalt der zu benutzenden Räume enthalten und über die Personenzahl, welche nach den Bestimmungen des Absatz 1 darin beschäftigt werden darf.

Entsprechend die Räume den Bestimmungen des Absatz 1 dieses Paragraphen nicht, so ist die Bescheinigung zu verjagen.

Gewerbetreibende dürfen nur solche Hausarbeiter beschäftigen, welche ihnen die erforderliche Bescheinigung über die Anzeige ihrer Arbeitsräume vorlegen. Die Gewerbetreibenden haben eine Liste der von ihnen beschäftigten Hausarbeiter mit Angabe der Arbeitsräume derselben anzulegen und der nach den Landesgesetzen zuständigen Ortsbehörde einzureichen. Änderungen und Ergänzungen dieser Liste sind innerhalb drei Tagen, nachdem sie eingereicht, der Behörde anzugeben.

Genosse Wolkensburger begründete den Antrag, der gewisse sanitäre Vorschriften in der Heimarbeiter erfüllt sehen will. Von den Regierungsvorlegern wird behauptet, daß mit dem Antrag die Heimarbeiter vernichtet würde. Man könne nicht verbieten, in Schlafräumen oder Küchen Heimarbeiter zu verdrängen! Dieser Auffassung gehen auch die übrigen Redner der bürgerlichen Parteien Ausdruck, unter großer Entrüstung über die polizeiliche Bevormundung, die wir einföhren wollen! Kutz (Fortföhr. Rp.) wirft unseren Genossen vor, daß sie die Arbeiter in die Fabriken drängen wollen, um sie für sich zu gewinnen. Genosse Albrecht hält dem entgegen, man könne danach also behaupten, daß die

bürgerlichen Parteien die Heimarbeit für ihre politischen Zwecke aufrechterhalten wollen! Genosse Rollenbührer weist darauf hin, daß die Regierung im vorigen Jahre in ihren Gesetzentwurf für die Zigarrenindustrie eine ganze Anzahl Vorschriften aufgenommen habe, die in diesem Antrag ähnlich sind; dann habe also die Regierung im vorigen Jahre nach ihrer heutigen Erklärung die Absicht gehabt, die Zigarrenarbeit totzuschlagen. Es ist keine unbefriedigende Forderung, daß ein genügender Arbeitsraum für jeden Heimarbeiter vorhanden ist, es ist dies im Interesse sanitärer Zustände notwendig. Wenn mit dem Verhalten der Vertreter der bürgerlichen Parteien zugestanden wird, die Verhältnisse in der Heimindustrie sehen so übel, daß so minimale Anforderungen nicht erfüllt werden können, dann gestehen die Herren selbst zu, daß sie der Heimarbeit keine Hilfe bringen wollen. Auch die Hgg. Schiffer (Z.), Behrens (Wirtsch. Gg.) und Weder-Arnberg (Z.) entrüsten sich über unseren Antrag; der Heimarbeit könne man diese Verpflichtung nicht auferlegen, die Heimarbeiter müßten ihre Küche und Schlafräume zur Arbeitshütte benutzen! Wie nicht anders zu erwarten, wurde der Antrag gegen die Stimmen unserer Genossen abgelehnt.

## Aus der Partei.

### Badischer Parteitag.

Der außerordentliche Parteitag, welcher am 6. März in Offenburg (Baden) lagte, war von 160 Stimmberechtigten besucht. Er drückte zunächst den preussischen Wahlrechtskämpfern die Sympathie der badischen Parteigenossen aus. Es wurde dann beschlossen, den nächsten badischen Parteitag im August d. J. abzuhalten. Ferner soll der badische Volkstaler in diesem Jahre in einer Auflage von 20 000 herausgegeben, und zum Preise von 25 Pf. abgegeben werden. Zur Stärkung der Landeskasse wurde beschlossen, pro Vierteljahr 25 Pf. Extrasteuer zu erheben. Zugleich soll im nächsten badischen Parteitag der Antrag auf den 10 Pf. Wochenbeitrag vorgelegt werden. Zum internationalen Kongress in Kopenhagen entsendet Baden einen Delegierten. Es wurde dazu Abg. Kolb-Karlstraße bestimmt. Die aus Berlin eingetroffene Mitteilung, daß die Berliner Parteigenossen die Polizei treugeföhrt hatten, wurde mit großem Beifall begrüßt.

### Der 17. Parteitag der Sozialdemokratie Ungarns

findet zu Ostern, vom 27.—30. März in Budapest statt. Auf der Tagesordnung steht u. a.: Die politischen Parteien und das Wahlrecht — Sozialpolitik und Kulturpolitik — Gemeindepolitik — Genossenschaftsbewegung.

### Pollzeiliches, Gerichtliches usw.

#### Reichsverband-Belädigung.

Genosse Adeling von der „Mainzer Volkszeitung“ wurde am Sonnabend vom Mainzer Schöffengericht wegen Belädigung, begangen durch die Presse an dem Mitglied des Reichsverbandes Peters, zu 40 Mark Geldstrafe verurteilt.

## Soziales.

### Der Reichsverband gegen die Kieler Ortskrankenkasse.

Es scheint fast, als ob der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie in der Auswahl seiner Angriffspunkte um so anpruchsvoller werden will, je mehr ihm die glänzenden Erfolge der Sozialdemokratie zeigen, daß im Dienste der Scharfmacher mit Verleumdungen im großen nichts auszurichten ist. Früher kam es dem Reichsverbande nicht darauf an, etwa über einen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten die Lüge zu verbreiten, daß er als Vorsteher einer sozialdemokratischen Druckerei den Staat um die schuldigen Steuern betrüge. Das hat aufgehört, seitdem offenbar geworden ist, daß die Steuerbestrauten nicht in der Sozialdemokratie sitzen, sondern buchstäblich aus den Reihen der agrarischen und scharfmacherischen Interessenten der Reichsverbandsräte herauszuwählen sind.

Gegenwärtig glaubt der Reichsverband genug getan zu haben, wenn er sich darüber ausläßt, daß eine Krankenkasse es verschmäht, einen seiner Schützlinge nach Wunsch zu befördern. Die arbeiterfeindliche Presse druckte Ende Februar 1910 aus der Korrespondenz des Reichsverbandes eine Nachricht aus Kiel ab, wonach „jedermann“ erwartete, daß die dortige Ortskrankenkasse zum Nachfolger des von seinem Amte zurückgetretenen Rentanten einen Beamten wählen werde, der schon seit 1896 im Dienste der Kasse stand und, wie es weiter im Reichsverbandesdeutsch heißt, „vorstandsseitig“ zum Abteilungsleiter und Rentanten-Stellvertreter bestimmt worden war. Aber der Mann sei kein Sozialdemokrat gewesen, und so habe man denn einen Botsen der Kasse für würdig und fähig erachtet, die Stelle eines Rentanten auszufüllen. Dieser neue Rentant habe seine Befähigung dadurch bekundet, daß er den „sozialdemokratischen“ Verband der Bureauangestellten geleitet und Wert darauf gelegt habe, daß die der Ortsgruppe dieses Verbandes angehörenden Kassenangestellten ihre Belehrung durch eine zum größten Teil aus sozialdemokratischen Leitern bestehende Bibliothek erhielten, deren Eigentum durch vom Kassenvorstand bewilligte Zuschüsse unterstützt werde. Weiter machte es dem Reichsverbande wegen Beläumdungen, daß die Ortskrankenkasse angeblich von einem „sozialdemokratischen Buchdruckereibesitzer“ als Vorstehenden geleitet wird.

Das sind ja nun alles Denunziationen, deren relative Harmlosigkeit damit entschuldigt werden muß, daß die Sozialdemokratie dem Reichsverbande allgemein das Weggehen an Verleumdungen großen Stils versagen hat.

Aber die im Interesse der Scharfmacher arbeitende Organisation muß sich dazwischen finden, daß wir ihr auch in diesem Falle noch Gebühr auf die Finger klopfen.

Was zunächst den sozialdemokratischen Buchdrucker betrifft, so ist der mit diesem Titel bedachte Mann im Jahre 1906 als Geschäftsführer der Kasse angestellt worden und seitdem nicht mehr Buchdruckereibesitzer. Es mag den Reichsverband und seine Geldgeber ärgern; doch muß der Wahrheit gemäß festgestellt werden, daß der auf dem Gebiete der Krankenversicherung mit der besten Sachkenntnis versehene Beamte seit 10 Jahren ununterbrochen die Kasse als Vorsteher geleitet hat, daß er einstimmig von Arbeitgebern und Arbeitnehmern alle Jahre in dies Amt wiedergewählt wird, und ebenso einstimmig im erwähnten Jahre 1906 mit dem Amt des Geschäftsführers betraut worden ist.

Was nun ferner den beim Reichsverband nicht wohl angeführten „Botsen“ anlangt, so ist dieser seit 13 Jahren Kontraktbesitzer bei der Kasse. Für seinen mit dem „Botsen“ kontrahierenden Schützling rechnet der Reichsverband zwar 15 Jahre heraus. Aber das geschieht ein wenig gewalttätig dadurch, daß er drei Jahre Lehrgeld und zwei Jahre Militärdienst ebenfalls als Dienstzeit betrachtet. Die Leistungen des „Botsen“ stehen nun hinter denen des angeblich zurückgesetzten „Abteilungsleiters“ zum mindesten nicht zurück; außerdem kam in Betracht, daß die freigewordene Stelle nicht mehr mit einem Rentanten, sondern lediglich mit einem Kassierer zu besetzen war, der nur Gelder anzunehmen und auf Anweisung anderer Angestellter Gelder auszugeben hat. Weder ist die Buchführung seine Sache, noch hat er etwas mit der Leitung der Kasse zu tun, und aus diesem Grunde ist denn auch das Wehklagen des neuen Beamten erheblich niedriger als das seines Vorgängers.

Der angeblich zurückgesetzte Abteilungsleiter war mit der Stellvertretung nur deshalb beauftragt worden, weil er bei seiner Tätigkeit am besten kurze Zeit abkommen konnte. Besondere Befähigung dazu besitzt er nicht. Seine Ernennung zum Abteilungsleiter erfolgte mit einigen anderen Angestellten gelegentlich der Reorganisation der inneren Verwaltung der Kasse. Und die Stellung hat er lediglich seiner langjährigen Tätigkeit bei der Kasse zu verdanken, weniger seiner besonderen Befähigung. Trotz der

von ihm bekundeten „nationalen“ Gesinnung hat ihn also der „sozialdemokratische“ Kassenvorstand doch zum Abteilungsleiter ernannt.

Was nun weiter die Reichsverbandsmänner von der auf Kosten der Kasse angeschafften sozialdemokratischen Lektüre betrifft, so beruht sie auf der Tatsache, daß der Vorstand den Bureauangestellten einmal zur Beschaffung von Gesetzbüchern und zum Abonnement auf die Zeitschrift „Arbeiter-Versicherung“ 60 M. überwiesen hat. Für den Reichsverband die sozialdemokratische Gesinnung, so mag der Reichsverband sich bedrogen mit dem Gesetzbuch auseinandersetzen.

Erwähnt sei noch die Behauptung des Reichsverbandes, daß sechs andere Vorstandsmitglieder eine Anstellung bei der Kasse erhalten hätten. Es ist nun einmal das Recht des Reichsverbandes, mit den Tatsachen auf gespanntem Fuße zu stehen. So muß denn auch in diesem Falle bemerkt werden, daß nicht sechs, sondern drei ehemalige Vorstandsmitglieder eine Anstellung bei der Kasse erhalten haben. Einer ist Hauswart, zwei sind Krankenkassier geworden. Es ist nicht ersichtlich, warum die Zufälligkeit, daß ein Kassenmitglied in den Vorstand gewählt wurde, die in Betracht kommende Person disqualifizieren sollte.

Selbstverständlich läuft das ganze Geschreibsel des Reichsverbandes darauf hinaus, daß den Scharfmachern und der ihnen ergebenen Regierung im gemeinsamen Kampfe gegen die heutige Rechteverteilung im Krankenkassenwesen der Rücken gestiftet werde. Daher müssen die Tatsachen gefälscht werden. Auch im vorliegenden Falle ist die strenge Unparteilichkeit des Kassenvorstandes zum Ueberflusse noch dadurch bewiesen, daß die eine Hälfte der Kassenangestellten dem freien und die andere Hälfte dem „nationalen“ Verbandsangehörigen. Aber Gewissenhaftigkeit und Loyalität in der Kassenleitung sind dem Scharfmacher Dinge, die man um des löblichen Zweckes willen forgierezen muß. Und dieser Zweck besteht eben darin, daß der Einfluß der Arbeiterklasse in dem einzigen populären Zweige der Gesetzgebung gebracht werde. Da es mit der Wahrheit nicht geht, da auch durch das Zeugnis der Arbeitgeber immer von neuem wieder die Lauterkeit und Geschäftstüchtigkeit „sozialdemokratischer“ Kassenverwaltungen bekämpft wird, bleibt eben gar nichts anderes übrig, als es verzweiflungsvoll auch in kleinen Dingen mit der brüchig gewordenen Reichsverbandsmethode zu versuchen. Wer sich des neulichen Reinfalls des Reichsverbands, hauptsächlich d. Liebert im Reichstage entsinnft — er eskamotierte bei seiner Verrechnung bekanntlich aus Gesetzbuchkenntnis die verschiedene Berechnungsart für den Jahresarbeitsverdienst im Sinne des Unfallsrechtes vor und nach 1900 — versteht es, daß der Reichsverband Kenntnis der Gesetze und Betätigung dieser Kenntnis und der Wahrheit für eine niederträchtige sozialdemokratische Eigenschaft hält.

### Verrichtung von Lohnarbeit durch Rentenempfänger.

In den Kreisen der Arbeitgeber und der Versicherten treten, wie die amtlichen Mitteilungen der Landesversicherungsanstalt Berlin mit Recht hervorheben, bisweilen noch Zweifel darüber hervor, ob Personen, die auf Grund des Reichsgesetzes bezuglich der Invalidenversicherung Renten beziehen, noch nebenher Lohnarbeit verrichten dürfen.

Diese Frage ist bedingungslos zu bejahen. Die Tatsache, daß das Gesetz bestimmt, Invalidenrentenempfänger (anders steht es mit den Altersrentenempfängern) dürfen keine Quittungskarte haben und für Rentenempfänger dürfen keine Beitragsmarken zur Invalidenversicherung verwendet werden, bildet keinen Hinderungsgrund für die Arbeitgeber, einen Rentenempfänger gegen Lohn — also ohne Quittungskarte — zu beschäftigen.

Die bloße Arbeitsleistung hat auch keineswegs die Rentenentziehung zur Folge. Eine solche hat nach dem Gesetz vielmehr nur dann einzutreten, wenn in dem Gesundheitszustande des Rentenempfängers eine solche Veränderung zum Besseren eingetreten ist, daß er nicht mehr als erwerbsunfähig anzusehen ist, d. h. daß er wieder für imstande zu erachten ist, ein Drittel desjenigen zu erwerben, was körperlich und geistig gesunde Verlorne derselben Art und mit ähnlicher Ausbildung in derselben Gegend durch Arbeit zu verdienen pflegen.

### Gilt für Heimarbeiter Kündigungsfrist?

Obwohl die Gerichte der vielfach verbreiteten, aber völlig irrigen Ansicht, daß die gesetzlichen Vorschriften über die Kündigungsfrist für Heimarbeiter keine Geltung haben und diesen ohne jede vorherige diesbezügliche Abrede jederzeit die Arbeit entzogen werden kann, bei jeder Gelegenheit entgegengetreten, sieht sie doch in manchem, der sie in sich aufgenommen, so fest, daß er jeder Rechtsbelehrung unzugänglich ist. So erging es auch dem Schuhmachermeister Hermann Eichstädt. Er gab dem für ihn arbeitenden Schuhmacher J. einige Tage lang keine Arbeit. Der Arbeiter fragte fast täglich vergeblich um Arbeit nach. Am 16. Februar ließ ihn Eichstädt sagen, daß er ihm keine Arbeit mehr gebe. Als J. darauf seine Ansprüche auf Entschädigung der Kündigungsfrist geltend machte, wies ihm S. kurzerhand „wegen solcher Frechheit“, wie er sich auszudrücken beliebte, die Tür. J. machte nun am Montag beim Innungschiedsgericht seinen Entschädigungsanspruch von 40 M. geltend und erzielte die dementsprechende Verurteilung des Beklagten.

### Zum Wocholter Kerzestreich.

Ueber den Stand dieser Angelegenheit wurde vor kurzem in einer Versammlung des Krankenkassenverbandes ein ausführlicher Bericht erstattet. Hierbei wurde unter anderem das Eingreifen des Bürgermeisters Wefemann als Aufsichtsbehörde, die Hinzuziehung des Kreisarztes Dr. Heising-Vorles als Kontrollarzt und die Abneigung der Bedammen gegen die neuen Kerze getadelt. Es wurde ferner betont, daß die alten Kerze anscheinend mit allen Mitteln die neuen an den Pranger stellen wollten. Die Versammlung gab nun Veranlassung zu einem Federkrieg zwischen den streitenden Parteien, wobei Kreisarzt und Bedammerrat Dr. Heising in portretlicher Weise für die früheren Kerzen eingreift. Er schrieb unter anderem in einer Verächtigung im „Wocholter Volksblatt“: „Eine Verpflichtung durch Standesliste kann ich aber gegenüber Kerzen, welche sich selbst in schroffsten Gegensatz zu ihrer Standesberechtigung gestellt haben, nicht als vorliegend erachten.“ Die Kerze wehren sich denn auch mit aller Entschiedenheit gegen diese Auslassungen des Kreisarztes, in denen sie mit Recht Belädigungen gegen sie erblicken. Sie erhoben gegen den Kreisarzt den Vorwurf der Verletzung der Neutralität in wirtschaftlich interessierenden Fragen, während er in seiner Eigenschaft als Beamter zu strenger Unparteilichkeit verpflichtet sei. Auch wollen sie sich bei der Regierung und Kerzefabrikanten über den Kreisarzt beschweren. Andererseits stellen sich nun auch die Bedammen ziemlich offen auf Seiten der früheren Kerze. Sie erklären, denjenigen Kerzen das meiste Vertrauen entgegenzubringen, mit denen sie eine Reihe von Jahren zusammen gearbeitet hätten. Auch betonen sie, daß nur dem Kreisarzt die Kontrolle über die Bedammen zustünde. Seitens der alten Kerze ist immer noch das Locksystem im Schwange. Vor einigen Tagen wurde noch ein neuengestrichter Kerze „Isogelant“ er. Soll 4200 M. für Vertragsbruch erhalten haben. Für den Wocholter Krankenkassenverband sind jetzt sechs Kerze tätig, für deren Kassenpraxis 16 700 Personen in Betracht kommen. Daneben werden die neuen Kerzenärzte aber auch eifrig für Krivolpraxis in Anspruch genommen und, was die Hauptsache ist, allgemein gelobt. Die neun früheren Kerzenärzte wollen sämtlich noch am Orte ihrer bisherigen Tätigkeit, haben aber bitteren Augenblicks, hier wieder zur Kassenpraxis zu gelangen.

Im „Zentralblatt der Reichsversicherung“, Zeitschrift für sozialrechtliche und sozialmedizinische Fragen (Herausgeber Professor Stier-Somlo, Bonn), schreibt der Vorstand des Wocholter Krankenkassenverbandes am Schluß eines Artikels:

„Dem Arbeiterstande droht das Gefängnis, wenn er arbeitswillige Kollegen bei einem Streik von der Arbeit abzulassen verweigert; die Scharfmacher des L. B. V. (Reipziger Wirtschaftlichen Verbandes) dürfen ungehindert Taujende für den

artige Zwecke aufwenden, dürfen in nächstlicher Stunde in Me Privatzimmer der neuengestrichenen Kerze eindringen und versuchen, diese in geschwindiger Weise zum Konstruktbruch zu verleiten. Das verbietet den Anhängern des L. B. V. die Standeslehre nicht! Die Herren Kerze dürfen jedes beliebige Mittel anwenden, die verlorene Position wieder zurückzuerobieren, der Krankenkassenvorstand soll durch Androhung von Geldstrafen mundtot gemacht werden. Gleiches Recht für alle!“

Dem Wocholter Krankenkassenverbandesvorstand gehören nicht nur Arbeiter, sondern auch — Fabrikanten an.

### Die Höhe der Invaliden- und Altersrenten.

In der Invalidenversicherung richtet sich bekanntlich die Höhe der Renten nicht nach dem Arbeitsverdienst der Versicherten, sondern in der Hauptache nach der Klasse und der Zahl der geleisteten Beiträge. Anker einem seltenen Reichszuschuß, der zu jeder Rente 60 M. pro Jahr beträgt, legen sich die Renten zusammen aus Grundbeträgen und Steigerungsbeträgen, die für jede Lohnklasse verschieden sind. Je länger das Invalidenversicherungsgeze besteht und je mehr Beitragsmarken die Versicherten nachweisen können, um so mehr steigt demzufolge auch die Höhe der bewilligten Rente. Es betragen im Durchschnitt

Im Jahre	Invalide	die bewilligten Renten	Alters
	M.	M.	M.
1891	118,49	—	124,08
1894	121,72	—	126,26
1897	129,51	—	136,76
1900	142,04	147,78	145,54
1903	152,27	155,94	155,38
1905	159,46	160,58	169,10
1907	166,04	166,24	161,64
1908	170,81	169,03	163,15

Die Rentenrenten werden erst seit dem Jahre 1900 besonders registriert, weil sie da erst eingeführt sind. Im obigen zeigt die Tabelle allerdings ein antedatliches Steigen der Rentenhöhe. Doch ist dabei zu bedenken, daß die Vergünstigung, d. h. die hohe Rente, nur den Versicherten gewährt wird, die schon lange gesteuert haben, sich also in einem höheren Lebensalter befinden, und daß für die „Rentner“, die früher in jüngeren Jahren die Rente festgelegt erhalten haben die Höhe derselben doch immer gleich bleibt. Endlich ist nicht aus dem Auge zu lassen, daß die Rentensteigerung nicht die fortschreitende Verteuerung aller Lebensbedürfnisse erreicht.

## Aus Industrie und Handel.

### Profitjägererei.

Angenehm, weil sonst das Geschäft mit Summitwaren nicht mehr genügend lohnt, soll jetzt wiederum eine Preissteigerung in Höhe von 10 Proz. eintreten. Eine nette Illustration dazu bietet der letzte Abschluß der Continental-Gumoutdoor- und Gutta-Verha-Comp. in Hannover. Bei einem Aktienkapital von 6 Millionen Mark wurde ein Rohgewinn von 6 1/2 Millionen Mark erzielt. Nach Abzug der Abschreibungen mit 2 008 766 M. verbleibt ein Reingewinn von 4 472 633 M. Die Dividende ist mit 40 Proz. (wie im Vorjahre) in Aussicht genommen. Der Geschäftsgang in den ersten Monaten dieses Jahres war, wie es in dem Geschäftsberichtsbericht der Direktion heißt, durchaus befriedigend. Ueber das Summitabshubikat wird mitgeteilt, daß es auch im letzten Jahre zufriedenstellend gearbeitet.

Und trotzdem sollen die Preise noch weiter hinaufgeschraubt, die Konsumenten noch mehr ausgebeutet werden! Und wenn die Arbeiter ein paar Pfennige Lohnzulage heißen, dann lamentiert die Profitjägergesellschaft über — Begehrtheit der Lohnföhren und die Sozialpolitik demunzieren sie als Untergraberin der Konkurrenzfähigkeit unserer Industrie auf dem Weltmarkt.

### Kartellterrorismus.

Vor einigen Tagen machte der „Vorwärts“ Mitteilung von dem Terrorismus, den das Mitteldeutsche Braunkohlen-Syndikat gegen seine Abnehmer ausübt. Heute ein neues Terrorbeispiel: Die Stadt Solingen hatte jüngst die Zementlieferungen für den Bau einer Kanalisation zu vergeben. Von den Firmen, die sich meldeten, verlangten sechs völlig gleiche Preise, je 820 M. pro 10 000 Kilogramm. Nur die Firma Franz Fischer offerierte den immer noch ganz anständigen Preis von 812 M. Die Lieferung wurde an die Firma Fischer vergeben. Auf Antrag der sechs in der Konkurrenz mit ihren höheren Preisen ausgefallenen Firmen sperrte das rheinisch-westfälische Zement Syndikat daraufhin der erfolgreichen Submittantin die Zementlieferung! So wurde die Firma Fischer gezwungen, ihre Offerte zurückzuziehen. Der Stadt blieb nichts anderes übrig, als den von dem Syndikat vorgediehenen neueren Preis von 820 M. der bei der erheblichen Größe der Lieferungen sehr viel ausmacht, zu bewilligen. Es konnte nur noch im Stadterordnetenkollegium beschlossen werden, die Zementlieferung nicht nur an die sechs Terrorfirmen zu geben, sondern auch der Firma Fischer einen kleinen Teil des Auftrages zukommen zu lassen, natürlich zu dem erhöhten Preise. So wird systematisch geplündert! Es wäre wirklich erntlich, wenn die Kartung der Solinger Stadterordneten, daß nämlich recht bald eine Anzahl Städte zusammen sich ein eigenes Zementwerk anschaffen, auf fruchtbaren Boden stete. Auf anderem Wege als dem der kommunalen Selbsthilfe läßt sich da nichts erreichen. Die Gerichte und die Polizei vertragen im Kampfe gegen den auf Plünderer bedachten „Terrorismus“, er gehört wie der Terror der Streikbrecher und Wahlrechtsräuber gegen ehrliche Arbeiter zu den staatsverhüllenden Faktoren.

### Die Schranke.

Der Verband der deutschen Schuh- und Schäftefabrikanten hat kürzlich die Erhöhung der Schuhpreise beschlossen. Hohe Lederpreise sollen den Aufschlag notwendig machen. Die Lederfabrikanten haben aber gleichzeitig auch eine Erhöhung der Lederpreise bei Einschränkung der Produktion und gleichzeitiger Zurückhaltung im Einkauf von Rohhäuten beschlossen. Die Schranke ohne Ende!

Die längste Erhöhung der Schuhpreise hat die Schuhhändler insofern in Verlegenheit gebracht, als sie noch nicht wissen, wie sie es anstellen sollen, um das Publikum mit ihrer zu billigeren Preisen gekauften Lagerware erfolgreich zu plündern. In der Berliner Fachzeitschrift „Schuh und Leder“ (Nr. 9) veröffentlicht ein Schuhhändler seine Ansichten darüber. Wir entnehmen dem Artikel folgende interessante Ausführungen:

„Nachdem sämtliche Waren, die sich am Lager befinden, mit Tinte und Zahlen bereits ausgezeichnet sind — Schachtelware auf den Etiketten und billigere, offene Artikel, wie Handschuhe, Pantoffel, Sandalen, Rindstiefel usw. auf den Sohlen —, wie ist die neue, resp. höhere Aufzeichnung vorzunehmen? Ich kenne zwei Wege, und zwar, die alten Preise heranzurufen und neue anzuschreiben oder die alte Aufzeichnung mit entsprechenden Etiketten zu besetzen und darauf die neuen Preise zu schreiben. Nun müssen wir mit dem lieben Publikum rechnen, das so schon genug mißtrauisch ist: die fünfzig Käufer werden bald dahinterkommen, sie merken, daß eine Radierung vorgenommen wurde, oder reizen das Etikett weg und sehen den früheren Preis oder die vorgenommene, darunter befindliche Radierung, Abgeben von der vielen Arbeit, die eine Rad- und Neuaufzeichnung eines großen Lagers erfordert, möchte ich die Frage stellen, wie viele Nachaufzeichnung gemacht werden könnte, ohne daß die Käufer es merken. Wäre es nicht möglich, daß die frühere Aufzeichnung gelassen werden kann und der Aufschlag extra zu dem alten Preise

Mangelschrieben oder mit Gummiempel aufgedruckt wird. Zum Beispiel zu 1/2 M. usw. Diese Frage ist so wichtig und von so großer Tragweite, daß es von großem Interesse wäre, wenn Sie dieselbe in Ihrer zu Zeitung aufwerfen und behandeln würden. Sie würden sich dadurch gewiß den Dank der meisten Schuhwarenhandlender verdienen, denn die meisten Kollegen, ich auch, wissen nicht, wie sie es richtig anfangen sollen. Wästen sie doch auch befrachten, daß ihr Nachbar und Nachbarin diese Situation zu Klamezwecken benützt und Annoncen erläßt oder Plakate aufschlägt: Trotz der enormen Preissteigerung von Leder usw. Verkauf zum alten Preis."

Die Verteuerung der bereits teureren Schuhe muß so dazu dienen, den ohnehin mit 88 1/2 Prozent ZwischenhandelsgeWINN "arbeitenden" Schuhhändlern noch einen besonders fetten Extraprofit zu verschaffen.

So werden die Konsumenten, insbesondere die Arbeiter, von allen Seiten geplündert.

### Die Warenpreise im Großhandel

Sind im Monat Januar von neuem in die Höhe gegangen. In beiden Vorjahren hatte der Januar eine Ermäßigung der Warenpreise gebracht. Der Warenpreisindex für 17 Waren, deren Preis im Verhältnis zu ihren Konsummengen berechnet wird, bewegte sich nämlich vom Dezember auf Januar in diesem und den beiden Vorjahren in Mark wie folgt:

	Dezember	Januar	Differenz in Proz.
1907/08	8164.06	8128.57	- 0,57
1908/09	6747.58	5782.30	- 0,27
1909/10	5894.57	5921.58	+ 0,46

Der diesjährige Index steht um 3,30 Proz. höher als der vorjährige und gegenüber 1908, das einen ganz besonders hohen Stand der Warenpreise hatte, ergibt sich nur noch ein geringes Minus. Nach einer Zusammenstellung der „Voss. Ztg.“ ergeben sich folgende Indizes:

	Januar 1909	Januar 1910
Getreide	114,00	114,48
Sonstige inländische landwirtschaftl. Produkte	120,12	187,75
Ausländische landwirtschaftliche Produkte	118,50	107,47
Tierische Produkte	120,46	140,36
Textilprodukte	120,22	131,04
Mineralien	119,99	122,40

Darüber war der Preis für alle Waren, mit Ausnahme der ausländischen Agrarprodukte, im Januar dieses Jahres höher als im Vorjahre. Besonders scharf ist der Preis für tierische Produkte in die Höhe gegangen.

Einblick in die Bergwirtschaft, die im Wirts- und Brauereigewerbe zu Hause ist, gewährt ein Bericht der „Sächsischen Zeitung“ über die Lage der rheinisch-westfälischen Brauereien. In diesem Bericht liest man:

Es haben die Brauereien für verlorene Forderungen 987 871 M. ganz abgeschrieben und für gefährdete und zweifelhafte Forderungen 644 812 M. zurückstellen müssen. Im Vorjahre gingen 975 118 M. verloren, während außerdem noch 728 888 M. zurückgestellt werden mußten. Der indes angeführte dieser Forderungen etwas annehmen wollte, daß die Verhältnisse im Kreditverkehr der Brauereien sich gebessert hätten, weil die Verluste scheinbar geringer geworden sind, würde durchaus selbigen. Eine irgendwie ins Gewicht fallende Besserung ist in dieser Beziehung leider nicht eingetreten. Abgesehen davon, daß einzelne Brauereien ihre Verluste im Kreditgeschäft überhaupt vermeintlichen, hängt die diesjährige Besserung einerseits damit zusammen, daß zwei Brauereien, die im Vorjahre besonders starke Abschreibungen auf Außenstände vornahmen, diesmal nichts abschreiben.

andererseits ist die Besserung ein Folge der im vergangenen Jahre am Geldmarkt eingetretenen Erleichterung, welche die Belastung der Kundschaft mit Zinsen vermindert hat. Den größten Verlust an Außenständen hat im vergangenen Geschäftsjahre mit 238 049 M. die Aktienbrauerei Hoh u. Co. in Dortmund gehabt. Abgesehen von den Abschreibungen, Verlusten und Rückstellungen aus dem abgelaufenen Geschäftsjahre haben die Brauereien aus den Ergebnissen früherer Jahre noch 3 962 074 M. für zweifelhafte Forderungen oder unvorhergesehene Ausfälle zurückgestellt. Diese Summe ist auch unter den 17 888 000 M. Rücklagen enthalten.

Im Wirtschaftsgewerbe ist also das Pumpen noch immer an der Tagesordnung. Es geht hier ähnlich zu wie bei der Errichtung kleiner Krämerien. Wer ein paar hundert Mark besitzt, macht sich „selbständig“. Zwar reichen die Mittel nicht einmal aus, um die Laden- und Wirtschaftseinrichtung zu bezahllen, aber das tut nichts. Gefällige Bierbrauereien oder Warenlieferanten, die borgen, finden sich schon. Das Risiko, das der Kreditgeber läuft, wird durch Vorfahrung schlechter Bören wettgemacht, das Publikum bezahlt letzten Endes die Pech und nicht die Bierbrauerei und auch nicht der Warenlieferant. Gerade dieser Umstand bringt es ja mit sich, daß das vorgeworfenen Wirkungen ausübt, die über den Kreis der direkt Beteiligten hinausgehen. Seine Verhängung liegt im allgemeinen, volkswirtschaftlichem Interesse und erfolgt am besten durch Ausbreitung der Konsumvereine.

### Verfassungen.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw. Die Filiale Berlin nahm am Freitag den Bericht der Delegierten von dem außerordentlichen Verbandstage in Dresden entgegen. Kloß rekapituliert die Ausführungen des Referenten auf der Generalversammlung Toller und begründet es dann im Anschluß hieran, daß die Resolutionen einzelner Filialen, die die Drohung enthielten, eventuell der Organisation die Gefolgschaft zu verweigern, einmütig zurückgewiesen worden seien. Das sei nicht demokratisch, wenn eine Minderheit, die nicht ihren Willen durchsetzen kann, gleich mit derartigen Drohungen kommt. Redner geht die einzelnen Positionen durch und erklärt betreffs des von drei Berliner Delegierten, worunter auch der Redner sich befand, eingebrachte, von der Generalversammlung aber abgelehnte Tadelvotum sollte durchaus kein Mißtrauensvotum darstellen. Er, Redner, habe immer die Arbeit des Hauptvorstandes anerkannt, deshalb könne man aber sehr wohl an einzelnen seiner Maßnahmen Kritik üben. Von einem Mißtrauensvotum könne keine Rede sein. (Zuruf: Es wäre aber richtiger gewesen!) Was wäre richtiger gewesen? (Zuruf: Ein Mißtrauensvotum!) Redner: Nein, das wollten wir nicht. (Zuruf: Warum denn nicht? Gabt wohl Angst?) Redner fortfahrend: Vielleicht sei nun die für das kommende Jahr fällige Generalversammlung nicht mehr für notwendig erachtet; er halte es jedoch auch nicht für ein Unglück, wenn sie stattfindet, die Delegierten könnten dann ihre inzwischen gesammelten Erfahrungen gegenseitig austauschen. Wer gehofft habe, daß die Organisation sich selbst zerlegen werde, der sei durch die Generalversammlung eines anderen belehrt worden. Er hoffe, daß der Verband in drei Jahren genügend stark sei, um den Reichstaxi noch besser auszubauen.

Zum zweiten Teil des Berichtes, die Durchführung des Tarifs, spricht Stein, der die von der Generalversammlung genehmigte Resolution des näheren erläutert. Leider liege die Durchführung der Bestimmungen des neuen Reichstaxi noch viel zu wünschen übrig. Vielerorts leisteten die Unternehmer noch Widerstand. Es bedürfe noch energischer Arbeit, um dem Tarif Geltung zu verschaffen.

In der nachfolgenden Diskussion kam eine starke Unzufriedenheit mit dem Tarif zum Ausdruck. Bernd meinte, Toller

habe manches gesagt, was er nicht gutheißen könne. Er wolle für Delegierte keinen Gewissenszwang, wenn aber unter 7 Delegierten sich drei Fraktionen bilden, so sei das doch etwas viel, und das sei bei der Berliner Delegation der Fall gewesen. Richter erklärt ebenfalls, die Delegierten hätten sich auf eine bestimmte Richtlinie einigen sollen. Der Reichstaxi sei ein Konstruktum und solle erst einmal ein Reichstaxi werden. Man habe sich eine Zwangsmaßnahme anlegen lassen, die schwer drücken werde. Der Arbeitsnachweis sollte obligatorisch eingeführt werden, man möge doch klipp und klar sagen, wie man sich das denke. Das „Kleinempfehlen“ der Kollegen müsse auch aufhören. Die Agitationsklausel sei zu belämpfen. Man müsse in den Pausen das Recht haben, über das zu sprechen, was man wolle. Die Kollegen sollten sich in dieser Hinsicht nicht einschüchtern lassen. Schiemann: Wenn der Tarif auch nicht so ist, wie er sein sollte, so brauche man ihn doch nicht in den Ozean zu werfen, sondern möge abwarten. Er verziehe Kloß nicht. Der Hauptvorstand habe den Nachverhältnissen der Organisation entsprechend gehandelt. Unmotiviert Vorwürfe sollte man nicht erheben. Das Tadelvotum betrafte er als Mißtrauensvotum; es wäre besser unterblieben. Allenfalls hätte man die Hauptschuldigen treffen sollen und nicht die Leute von Berlin, die ihre ganze Kraft für die Organisation eingesetzt hätten. Rau: Man habe ja schon vorher gewußt, daß die Berliner Delegierten nicht einer Meinung waren. Es liege an der Versammlung selbst, sie konnte ja vorher die Ansicht jedes einzelnen Delegierten feststellen. Die Art und Weise, wie der Reichstaxi durchgeführt worden sei, sei auch von Außenstehenden nicht gebilligt worden. Man habe die Einigungsämter durch sogenannte Unparteiliche ersetzt; in Zukunft könne dies unangenehme Resultate zeitigen. Er halte die alte Form für richtiger. Nun habe der Hauptvorstand gesagt: Was sollen wir denn machen? Ja, das selbe, als wenn die Kollegen sich den Tarif abgelehnt hätte: kämpfen! Pelt: Er sei mit dem Tarif einverstanden. Dieser mühte nur auf derleiher Grundlage abgebaut werden. Wir könnten nicht mehr erwirken. Süddeutschland hat uns überstimmt.

Genz: Wir haben als Tarifgegner den Vorstand genügend abgeprügelt; aber den Tarif umwerfen, das ging nicht. In drei Jahren liegen sich die Kollegen nicht wieder über den Löffel barbarieren. Das Statut gebe dem Vorstände leider alle Macht, den Mitgliedern keine. Das müsse anders werden. Die Verschlechterung mühten sie nun erdulden, die minimalen Vorteile jedoch energisch durchdrücken. In Zukunft schätze man derartige Schandtaxi nicht mehr ab.

Wandel: Es hieß: Wählt Gegner des Tarifs als Delegierte, warum jetzt Vorwürfe, da es geschehen sei.

Zink: Aus der Diskussion habe man nicht erkennen können, ob man erst vor oder schon nach Dresden sei. Man habe gesagt, was man schon früher wiederholt erdriert habe, ohne zu bedenken, daß man nunmehr vor vollendeten Tatsachen stehe. Wenn man glaube, die Delegierten hätten durch ihre Reden den Tarif zu Falle bringen können, dann irre man sich und dann fasse man deren Aufgaben auch falsch auf. Die Generalversammlung habe nur einen Vorgang sanktioniert, der vorher schon durch die Verhältnisse bedingt war. Jetzt heißt es, den Tarif mit aller Macht durchzubringen, ihm Geltung zu verschaffen. Wenn er auch den Tarif nicht gutheißen könne, so war unter den gegebenen Umständen eine Ablehnung des Schiedspruches nicht zu empfehlen. Es sei immerhin etwas erreicht und in Zukunft müsse man das tun, was nötig sei. Die Zeit des Tarifablaufs sei nicht zum Kampfe geeignet gewesen und eine tariflose Zeit hätte auf die Löhne gedrückt. Jetzt heiße es, alles Trennende fernzuhalten und gemeinsam kämpfen.

Ridolfi: Die Generalversammlung wäre nicht nötig gewesen, hätten sich die Zustände in Hamburg nicht so zugespielt. Mit den Ergebnissen des Tarifs sei niemand zufrieden. Wie der Afford in gesunde Bahnen gelenkt werden könne, müsse er schon Toller überlassen.

Darauf wird die Versammlung verlegt.

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
für den  
**2. Berl. Reichstagswahlkreis.**  
**Nachruf.**  
Dem Genossen zur Nachricht,  
daß unser Mitglied, der Arbeiter  
**August Meyer**  
gest. 60  
am 1. März verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
210/10 Der Vorstand.

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
des  
**6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.**  
**Todes-Anzeige.**  
Am 7. März verstarb unser  
Mitglied, der Arbeiter  
**Robert Marzahn**  
Ulrichstr. 21.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 10. März, nach-  
mittags 4 Uhr, vom Trauer-  
hause aus nach dem städtischen  
Friedhofe, Rüdigerstraße, Ecke See-  
straße, statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Sozialdemokrat. Wahlverein**  
**Rixdorf.**  
Den Parteigenossen zur Nach-  
richt, daß unser Mitglied, der  
Klempner  
**Paul Schmidt**  
(13. Bezirk.)  
verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute,  
Mittwoch, nachmittags 4 Uhr, von  
der Halle des neuen Rixdorfer  
Friedhofes (Mariendorfer Weg)  
aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.  
204/12

Heute vormittag um 8 1/2 Uhr  
verstarb nach langem, schwerem  
Leiden mein lieber Mann, unser  
guter Vater, Schwieger- und  
Großvater, Bruder, Schwager  
und Onkel, der Restaurateur  
**Karl Steinmann**  
im 48. Lebensjahre.  
Dies zeigt tiefbetrübt im Namen  
der Hinterbliebenen an [10696]  
Frau Emilie Steinmann.  
Berlin N. 20, den 8. März 1910.  
S. 26.  
Die Beerdigung findet am  
Freitag, den 11. März, nachmittags  
4 Uhr, von der Kapelle des neuen  
St. Pauli-Friedhofes am Pflaßensee  
aus statt.

**Dankagung.**  
Allen meinen Vätern und Freunden,  
welche meinem Mann die letzte Ehre  
erwiesen haben, sage meinen herz-  
lichen Dank.  
10656  
Frau Anna Ziefel nebst Sohn.

Giebt hiermit meiner werthen Nach-  
barschaft zur gefälligen Kenntnis, daß  
ich am 14. März cr. die benützte  
Bäckerei des Herrn Weichler,  
**Erlanger Straße 8**  
übernehmen werde und bitte ich, das  
meinem Vorgänger gewährte Ver-  
trauen freundschaftlich auch mir zuwenden  
zu wollen.  
Hochachtungsvoll  
**Ernst Bahrhois.**

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
für den  
**4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.**  
Stralauer Viertel  
(Bezirk Nr. 354a, Teil II.)  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Genosse, der Schlosser  
**Berthold Ramm**  
Kornitzener Str. 34 gestorben ist.  
Die Beerdigung findet am  
Freitag, den 11. März, nach-  
mittags 4 Uhr, von der Halle des  
Zentral-Friedhofes in Friedrichs-  
felde aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Deutscher  
Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
**Todes-Anzeigen.**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß  
unser Mitglied, der Klempner  
**Paul Schmidt**  
am 6. März gestorben ist.  
Die Beerdigung findet heute  
Mittwoch, den 9. März, nach-  
mittags 4 Uhr, von der Leichen-  
halle des Rixdorfer Gemeinde-Friedhofes,  
Mariendorfer Weg, aus statt.

**Verband d. baugewerblichen  
Hilfsarbeiter Deutschlands.**  
Zweigverein Berlin u. Umgegend.  
(Bezirk Rosenthaler Vorstadt.)  
Am Montag, den 7. März, ver-  
starb nach langem Leiden unser  
treuer Kollege  
**Hermann Mewitz.**  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 10. März, nach-  
mittags 4 Uhr, von der Leichen-  
halle des Himmelfahrts-Rich-  
hofes in Nordend aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Zweigvereinsvorstand.

**Dankagung.**  
Für die herzliche Teilnahme und  
die reichen Kranzspenden bei der  
Beerdigung des Brunnensarbeits  
**Hermann Graeber**  
lagen wir allen unsern aufrichtigen  
Dank.  
45942  
Ww. Helene Graeber nebst Kindern.

**Stephdenen**  
nur eigene Fabrikation  
im Hause. Einzelverkauf an  
Erbteile zu Fabrikpreisen.  
**Bernhard Strohmandel,**  
Berlin, 72. Wallstr. 72,  
wo auch alle Stephdenen aufgearbeitet  
werden. — Quitt. Preisverzeichn. gratis.

**H. Pfau, Bandagist**  
Berlin Direksenstraße 20  
unsern Schindler Alexanderplatz und  
Vollzeitspräsident. — Amt VII, 13799.  
Für Damen Frauen-Bedienung. \*  
Referent für alle Krankenpfleger.

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
des  
**6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.**  
**Todes-Anzeige.**  
Am Montag, den 7. März, ver-  
starb unser Mitglied, der Schuh-  
macher  
**Hermann Mewitz**  
Swinemünder Str. 67.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 10. März, nach-  
mittags 4 Uhr, von der Leichen-  
halle des Himmelfahrts-Richhofes  
in Nordend aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.  
225/19

Herner starb unser Mitglied, der  
Klempner  
**Robert Marzahn**  
am 7. d. M. an Mandelverleerung.  
Ehre ihrem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 10. März, nach-  
mittags 4 Uhr, vom Trauer-  
hause, Ulrichstr. 21, aus  
statt.  
Rege Beteiligung erwartet  
Die Ortsverwaltung.

**Deutscher  
Holzarbeiter-Verband**  
Den Kollegen zur Nachricht,  
daß unser Mitglied, der Klempner  
**Hugo Lockhof**  
am 7. März gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet morgen  
Donnerstag, den 10. März, nach-  
mittags 4 Uhr, von der Leichen-  
halle des neuen Rixdorfer  
Gemeinde-Friedhofes am Marien-  
dorfer Weg aus statt. 80/7  
Rege Beteiligung erwartet  
Die Ortsverwaltung.

**Dr. Simmel**  
Spezial-Arzt  
für Haut- und Harnleiden.  
Prinzenstr. 41, Moritzplatz,  
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

**Westmanns Trauermagazin**  
Extra-Abteilung  
I. Gesch.: Berlin W., Mohren-  
straße 37a (2. Haus von der  
Jerusalemstraße).  
II. Gesch.: Berlin NO., Große  
Frankfurter Str. 115 (2. Haus  
von der Andreasstraße).  
Schr. gr. Ausw. fert. Kleider,  
Hüte, Handschuhe, Schlei-  
er etc. v. einfachsten bis zum  
hochdelegant Genrez. zu äußerst  
niedrigen Preisen.  
Sonder-Abteilung:  
**Maßanfertigung** in  
10 bis 12 Stunden.

**Expeditio des „Vorwärts“**  
Berlin SW. 68  
Lindenstr. 69, Laden.

**Dankagung.**  
Allen Parteigenossen, Freunden und  
Bekanntem für die überaus zahlreiche  
Beteiligung und Kranzspenden bei  
der Beerdigung unseres lieben  
Sohnes, Bruders und Schwagers so-  
wie dem Wohlwollen des 4. Reichs-  
tags-Wahlkreises, den Genossen des  
307. Bezirks, dem Transportarbeiter-  
Verband, besonders dem Gesang-  
verein, unseren herzlichsten Dank.  
**August Wirbach und Frau.**

**Zentral-Kranken- u. Sterbekasse  
der deutschen Wagenbauer.**  
(E. S.), Ortsverwaltung Rixdorf.  
**Todes-Anzeige.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Mitglied, der Klempner  
**Paul Schmidt**  
am 6. März verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Mittwoch, den 9. März, nach-  
mittags 4 Uhr, von der Leichen-  
halle des Rixdorfer Gemeinde-Friedhofes,  
Mariendorfer Weg, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
227/2 Die Ortsverwaltung.

**Dankagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher  
Teilnahme und die herrlichen Kranz-  
spenden anlässlich des Hinscheidens  
meiner lieben Frau sage ich allen  
Bekanntem und Bekannten, dem  
Personal, Kollegen und Kolleginnen  
sowie dem Sängerkor der Firma  
H. Eitelhelf, auch meinen Kollegen  
Dietrich und Vollstatten meinen  
herzlichsten Dank. 10686  
**Bernhard Vogt.**

**Neugierige bittet  
Westmann**  
1. Geschäft: Mohrenstrasse 37 a nahe Jeru-  
salemstr. Berlin W. 2. Geschäft: Grosse Frankfurterstr. 115  
nahe An-  
dreasstr. Berlin NO.  
um möglichst zahlreichen Besuch zur  
Besichtigung der Frühjahrsneuheiten  
in Mänteln und Kos. ümen.  
Beachten Sie meine 3 Prinzipien:  
**Schicke Konfektion, gute Stoffe, vorteilhafte Preise!**  
Möchte ich Ihnen zum Teil für die Hälfte des regul. Preises  
Garnierte Kleider! — Übergangsmäntel!  
Kimonos, Jackotts, Röcke, Blusen!  
Brocksch-Konfektion! Einzugungskleider!  
Preis z. Teil jetzt 12 15 18 24 32 48 66 90 usw.  
regulär. Preis M. 20 25 30 42 56 85 122 175 usw.  
Gratis bei Einkauf von  
nur M. 12 24, 48, 96 zu  
einem Rock, 2. Wunsch  
Für stärkere Figuren  
jede erforderl. Größe  
— verrätigt! —  
**Trauer-Westmann** (ges.  
gesch.)  
Gr. Auswahl fertig. Trauerkleider, Hüte, Schlei-  
er etc.

# 6. Berliner Landtagswahlbezirk.

Freitag, den 11. März, abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr,  
bei Freyer, Koppenstraße 29:

## Oeffentl. Wähler-Versammlung.

Tages-Ordnung:

### Wahlrechtskampf und Landtagswahl.

Referenten: Abgeordneter Dr. Karl Liebknecht und Stadtverordneter Adolf Hoffmann.  
Um zahlreiches Erscheinen ersucht Das Wahlkomitee.

205/7\* S. A.: Ernst Vaber, Große Frankfurter Straße 34.

# Zentralverband der Maurer Deutschlands

Zweigverein Berlin.

Freitag, den 11. März, abends 8 Uhr, in den „Neuen  
Arminhallen“, Kommandantenstr. 58/59:

## General-Versammlung

aller Sektionen, Zahlstellen und Bezirke des Gesamt-Zweigvereins.

Tages-Ordnung:

1. Bericht vom 11. Verbandstag. 2. Geschäfts- und Kassenbericht für das Jahr 1909. 3. Ge-  
werkschaftliches.

Mitgliedsbuch legitimiert, ohne dasselbe kein Zutritt.

108/18\*

Vollständiges Erscheinen erwartet Der Zweigvereinsvorstand.

# Zentralverband der Töpfer Deutschlands.

Filiale Berlin.

Freitag, den 11. März 1910, abends 6 $\frac{1}{2}$  Uhr, im Gewerkschaftshause,  
Engelauer 15 (großer Saal):

## Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

192/8

1. Stellungnahme zu der Verschmelzung mit den Porzellan- und Glasarbeiter-Verbänden. Referent:  
Kollege A. Dransel. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Der äußerst wichtigen Tagesordnung halber ist es notwendig, daß sämtliche Kollegen erscheinen.  
In dieser Versammlung sind die Zentral- und Filialvorstände der Porzellan- und Glasarbeiter-Verbände  
eingeladen. Der Vorstand.

# Verband der Sattler und Portefeuller.

Ortsverwaltung Berlin.

## Achtung! Treibriemensattler. Achtung!

Donnerstag, 10. März, abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr, im Gewerkschaftshause  
(Saal 1), Engelauer 15:

## Außerordentl. Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Stellungnahme zur Verbesserung der Lohn- und Arbeits-  
bedingungen. 2. Verschiedenes.

Kollegen! Die Wichtigkeit der vorliegenden Tagesordnung erfordert, daß  
kein Treibriemensattler diese Versammlung verläßt.  
Die Branchenleitung.

Sie empfehlen:

### Arbeiter- Gesundheitsbibliothek

Heft 11:

### Frauenleiden u. deren Verhütung.

Mit einem Anhang:  
Die Verhütung der Schwangerschaft.  
Von Dr. J. Zadek.

Preis . . . 20 Pf.  
Gute Ausgabe 50 "

Expedition des „Vorwärts“  
Berlin SW., Lindenstr. 69, Laden.

# Deutscher Transportarbeiter-Verband

Bezirk Groß-Berlin.

IV 3348 Arbeitsnachweis: Engelauer 15. Bureau: Engelauer 151  
I 2632 Alte Leipziger Str. 1. Fernsprecher: Amt IV, 2382, 4747.

Donnerstag, 10. März, abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr, in Keller's Festsälen,  
Koppenstr. 29:

## Ordnentliche

# General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Mitteilungen. 2. Geschäftsbericht für das Jahr 1909. 3. Kassenbericht pro  
4. Quartal 1909. 4. Neuwahl der Bezirksverwaltung und der Revisionskommission. 5. Ge-  
schäftliches.

Bei der hochwichtigen Tagesordnung dürfte ein wirklich zahlreicher Besuch  
als selbstverständlich zu betrachten sein.

Mitgliedsbuch legitimiert! Wer länger als 10 Wochen mit seinen Beiträgen im Rück-  
stande ist, hat keinen Zutritt.

## Die Bezirksverwaltung.

S. A.: Aug. Berner.

### Orts-Frankenkasse der Gelb- und Zinngießer.

Die Generalversammlung der  
Vertreter der Arbeitgeber und Arbeit-  
nehmer findet am **Wittwoch, den  
16. März, abends 7 Uhr**, im  
Gewerkschaftshause, Engelauer 15,  
Saal 8, statt, wozu sämtliche Ver-  
treter hiermit eingeladen sind.

Tages-Ordnung:  
1. Verlesung der Protokolle. 2. Vor-  
lage und Abnahme der Jahres-  
rechnung pro 1909. 3. Bericht des  
Rechnungsausschusses und Decharge-  
erteilung. 4. Antrag des Reubanten  
um Bewilligung einer Feuerungs-  
zulage. 5. Kassenangelegenheiten.  
6. In getrennter Versammlung:  
Erfolgswahl für zwei ausgleichende  
Vorstandsmitglieder der Arbeitnehmer.  
Berlin, den 8. März 1910.

Der Vorstand.

100/7b

Sie empfehlen:

### Arbeiter- Gesundheitsbibliothek

Heft 20:

### Die Proletarierkrankheit ihre Entstehung und Verbreitung, Verhütung und Heilung.

Von Dr. Zadek.  
Preis . . . 20 Pf.  
Gute Ausgabe 50 "

Expedition des „Vorwärts“  
Berlin SW., Lindenstr. 69  
(Laden).

# Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

## Maschinen-Arbeiter!

Donnerstag, den 10. März, in den „Andreas-Festsälen“,  
Andreasstraße 21:

## Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Die Frau im politischen Kampf. Referentin: Genossin Frau  
M. Tiets. 2. Unsere Vertragsverhandlungen und ihr Ergebnis.  
3. Verbands-Branchenangelegenheiten.

Der Wichtigkeit der Tagesordnung wegen ist es notwendig,  
daß jeder Kollege erscheint. — Die Kollegen werden ersucht,  
zu dieser Versammlung ihre Frauen mitzubringen.  
Mitgliedsbuch legitimiert.

## Ladeneinrichtungs-Branche.

Donnerstag, den 10. März, abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr:

## Vertrauensmänner - Versammlung

bei Hoffmann, Sönnemünder Str. 47.  
Alle Beschäftigten müssen vertreten sein.  
Die Branchenkommission.

# Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands. (Zahlstelle Berlin.)

## Bezirksversammlungen:

- Bezirk 1. Am Donnerstag, den 10. März, beim Kollegen  
Brüchte, Alt-Roabit.  
" 2. Am Freitag, den 11. März, beim Kollegen  
Wolffgramm, Adlerstr. 6/7.  
" 3. Am Freitag, den 11. März, beim Kollegen  
Granze, Schönhauser Allee 156.  
" 4. Am Freitag, den 11. März, beim Kollegen  
Pitkin, Remisestr. 67.  
" 5. Am Donnerstag, den 10. März, beim Kollegen  
Bercht, Ritterstr. 75.  
" 6. Am Freitag, den 11. März, beim Kollegen  
Viehr, Grenadierstr. 35.  
Sämtlich nachmittags 5 Uhr. 74/13

In allen Versammlungen: Vorträge.  
Zahlreichen Besuch erwartet Die Ortsverwaltung.

# Oskar Voelker

sozial-hygienischer Schriftsteller und Direktor der  
Berliner Lichteilanstalt, BERLIN N.,  
Invalidenstr. 130

hält wieder an folgenden Tagen:

Mittwoch, 9. März 1910 Habels Brauerei-Ausschank  
abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr (gr. Saal)  
Berlin S., Bergmannstr. 5/7

Donnerstag, 10. März 1910 Prachtsäle Nordwest (gr. Saal)  
abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr Berlin NW., Wicelofstr. 24

Freitag, 11. März 1910 Fröbels Allerlei-Theater  
abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr (gr. Saal)  
Berlin N., Schönhaus. Allee 148

3 öffentliche

## Herren-Vorträge

über das Thema:  
Was jeder Mann über die Entstehung, Verhütung  
und Folgen der

„Geschlechtskrankheiten“  
wissen muß,

unter Vorführung Lichtbilder.  
einer Anzahl

Nur Herren über 18 Jahre haben Zutritt!

Eintritt 30 Pf. Reserviert 50 Pf.



ohne Streichholz  
zu entzünden!

„Eszet“ ist unentbehrlich bei stür-  
mischem Wetter.  
„Eszet“ ist unentbehrlich für Jagd,  
Sport und Seereisen.  
„Eszet“ ist unentbehrlich für jeden  
Raucher, der sich viel im Freien  
aufhält.  
„Eszet“ entzündet sich an einer an  
der Schachtel befindlichen Reib-  
fläche wie ein Streichholz.  
„Eszet“ ist frei von jedem fremden  
Geschmack und Geruch.  
„Eszet“ ist hergestellt aus den  
feinsten türkischen Tabakern.  
„Eszet“ wird deshalb von Quali-  
tät-rassieren bevorzugt.  
„Eszet“ ist zu haben in Blech-  
packungen à 20 Stück von 2 $\frac{1}{2}$  Pf.,  
bis 2 $\frac{1}{2}$  Pf. pro Stück.  
„Eszet“ ist in Spezial-Zigarren-  
geschäften zu haben.

Cigarettenfabrik  
VIOLA-COMPAGNIE  
HAMBURG 6.

Generalvertretung für Berlin:  
Schober & Löwenberg, Mail-  
bronner Str. 19. Tel. VI. 10730.

Husten,  
Heiserkeit  
wirken  
Reichels  
Hustentropfen

überaus schnell  
und sicher  
Nur echt, wenn  
mit Marke  
„Medico“  
à 1.50 Pf. u. 1.20 Pf.

Vor Nachahmungen jeder Art sei  
jedoch dringend gewarnt.  
Ershält. in d. meisten Drogenien u. bei  
Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.

Haben Sie Stoff?  
Ich fertige davon Anzug od. Paletot  
nach Maß, schick, durch. Zutaten,  
von 20 Mark an. Moritz Lohand,  
Neue Promenade 11, (Sidth-Börse).

# Gebrüder H. & O. Richter

## Kohlengroßhandlung

Amt IV 9345 BERLIN S. 59 Amt IV 9345  
Urbanstraße 114-115

Salon-Briketts großes Format . . . . .	1000 Stück	M. 8.25
Industrie-Briketts bei 10 Zentner . . .	à Zentner	M. 0.85
Steinkohlen Nuß II, gesiebt . . . . .	à Zentner	M. 1.40
Gas-Koks städt., zerkleinert . . . . .	à Hektoliter	M. 1.55
Gas-Koks städt., grob, für Zentralheizung, in Fahren von 30 Zentner ab . . . . .	à Zentner	M. 1.22
Anthrazit engl., La Cadé und Lönhold . . . . .	à Zentner	M. 2.40
Schmiedekohlen engl., Ia bei 10 Zentner . . . . .	à Zentner	M. 1.40
Holzkohlen Kiefern-, mittel, bei 5 Tonnen . . . . .	à Tonne	M. 3.40

**Kiefern-, Buchen-, Eichen-, Eisenholz**  
zu den billigsten Preisen.

Bei Waggonbezügen Preisermäßigung.

Aus der Frauenbewegung.

Bund für Mutterschutz. Fräulein Dr. Helene Stöcker sendet und eine „Zur Abwehr“ betitelt Erklärung zu den gegen sie erhobenen Vorwürfen. Da sie dabei auf Details eingeht, von denen wir keine Kenntnis genommen haben, erübrigt sich auch die Wiedergabe der Abwehr. Mitgeteilt sei daraus die Erklärung, daß die Verlegung des Siges der Bundesleitung nach Breslau gerade ihren Wünschen entspreche. Schon im Dezember vorigen Jahres habe sie dem Gesamtvorstande die Mitteilung gemacht, daß sie die Geschäftsführung nur bis zur nächsten Generalversammlung behalten werde. Da Dr. Stöcker, wie sie weiter mitteilt, gegen einige ihrer Gegner Klage wegen verleumderischer Beleidigung angehängt hat, dürfte die Angelegenheit ja auch noch durch gerichtliche Verhandlung geklärt werden.

Gerichts-Zeitung.

Aus den Schwurgerichten.

In den Kriminalgerichtsgebäuden in Moabit tagen am 8. März drei Schwurgerichte zu gleicher Zeit. Im Landgericht I werden die Verhandlungen vom Landgerichtsrat Bohmann als Vorsitzenden geleitet, am Landgericht II begann eine neue Tagung des Schwurgerichts unter Vorsitz des Landgerichtsrats Ellend und am Landgericht III tagt das Schwurgericht unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Liebenow. Sogenannte Kapitalverbrechen stehen nicht zur Verhandlung. Die Geschworenen des Landgerichts I werden sich am 9. mit dem dreifachen Raubattentat zu beschäftigen haben, das am 18. August vorigen Jahres in dem Bankgeschäft Friedrichstraße 153a an dem Sohne des Geschäftsinhabers, Artur Silbermann, verübt worden ist. In dem an der Ecke der Mittelstraße gelegenen Bankgeschäft erschien in aller Frühe, als der 23jährige Artur Silbermann allein im Geschäft und mit dem Auslegen der verschiedenen Geldarten im Schaufenster beschäftigt war, ein junger Mann und verlangte für 100 M. französisches Geld. Als Herr Silbermann, über den Ladentisch gebeugt, den Wertunterschied zwischen dem französischen und dem deutschen Gelde berechnen wollte, erhielt er plötzlich einen Schlag über den Kopf, so daß ihm der Kneifer von der Nase fiel und Blut von seiner linken Kopfsseite herabrieselte. Der junge Mann hatte es auf eine Beerdigung abgesehen; er erreichte aber seinen Zweck nicht, denn der Heberfallene stürzte sich auf ihn, und als dieser sich losreißen und die Flucht er-

griff, verfolgte ihn Herr Silbermann unter lauten Rufen, daß er überfallen sei. Im Gewühl der Straße entkam der freche Räuber und mit ihm ein Komplize, der vor dem Geschäft „Schmiede“ gestanden hatte. Vier Personen, nämlich der Kellerer Artur Fowella, der Geiger Otto Blum, der Koch Franz Weisold und der Kellerer Friedrich Thimm haben sich jetzt wegen versuchten Raubes bezw. Anstiftung vor dem Schwurgericht zu verantworten. Gleichzeitig mit den „Spießbuben im Richteralt“, die vor dem Schwurgericht des Landgerichts I zur Aburteilung kommen, ist vor dem Schwurgericht Berlin II am 10. und 11. dieses Monats Termin zur Hauptverhandlung gegen Hohe und Genossen, die am 28. Januar vorigen Jahres den dreifachen Raubversuch im Juwelierladen der Frau Richter, Potsdamer Straße 53, verübten.

Die Obdixie eines jugendlichen Postgehilfen

Lam in einer Verhandlung zur Sprache, welche gestern unter Vorsitz des Landgerichtsrats Ellend das Schwurgericht des Landgerichts II beschaffte. Angeklagt wegen Unterschlagung im Amt war der erst 20jährige Postgehilfe Franz Dietow. — Der Angeklagte war bei dem Postamt I in Friedenau angestellt gewesen. Eines Tages trat an den jungen Menschen die Versuchung heran, sich einen Teil der Postanweisungslasse anzueignen. Er nahm den Betrag von 700 M. und suchte damit das Weite. In Charlottenburg kaufte sich der jugendliche Defraudant Ledstiefel und einen neuen Anzug. Von hier aus ging es nach der Reimbahn Karlshorst, wo D. die Bekanntschaft einer sehr liebenswürdigen Dame machte, die er sofort zu seiner „Reisebegleiterin“ ernannte. Das Pärchen reiste nun kreuz und quer durch Deutschland und kam schließlich über Hannover, Köln und Straßburg nach München. Hier verschah sich der Angeklagte mit einer kompletten Gebirgsausrüstung und zog dann mit Eispickel, Lederpelz und Regelschuhen in das Gebirge. Als in der Reiselasse des D. eine Ebbe eintrat, fuhr er nach der Reimbahn Weihenstephan zurück, wo er den Rest des veruntreuten Geldes am Totalfaktor verlor. Von irgendeiner Seite erhielt er dann Mittel, um nach Hamburg zu fahren und von dort nach Amerika zu flüchten. In Hamburg verließ ihn jedoch der Rut, die Fahrt über den großen Leich anzutreten, er stellte sich vielmehr freiwillig der dortigen Polizei. Vor Gericht war der Angeklagte in vollem Umfange geständig. Rechtsanwalt Dr. Donig hat mit Rücksicht darauf, daß die Eltern des leichtsinnigen jungen Menschen den Schaden voll ersetzt haben, um Jubiligung mildernder Umstände. Das Gericht erkannte wegen Amtsentziehung unter Jubiligung mildernder Umstände auf 8 Monate Gefängnis unter Anrechnung von einem Monat der Untersuchungshaft.

Verantwortlichkeit der Hebamme. Den Tod einer Wöchnerin hat die Fahrlässigkeit der Hebamme Verta Gehrte herbeigeführt. Das Landgericht Stettin hat sie deshalb am 17. Dezember vorigen Jahres zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Angeklagte entband im Juni vorigen Jahres eine Frau D. Sie reinigte zwar ihre Hände in desinfiziertem Wasser, benutzte dazu aber eine Schüssel, in welcher sie auch einen Lappen wusch, mit dem sie ihre eitrige Wundwunde reinigte. Sie hätte, mit einer solchen Wunde befaßt, überhaupt keine Entbindung vornehmen dürfen. Ihre Revision wurde am Montag vom Reichsgericht als unbegründet verworfen.

Witterungsüberblick vom 8. März 1910, morgens 8 Uhr. Table with columns for Stations, Barometer, Wind, etc.

Wetterprognose für Mittwoch, den 9. März 1910. Etwas wärmer, zeitweise neblig, sonst ziemlich heiter und trocken, bei mäßigen südlichen Winden.

Wasserstands-Nachrichten. Table with columns for Wasserstand, am, seit, etc.

Man steigt nach Deutschland's allergrösstem Waren- und Möbel-Kredithaus von B. FEDER. Zentrale: Brunnen-Strasse 1. I. Filiale: Frankfurter Allee 89. II. Filiale: Kottbuser Damm 103. auf Credit. 10% dar galeisteten Anzahlung 10%.

Wir können aus voller Überzeugung behaupten, dass unsere JOSETTI JUNO CIGARETTEN qualitativ von keiner anderen Marke übertroffen werden. Josetti-Juno-Cigaretten m. a. n. 10 Stck. 20 Pf.

Kautabake Grimm & Triepel, Nordhausen. Max Ziegenhals, BERLIN NO., Neue Königstr. 70. Dänischer Kapitän-Kautabak Karl Röcker, Berlin O. 27.

Herrn- u. Knabengarderobe J. KURZBERG, Rosenthalerstr. 40. auf Teilzahlung.

Reste Damenmode, schwarz und farbig, Costumes-Stoffe, etc.

Confection Paletots, Jacketts, etc.

C. Pelz, Kottbuserstr. 5.

Syphilis-Nachweis. Wo? ist der schönste Ausflugsort? Immer noch Vihelswerder, an der neuen Meerstraße beim Alten Freund. Sophien-Säle Sophienstraße 17/18.

Kufeké Tausendfach bewährte Nahrung bei Brechdurchfall, Diarrhöe, Darmkatarrh, etc.

Kredit J. Tomporowski, Kasse 10 Proz. Rabatt.

Sie erhalten zu den Feiertagen Logierbesuch. Jaekel's „Schlafepatent“-Möbel helfen Ihnen aus aller Verlegenheit. R. JAEKEL'S Patent-Möbel-Fabrik, Berlin, Markgrafenstr. 20.







Heute Mittwoch, Zahlabend in allen Bezirken Groß-Berlins.

Partei-Angelegenheiten.

Erster Wahlkreis. Sonntag, den 13. März, abends 6 1/2 Uhr: Versammlung in Dräsel's Festsaal, Neue Friedenstr. 35. Nachher: Geselliges Beisammensein und Tanz. Eintritt mit Gardetobe 20 Pf. Der Vorstand.

Zweiter Wahlkreis (Friedrichstadt): Zahnacht für Buchbruder usw. Mittwoch, 9. März, nachts 11 1/2 Uhr, bei Jul. Weber, Oranienstr. 103. Tagesordnung: 1. Geschäftliches. 2. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Hildenbrand: „Politische Pflichten der Arbeiter“. 3. Diskussion. Die Vertrauensleute.

Dritter Wahlkreis. Für die Bezirke 268-273 findet der gemeinschaftliche Zahlabend im Gewerkschaftshaus, Saal 7, statt. Vortrag des Genossen Adolf Ritter. Der Vorstand.

Charlottenburg. Am Dienstag, den 15. d. M., findet im großen Saale des Volkshauses ein Lichtbildvortrag des Reichstagsabgeordneten Genossen Ged über: „Die bairische Revolution 1848/49“ statt. Dieser Veranstaltung, die eine Erinnerungsfest an das große Jahr 1848 sein soll und welche durch Vorträge der „Charlottenburger Liedertafel“ (R. d. A.-S.-V.) verschönt werden wird, wird hoffentlich kein Genosse fern bleiben. Billetts à 10 Pf. gelangen im heutigen Zahlabend zur Ausgabe. Der Vorstand.

Friedenau. Heute, Mittwoch, abends 9 Uhr, gemeinsamer Zahlabend bei Reheke, Handjerystr. 58. In Anbetracht der bevorstehenden Gemeindevahl ersuchen wir jeden Genossen, zu erscheinen. Der Vorstand.

Lichtenberg. Sonnabend, den 19. März, findet im „Schwarzen Adler“, Frankfurter Chaussee 5/6, das Stiftungsfest des Wahlvereins Bezirks Lichtenberg statt. Billetts sind bei sämtlichen Bezirks- und Gruppenführern zu haben. Zahlreichen Besuch der Genossinnen und Genossen erwartet. Die Bezirksleitung.

Tempelhof. Die Genossen werden ersucht, wegen der am Mittwoch, den 16. d. M., stattfindenden Gemeindevahl zu dem heutigen Zahlabend sowie zu dem Donnerstag stattfindenden Flugblattverbreitung sich zahlreich einzufinden.

Friedrichsdorf-Petersdamm. Heute, Mittwoch: Zahlabend bei Otto Giese in Petersdamm.

Französisch-Buchholz. Morgen abend 8 Uhr Mitgliederversammlung des Wahlvereins bei Kühne.

Oranien. Mittwoch, den 9. März: Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: 1. Bericht der Lokalkommission. 2. Bericht des Wahlkomitees und Aufstellung der Kandidaten zur Gemeindevahl. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Verschiedenes.

Köpenick-Neu-Weißensee. Am Sonntag, den 13. März d. J., findet im Restaurant „Weiher Schwan“, Inh. Paul Hoffmann, Vogelsdorfer Straße 1, eine Volksversammlung statt. Tagesordnung: Junfermann gegen Volksrechte. Die Wahlrechtsvorlage in Preußen. Referent: Udo Berlin. Diskussion.

Berliner Nachrichten.

Zu einer intimen Geburtstagsfeier.

gestaltete sich die am Montag im 6. Kreise stattgefundene Bezirksführerkonferenz. Der geschäftliche Teil war schnell zu Ende geführt, da ausnahmsweise an diesem Abend Lust zur Diskussion nicht vorhanden war und es begann ein geselliger Teil. Um dringliches Erscheinen zu dieser Konferenz, die von nahezu 400 Funktionären besucht war, war der Abgeordnete des Kreises, Genosse Ledebour, gebeten worden. Dieser Einladung war er auch gefolgt. Als er den Saal betrat, ertönte von der Galerie das Lied: „Krönt den Tag!“ Dann betrat der Vorsitzende des Wahlvereins, Genosse Henschel, die Tribüne und hielt eine längere Ansprache, die dem Genossen und Waffenbruder, dem Abgeordneten des Kreises, Genossen Ledebour, galt, der an diesem Tage seinen 60. Geburtstag feierte. Wenn die Genossen des Kreises ihrem Abgeordneten ihre Glückwünsche darbrachten, so geschehe das nicht, um ihn persönlich zu beweihräuchern. Die Genossen wüßten, daß Ledebour ein Feind solcher Anshimmelung sei, wohl aber wünschen die Genossen, daß ihr Abgeordneter noch recht lange im Dienste des Proletariats und in treuer Kameradschaft mit den Genossen des Kreises kämpfen möge. Gerade die Genossen des 6. Kreises freuten sich, in Ledebour einen Vertreter gefunden zu haben, der durchsichtig und unerschrocken seine Meinung sage ohne jedwede persönliche Rücksicht und der nicht hin- und herschwankte. Genosse Henschel entwickelte in großen Zügen ein Bild des Wirkens des Geburtstagskindes und schloß unter lautem Beifall der Genossen mit einem Hoch auf Ledebour.

Der Gefeierte nahm dann selbst das Wort und dankte für die ihm zuteil gewordene Ehrung. Dann gab er in launiger Weise ein Bild seiner politischen Entwicklung zum besten, unter welchen Umständen er aufgewachsen und welche Ereignisse seinen politischen Entwicklungsgang bestimmt hätten. Er erklärte es für seine heiligste Pflicht, seine ganzen Kräfte in den Dienst des Proletariats zu stellen. Er habe bisher getan, was er tun zu können glaubte, oft habe er es noch besser machen wollen, aber immer gelänge das nicht. Jedenfalls wollten die Genossen sich versichert halten, daß er es immer ehrlich gemeint habe. Lauter Beifall lohnte diese Ausführungen. Dann trat der unterhaltende Teil in sein Recht. Die vereinigten Sängere des Wedding gaben einige Freiheitslieder zum besten, Konzertvorträge wechselten ab mit einigen Rezitationen und das Berliner Ulf-Trio sorgte durch Vorträge politisch-satirischer Natur dafür, daß der Humor zu seinem Rechte kam. Und als das Trio nun gar noch die Blamage des Polizeipräsidenten am verkloffenen Wahlrechtsontag und unseren Wahlrechtspartergang im Tiergarten besang, war die Stimmung eine recht gehobene geworden. So ging es bis gegen 12 Uhr, wo die schlichte und doch herzliche Geburtstagsfeier ihr Ende fand.

Auch wir schließen uns den Gratulanten des Kreises an und wünschen dem Genossen Ledebour, daß er noch recht lange die Kraft haben möge, unseren Gegnern manchen Tanz aufzuspielen.

Ueber die Heldentaten der Polizei

am Sonntag im Treptower Park gehen uns fortgesetzt Mitteilungen zu, in denen die Schreiber ihrer Entrüstung Luft machen. Wie

Schreiben gipfeln darin, daß die Polizei ohne jeden Anlaß in der unerhörtesten Weise auf die Massen mit blankem Säbel eingehen hat, geradezu sinnlos ist gewütet worden. Der Geist, von dem die Leute des Herrn v. Jagow erfüllt waren, kommt am deutlichsten zum Ausdruck, wenn wir die Ausdrücke registrieren, mit denen sie auf das Publikum losgingen: „Hund“, „Blunder“, „Lumpen“, „Bande“, das waren die Schmeißelworte, mit denen Schulleute zu Pferde und zu Fuß auf die Menschen einströmten und einhieben.

Es ist gar nicht möglich, alle die polizeilichen Ausschreitungen auch nur zu registrieren, dergleichen häuft sich das Material. Nichtsdestoweniger ist es wünschenswert, von allen wichtigen Vorgängen am Sonntagvormittag Nachrichten zu erhalten.

Rotz nehmen wollen wir aber zur Beleuchtung der Jagow'schen Anordnung, Frauen und Kinder zu schonen, von folgenden Zuschriften:

„Zwischen 12 und 1 1/2 Uhr nachmittags wollte ich durch das Brandenburger Tor unter die Linden gelangen, wurde aber von der Polizei zurückgewiesen. Unter anderem wollten aber auch zwei Herren mit zwei Damen denselben Weg gehen. Diese wurden jedoch ebenfalls an ihrem Vorhaben gehindert. Als wir und andere von der Polizei zurückgedrängt wurden, empörte sich eine von den Damen über das Vorgehen der Polizei und äußerte unter anderem: „Für was zahlen wir denn unsere vielen Steuern? Nicht einmal ungehindert laufen darf man, kein Mensch müßte mehr Steuern zahlen!“ Betrunken rief nun die andere Dame: „Wo ist denn aber unser Herr Staatsanwalt geblieben, dem ist wohl gar ein Leid passiert?“ Doch dieser Begleiter (der Herr Staatsanwalt) war nicht mehr zu sehen. Bei dem weiteren Gespräch der Betroffenen stellte sich heraus, daß der sich wieder eingefundene Herr ein Richter war. So unangenehm wie letzterem wohl das Vorkommnis sein mochte, er verhielt sich trotz der starken Empörung der einen Dame ziemlich gelassen.“

Ein anderer Fall: „Eine Dame, dem Anschein nach ebenfalls aus dem besseren Stande, die gleichfalls durch das von der Polizei stark beschützte Brandenburger Tor wollte, hatte auch die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Die Dame wollte zur Ausstellung. Der Schuhmann fährt sie barsch an: „Hier ist kein Durchgang!“ Die Dame: „Aber mein Herr, ich will natürlich in die Ausstellung!“ Der Schuhmann: „Quatschen Sie nicht, das kann mir jeder vorreden.“ Die Dame: „Ich kann mich doch aber legitimieren.“ Der Schuhmann: „Ansin, hier dürfen Sie nicht durch!“ Die Dame zeigt nun die Einladkarte zur Ausstellung, der Schuhmann reißt ihr dieselbe aus der Hand, rollt die Augen, leßt sie oberflächlich durch und nun konnte endlich die vor Schreck einmal rot und dann wieder blaß gewordene Dame das geheiligte Tor und die Linden passieren.“

Ein dritter Fall: Durch reitende Schulleute wurden Demonstranten und Spaziergänger vom Wege abgedrängt und bis auf den Rasen verfolgt. Eine Frau F. wurde von einem Schuhmann, dessen Nummer uns bekannt ist, betitelt: „Verfluchte Sau! Verfluchte Hege!“ Das ist Schamung von Frauen nach dem Rezept des Herrn v. Jagow.

Schwangere Frauen als Studienobjekte.

Von rund 50 000 Einbindungen, die alljährlich in Berlin erfolgen, werden annähernd 6000 in Anstalten oder sonstwie außerhalb des eigenen Heims vorgenommen. An diesen 6000 Einbindungen sind beteiligt die Hebärinnen der Charité und die Frauenklinik der Universität mit zusammen etwa 4000; die übrigen 2000 verteilen sich auf andere öffentliche Krankenhäuser und private Kliniken, auf ein paar kleine Wöchnerinnenheime, und auch die in Wohnanwohnungen vorgenommenen Einbindungen (rund ein halbes Tausend im Jahr) sind hier mitgezählt. Tene 4000 Schwangeren, denen die genannten Anstalten der Universität — auch die Charité ist ja nur als Hilfsanstalt der Universität zu betrachten — Aufnahme gewähren, werden nicht um ihrer selbst willen, sondern zu dem Zweck aufgenommen, sie als Studienobjekte zu benutzen. Das ist in der Bevölkerung wenig bekannt oder wird von ihr nicht in voller Tragweite gewürdigt, und daher gibt es nicht selten sehr unangenehme Auftritte, wenn plötzlich eine Schwangere oder Wöchnerin sich dazu hergeben soll, von einer Schar junger Studenten sich beschauen und betastet zu lassen. Man kann der Meinung sein, daß die Scheu hervorzu zu jenen Empfindungen gehört, die man zu überwinden suchen muß. Es läßt sich aber begreifen, daß vielen Mädchen und Frauen das nicht gelingt, und man darf es ihnen nicht übel nehmen, wenn sie lieber den genannten Anstalten von vornherein fernbleiben. Auch das kommt vor, daß eine Schwangere, die bereits aufgenommen worden ist, sich hinterher noch der Benutzung als Studienobjekt zu entziehen sucht.

Eine Schwangere, die in der Universitäts-Frauenklinik (Artilleriestraße) zu diesem Mittel griff, teilt uns mit, wie es kam, daß dann ihre Einbindung dort überhaupt nicht vorgenommen wurde. Ende Januar meldete sich ein Frä. A. in der Frauenklinik zur Aufnahme in die Schwangerenabteilung an. Sie wurde untersucht, hatte 1 M. Aufnahmegebühr zu entrichten und durfte wieder nach Hause gehen, doch gab man ihr die Weisung mit, in drei Tagen wiederzukommen. Das Wozu war ihr nicht sofort klar, aber das wußte sie, daß an eine Einbindung noch lange nicht zu denken war. Da wurde ihr von einer anderen Schwangeren auseinandergesetzt, was ihrer an dem verabredeten Tage harre. Sie selber sei, sagte die andere hinzu, an einem Tage von sieben verschiedenen Personen hintereinander untersucht worden. Wir sind nicht in der Lage, zu prüfen, ob das richtig war, doch auf die Zahl kommt es hier ja auch nicht an. Genug, daß auf diese Mitteilung hin Frä. A. beschloß, sich an dem festgesetzten Tage nicht in der Frauenklinik einzufinden und einwilligen überhaupt nicht wieder dorthin zu gehen. Erst nach vollen fünf Wochen, Ende Februar, als sie ihre Einbindung herannahen fühlte, suchte sie in Begleitung einer Tante die Klinik auf, und zwar mitten in der Nacht, weil Eile not zu tun schien. Wieder wurde sie untersucht, dann sagte man ihr, sie sei doch wohl erst im siebenten Monat der Schwangerschaft, mindestens sei noch keine Einbindung zu erwarten, sie möge nur wieder nach Hause gehen. Sie selber fühlte, daß ihre Stunde nahe sei, aber die Hebamme glaubte, es besser zu wissen und schickte die Schwangere wieder nach Hause. Wenige Stunden später, morgens um 7 Uhr, kehrte Frä. A., diesmal in Begleitung der Mutter, nach der Klinik zurück, bald dringend um Aufnahme, wurde wieder untersucht und wurde nunmehr dabegehalten. Mantel und Tuch gab sie der Mutter mit nach Hause, dann wurde sie gebadet und in Anstaltskleidung gefesselt. Am Vormittag sagte ihr eine Hebamme: „Sie sind doch schon

mal herbestellt gewesen! Hätte ich gewußt, daß Sie damals nicht gekommen waren, dann hätte ich Sie nicht aufgenommen.“ Später wurden dem Frä. A. von einer anderen Angestellten, die ihr als Oberhebamme galt, aus demselben Grunde Vorwürfe gemacht, und schließlich wurde ihr gesagt: „Ziehen Sie sich an, Sie können wieder gehen, Sie können nach der Charité fahren.“ Man brachte ihr, was sie an Kleidern dabegehalten hatte —, Mantel und Tuch waren, wie gesagt, von der Mutter mitgenommen worden — und nach Aushändigung der Aufnahmegebühr wurde sie entlassen. Von der Artilleriestraße ging Frä. A. bis zur Georgenstraße, um selber eine Droschke zu suchen und von dort nach der Charité zu fahren. Das war mittags etwa um 12 Uhr — und am Abend desselben Tages erfolgte in der Charité die Einbindung.

So stellt Frä. A. den Hergang dar, so ist es von ihr ihren Angehörigen mitgeteilt worden, und so hat sie ihn auch und vortragen. Frä. A.'s Ansicht über den Grund der Entlassung wird geteilt von den Angehörigen. Nach dem Grund fragten die Mutter und die Tante noch an demselben Tage in der Frauenklinik, und sie bekamen eine Antwort, die sie so verstanden: „Weil sie damals nicht wiedergekommen ist.“ Diese Antwort so wie die Begleitumstände der Entlassung erscheinen uns so befremdlich, daß wir eine Aufklärung für dringend wünschenswert halten. Kann eine unserer Leserinnen und Mitteilungen machen, die diesen Zweck dienen würden?

Der Verein für Kinder-Vollkuren hielt dieser Tage im Rathaus seine diesjährige Generalversammlung ab. Der Verein, welcher im Jahre 1893 gegründet ist, blickt auf eine 17 jährige Tätigkeit zurück, und hat während dieser Zeit 10 125 582 Portionen Nahrungsmittel an bedürftige Kinder verteilt. Das Berichtsjahr umfaßt die Zeit vom 1. Oktober 1908 bis 1. Oktober 1909. Während dieser Zeit wurden an bedürftige Schulkinder und nichtschulpflichtige Kinder 2 104 293 Portionen verabreicht. Der Verein unterhielt 17 zum Teil in der Peripherie gelegene Anstalten, in denen die Speisen zubereitet wurden. An Schulkinder, welche von den Rektorien der Berliner Gemeindegemeinden den Anstalten überwiesen wurden, wurden 1 568 000 Portionen Nahrungsmittel gewährt. Die Subvention der Stadt Berlin betrug 110 130,45 Mk. Außerdem hat der Verein an nichtschulpflichtige Kinder, welche demselben von der Auskunfts- und Fürsorgestelle für Augenkranken, den städtischen Säuglingsfürsorgestellen und anderen Wohltätigkeitsvereinen überwiesen, 411 293 Portionen verteilt. Der Verein hat seine Bestrebungen dadurch erweitert, daß derselbe denjenigen Kindern, welche durch ungünstige häusliche Verhältnisse im elterlichen Hause unbeaufsichtigt bleiben, in seinen Anstalten in den Nachmittagsstunden unter Aufsicht von Kindergärtnerinnen bei Anfertigung der Schularbeiten aushilft, auch erhalten dieselben Handarbeitsunterricht und werden auch im Kochen unterwiesen.

Großfeuer in einem Lumpenspeicher. Ein umfangreicher Brand, der die Berliner Feuerwehr stundenlang beschäftigt, kam gestern nachmittag kurz nach 3 Uhr in der Prinzenallee 28, im Norden Berlins zum Ausbruch. Auf dem Grundstück, das dicht an der Diesenhäuser Straße liegt, befindet sich auf dem zweiten Hofe in einem einhalbstöckigen Gebäude die Lumpenspeicher von Kaiser Alexander. Der Brandherd lag im Obergeschoß, wo große Vorräte von Lumpen, Filz, Leder- und Baumwollabfällen aufgestapelt waren. Vermutlich ist das Feuer durch Unachtsamkeit einiger Frauen verursacht worden. Als die Gefahr bemerkt wurde, drang schon aus allen Ecken des Daches dichter Rauch. Auf mehrfachen Alarm eilten drei Löschzüge der Feuerwehr herbei. Nach wenigen Minuten waren sechs Schlauchleitungen in Tätigkeit, und sowohl von der Prinzenallee aus, wie auch von einem Nachbarhause der Diesenhäuser Straße gingen die Rohrführer gegen das Feuer vor. Um eine Weiterverbreitung der Flammen nach dem Untergeschoß zu verhindern, ließ Brandmeister Hammer die im Parterre lagernden Lumpen- und Filzvorräte von den Mannschaften schleunigst ausräumen, eine Arbeit, die viel Mühe kostete, aber unbedingt nötig war, da der Fußboden und die Balkenlage bereits an einigen Stellen durchgebrannt war. Gegen 5 Uhr konnte die Hauptgefahr als beseitigt gelten. Das Lager im Obergeschoß ist fast völlig vernichtet worden. Die vollständige Abföhrung und die Aufräumungsarbeiten zogen sich bis in die späten Abendstunden hinein, da die glimmenden Ballen einzeln mühsam abgelöscht werden mußten. Unfälle waren nicht zu verzeichnen.

Ein entsetzlicher Unglücksfall hat sich gestern nachmittag in der Wilhelmstraße zugetragen. Auf dem Grundstück Wilhelmstr. 11 wird gegenwärtig ein teilweiser Umbau vorgenommen. Auf dem hinteren Gelände wird ein Neubau errichtet, der bis zur fünften Etage gebiechen ist. Gestern wollte der Bauarbeiter Franz Körtling, der mit Aufräumungsarbeiten beschäftigt war, eine beladene Lawry auf den Lastenfahrstuhl schieben, über sah aber, daß der Förderkorb hinuntergegangen war und stürzte mit der Lawry in die Tiefe. Körtling blieb besinnungslos liegen. Auf Veranlassung eines hinzugerufenen Arztes wurde der Schwerverletzte nach dem Krankenhaus am Urban gebracht, wo er hoffnungslos daniederliegt.

Opfer der Straße. Ein bedauerlicher Unglücksfall, bei dem ein Kind den Tod fand, ereignete sich am Dienstagnachmittag gegen 4 1/2 Uhr in der Frankfurter Allee in der Nähe des Ringbahnhauses. Dort verfuhr der neunjährige Sohn Sellmuth der in der Frankfurter Allee 189 wohnhaften Witwe Köttcher vor einem in der Richtung nach der Hubertusstraße fahrenden Straßenbahnwagen der Linie 78 über das Gleis zu laufen. Der Knabe wurde jedoch von dem Vorderperson des Bahnwagens erfasst, zu Boden gerissen und geriet unter den Schutrahmen. Die Feuerwehr wurde alarmiert und von ihr der Waggon hochgehoben, doch konnte der Verunglückte nur noch tot hervorgezogen werden. Dem Kleinen war der Brustkasten vollständig eingedrückt worden.

Die Bergwerksgeldtat eines Wohnungs- und Arbeitslosen rief gestern an der Oberbaumbrücke großes Aufsehen hervor. Der Lebensmüde stürzte sich von der hochgelegenen Brücke in die Fluten der Spree hinab und verschwand in der Tiefe. Sofort wurde ein Rettungsbahn Hott gemacht, und als man den Selbstmörder, der inzwischen wieder an die Oberfläche gekommen war, erreicht hatte, kränkte er sich gegen seine Rettung. Mit Gewalt mußte er in den Kahn hineingezogen werden. Er wurde nach dem Krankenhaus Wehmann gebracht und als der arbeitslose Bergwerker Johannes Dehmske festgestellt.

Wer war am letzten Wahlrechtsontag Zeuge des Vorganges, bei dem etwa um 1/3 Uhr nahe dem Ringbahnhaus Treptow in der Eisenstraße eine Frau niedergeworfen wurde? Wir haben darüber in unserer Dienstagnummer berichtet. Es handelt sich um jene Frau, die zu einem Begräbnis nach dem Treptower Friedhof gehen wollte. Gegen sie kann doch gewiß nicht der Sach geltend gemacht werden, daß auch der Neugierige die Säbelschneide und Qu-

tritte hinnehmen müsse, die die Junkerpreß den Wahlrechtsdemonstrationen gönnt. Die Frau wurde erheblich verletzt, und eine zehnjährige Tochter, die in ihrer Begleitung war, erlitt mit knapper Not dem Schicksal, gleichfalls unter die Hufe der Pferde zu gelangen. Und ist die Adresse der Frau mitgeteilt worden und zugleich hat man uns gesagt, daß sie Schadenersatz fordere oder einlagen werde. Wir haben uns bereit erklärt, für sie die Adressen von Zeugen entgegenzunehmen. Im besonderen sollten sich jene beiden Männer melden, die ihr und ihrer Tochter beigegeben haben.

**Arbeiter-Verschulung.** Der Unterricht in Gewerkschaften beginnt heute abend um 8 Uhr. Die Teilnehmer wollen dies beachten und pünktlich erscheinen, damit sie ihren Zahltag noch besuchen können.

Gesperrt ist die Linnestraße von der Tegeleyer Straße bis zum Nordufer.

Bei dem Wahlrechtsparadezug am vergangenen Sonntag ist in Trepow ein Namenszettel gefunden worden. Abzuholen in der Parteispedition Trepow, Kieselholzstr. 412, Laden.

## Vorort-Nachrichten.

### Die Gemeindewahlbewegung.

**Ober-Schönebeck.** Die Ergänzungswahlen zur Gemeindevertretung für die dritte Klasse finden am Donnerstag, 10. März, nachmittags von 4—7 Uhr statt. Für den ersten Wahlbezirk: umfassend die Tabbert-, Siemens-, Kalespa-, Wati-, Deut-, Westend-, Helmholz-, Edison- und Mödenerstraße, ist das Wahllokal die Turnhalle in der Watistraße. Für diesen Bezirk ist ein Nichtangehender zu wählen. Kandidat ist der Genosse Gustav Ruch.

Für den zweiten Wahlbezirk, umfassend die Wilhelmshof-, Freischen-, Kaufener-, Marien-, Klara-, Rothilden-, Luifen-, Mathenaufstraße und den gesamten Ortsteil Ostend ist das Wahllokal die Turnhalle in der Freischenstraße. Für diesen Bezirk ist ein Hausbesitzer zu wählen. Kandidat ist hier der Genosse Otto Imberg.

Es ist Pflicht unserer Genossen, sich nicht nur vollzählig an der Wahl, sondern auch an der Wahlarbeit recht rege zu beteiligen.

Heute Mittwochabend 7 Uhr findet eine Flugblattverbreitung von den Bezirkslokalen aus statt. Jeder tue seine Schuldigkeit.

**Fredericksdorf.** Die Gemeindevertreterwahlen finden am Freitag, den 11. März, im Lokal von A. Sörnicke statt, und zwar wählt die dritte Klasse von 2—4 $\frac{1}{2}$  Uhr; die zweite Klasse von 5 bis 5 $\frac{1}{2}$  Uhr und die erste Klasse von 6—6 $\frac{1}{2}$  Uhr. Kandidaten der Sozialdemokratie sind in der dritten Klasse: Adolf Cuen, Kapplerer; in der zweiten Klasse: Albert Wanzel, Töpfer; in der ersten Klasse: Herr. Lode, Tischler. — Wähler! Kehle feiner von Euch! Zeigt, daß ihr nicht gewillt seid, von Insubtraktionen und vom Gut Euch länger behormunden zu lassen und wählt obige Kandidaten.

**Paulow.** Eine Woche nur noch trennt uns von den Gemeindewahlen. Am 16. und 17. März soll über die Besetzung der vier in der dritten Wählerabteilung erledigten Sitze in der Gemeindevertretung entschieden werden. Unsere Kandidaten für die Ergänzungswahlen am 16. März sind im ersten Bezirk Genosse Johann Dirschmeier, im zweiten Bezirk Genosse Wilhelm Kubia. Für die am darauffolgenden Tage, den 17. März, stattfindenden Ergänzungswahlen kandidieren im ersten Bezirk Genosse Karl Winkler, im zweiten Genosse Wilhelm Brall. An den Genossen ist es nun, die kurze Spinnzeit voll auszunutzen und durch rührige Agitation für unsere Kandidaten wie durch fleißige Beteiligung an allen Wahlarbeiten dafür Sorge zu tragen, daß wir dem Reichverbande und seinen Auftraggebern, dem bürgerlichen Mißmach, ein stolzes Zeugnis liefern.

### Wahlergebnisse.

**Steglich.** Stichwahl in beiden Bezirken, das ist, wie schon gestern kurz gemeldet, das Resultat der Gemeindewahlen vom letzten Montag. Im 1. Bezirk setzten uns zur absoluten Mehrheit nur 28 Stimmen, während wir im 2. Bezirk, wo wir vor zwei Jahren nicht einmal in die Stichwahl kamen, an die zweite Stelle gerückt sind. Nachstehende vergleichende Zahlen zeigen, daß es auch bei uns vorwärts geht.

	1910	1908	mehr oder weniger
Sozialdemokraten	890	704	+ 186
Mieterverein	760	588	+ 172
Hausbesitzer	188	214	- 26

  

	1910	1908	mehr oder weniger
Sozialdemokraten	582	368	+ 214
Mieterverein	625	626	- 1
Hausbesitzer	149	429	- 280

Der anscheinend rapide Stimmenrückgang der Hausbesitzer erklärt sich sehr einfach aus der Tatsache, daß der Kommunalverein früher mit den Hausbesitzern zusammenhing, während dieses Zwitwerggeschöpf diesmal die Mieterkandidaten unterstützte, als dessen weitere Hilfestellung auch noch der neue Hausbesitzerverein aufmarschierte. Berücksichtigt man diese Veränderungen, dann kann nur bei der Sozialdemokratie von einem Stimmengewinn gesprochen werden.

**Nach einer Stichwahl.** In der gestrigen Gemeindevertreter-Ergänzungswahlen wurden 1792 Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf den Kandidaten der Sozialdemokratie 884, den des Mietervereins 696, den der Hausbesitzer 205 Stimmen. 7 Stimmen waren zerstückelt. Es hat demnach Stichwahl stattgefunden zwischen dem Kandidaten der Sozialdemokratie und dem des Mietervereins.

**Lantow.** Bei der Gemeindevertreterwahl am Dienstag gaben von 1492 eingeschriebenen Wählern 678 ihre Stimme ab. Davon entfielen 317 auf den sozialdemokratischen Kandidaten Genossen Otto Franke, 239 auf den konservativen Hildebrandt und 129 auf den Bürgervereiner Photographen Camp-hausen. Es hat mithin Stichwahl stattgefunden zwischen unserem Genossen Franke und dem konservativen Hildebrandt.

**Vogelagen-Nummelsburg.** Bei der gestrigen Gemeindevertreterwahl der dritten Wählerklasse wurden die Kandidaten der Sozialdemokratie, da Gegenkandidaten nicht aufgestellt waren, einstimmig gewählt. Genosse Ritter erhielt im ersten Bezirk 488 Stimmen, Genosse Günther im vierten Bezirk 413 Stimmen. Im fünften Bezirk erhielt Genosse John 373 Stimmen und im sechsten Bezirk Genosse Stephan 388 Stimmen. Die Beteiligung betrug durchschnittlich 35 Proz. der eingeschriebenen Wähler.

**Klein-Schönebeck-Nichtman.** In der gestrigen Gemeindebestreterwahl siegte der sozialdemokratische Kandidat Genosse Ernst Rodow mit 92 Stimmen über den Kandidaten der Grundstückspekulanten-gruppe, der 80 Stimmen erhielt.

**Niederlehme.** Bei der am Montag stattgefundenen Gemeindevertreterwahl siegte unser Kandidat der dritten Klasse Genosse Gustav Koch mit 117 Stimmen gegen 4 Stimmen der Gegenpartei. Ein klarer Beweis, daß auch unter den Kleinbauern der Gedanke Platz gegriffen hat, daß nur allein die Sozialdemokratie im Gemeindeparlament für sie eifrig und kraftvoll eintritt.

Die Niederlehmer Einwohnergesellschaft hat den Beweis erbracht, daß Einigkeit und Geschlossenheit zum Ziele führt! Hoffen wir, daß die Einwohnergesellschaft der beiden Nachbarorte Königs-Busterhausen und

Wildau, deren Gemeindevertreterwahlen auch noch in diesem Monat stattfinden, das gleiche Resultat verzeichnen können.

**Frankfurt-Buchholz.** Bei der gestrigen Gemeindevertreterwahl siegte der sozialdemokratische Kandidat Albert Reumann mit 111 gegen 80 bürgerliche Stimmen. Dieser günstige Ausgang der Wahl ist um so beachtenswerter, als die ungünstige Wahlzeit von 2 bis 5 Uhr nachmittags der Arbeiterklasse besonders Opfer kostete.

**Nählesden.** Bei der Gemeindevertreterwahl am 5. März sind unsere Kandidaten den Bürgerlichen unterlegen. Sie erhielten 67, die Gegner 80 Stimmen. Das Resultat erscheint erklärlich, wenn man bedenkt, daß die ungünstige Festsetzung der Wahlzeit (nachmittags von 2—4 Uhr) es einer Anzahl Arbeiterwähler unmöglich machte, ihr Wahlrecht auszuüben. Dennoch haben wir eine Zunahme von 13 Stimmen gegenüber der Wahl von vor zwei Jahren zu verzeichnen. Im übrigen wollen wir nicht unerwähnt lassen, daß die Bürgerlichen in den Lehrern und Briefträgern wieder eifrige Wahl-schlepper fanden.

### Schöneberg.

Die Stadtverordnetenversammlung schloß in ihrer letzten Sitzung die zweite Beratung der Etats fort. Beim Etat der allgemeinen Verwaltung wurde ein Antrag des Ausschusses, 10.000 M. für Kunstzwecke einzusetzen, abgelehnt. Dann wurde der Magistrat beauftragt, Untersuchungen anzustellen, ob und in welcher Weise sich eine Verbesserung bei der Aufnahme der Stadtverordnetenbehandlungen und event. eine Umdeutung derselben herbeiführen läßt. Zustimmung fand auch eine Resolution, wonach die städtischen Arbeiter Familienzulagen bereits bei einem Hausstand von drei Kindern gemindert werden sollen. Anspruch auf Angehörigenunterstützung haben alle diejenigen Arbeiter, die verpflichtet sind, Anverwandte sowie Kinder bis zum 14. Lebensjahre zu versorgen und zu beschäftigen. Längere Auseinandersetzungen brachte der Antrag des Ausschusses, eine weitere Stelle eines besoldeten Stadtrates unter gleichzeitiger Aufhebung der bestehenden Stelle des Stadtrates mit der Maßgabe zu schaffen, daß für die Wahl in diese Stelle der gegenwärtige Stadtrat Dr. Rabnow in Aussicht genommen wird. Dieser Antrag des Ausschusses gab einigen Herren der rechten Seite in der Versammlung Veranlassung, ihrem Kinnut gegen die Aufwendungen zur Bekämpfung der Tuberkulose Luft zu machen; sie wandten sich gegen den Antrag. Stadtr. Küter (Soz.) ließ den Herren eine derbe Abfertigung zuteil werden. Seiner Meinung nach handelt es sich nur um eine Sache gegen die Person des Leiters der Wohlfahrtsvereine, der den Herren von der Rechten durch sein fortgesetztes Drängen zum weiteren Ausbau der Wohlfahrtsvereine unpopulär geworden ist. Der Antrag wurde darauf mit großer Mehrheit angenommen.

Ohne Debatte erledigt wurden der Etat für das höhere Schulwesen und für das Fortbildungsschulwesen. Bei letzterem kam eine Resolution zur Annahme, worin der Magistrat ersucht wird, Mittel für die Ausdehnung der Pflichtfortbildungsschule auf ungelernete Arbeiter im Etat für 1911 vorzuschlagen.

Beim Etat der Volksschulen nahm die sozialdemokratische Fraktion den im Staatsauschuss abgelehnten Antrag auf Einführung der Unentgeltlichkeit der Lehr- und Lernmittel wieder auf.

Stadtr. Magnan (Soz.) führte in seiner Begründung des Antrages aus, daß derselbe ein alter Bekannter sei. Während im Jahre 1907 außer der sozialdemokratischen Fraktion nur noch wenige Stadtverordnete für den Antrag stimmten, schloßen im Jahre 1908 zur Annahme desselben nur 4 Stimmen, er wurde damals mit 31 gegen 28 Stimmen abgelehnt. Es sei demnach zu hoffen, daß der Antrag nunmehr angenommen werde. Die Durchführung der Unentgeltlichkeit der Lehr- und Lernmittel sei vielfach erprobt und habe gute Resultate gezeigt. Die Unentgeltlichkeit wirke erzieherisch auf die Kinder und werde auch von pädagogischer Seite empfohlen. Die Lieferung der Lernmittel sei die notwendige Konsequenz von der Einführung des Schulzwanges. Für kinderreiche Familien bedeute die Anschaffung der nötigen Bücher eine große Last. Die jegliche beschränkte Lieferung unentgeltlicher Lernmittel genüge keineswegs, sie komme einer Armenunterstützung gleich. Nebenher wandte sich sodann besonders an die Mitglieder der liberalen Fraktion, die ihrer bisherigen Stellungnahme entsprechend, verpflichtet seien, für den sozialdemokratischen Antrag zu stimmen.

Stadtr. Starke (lib. Frakt.) erklärte, daß seine Fraktionskollegen dem Antrage sympathisch gegenüberstehen und ihn auch als Endziel in dieser Beziehung betrachten. Die Sache lasse sich jedoch nicht übers Knie brechen. Seine Fraktion könne dem sozialdemokratischen Antrage noch nicht zustimmen, sondern sie würde für den Antrag des Ausschusses eintreten, der die Unentgeltlichkeit nur für die drei oberen Klassen eingeführt wissen will. Ehe man weiterbauen, müßten erst Erfahrungen gesammelt werden.

Stadtr. Magnan (Soz.) bedauerte den Standpunkt der liberalen Fraktion, die vor zwei Jahren geschlossen dem sozialdemokratischen Antrage zugestimmt hatte. Die liberale Fraktion habe sich also jetzt schon nach rückwärts revidiert. Erfahrungen über die Unentgeltlichkeit der Lernmittel lägen bereits in reichlichem Maße vor, die brauchen nicht erst abgemartelt zu werden. Wenn man in Betracht zieht, daß die Stadt Schöneberg für jeden Schüler der höheren Schulen 227,50 M. im Jahre ausgibt, für jeden Mittelschüler 161 Mark und für jeden Volksschüler nur 130 M., so sei es einfach unverständlich, wie man die Forderung der Unentgeltlichkeit der Lernmittel in den Volksschulen ablehnen könne.

Stadtr. Jabel (lib. Frakt.) suchte den Standpunkt seiner Fraktion zu rechtfertigen. Daß die höheren Schüler in Schöneberg mehr bevorzugt würden, liege in der Natur der Sache. Den höheren Schulen werde eine größere Aufmerksamkeit gewidmet, weil die Stadtverordneten ihre Kinder dorthin schickten. Die höheren Schulen bringen uns, so betonte Herr Jabel, auch ein starkerküstiges Publikum.

Nach abermaligen Ausführungen des Stadtr. Magnan (Soz.) wurde der sozialdemokratische Antrag dann in namentlicher Abstimmung abgelehnt. Dafür stimmte außer der sozialdemokratischen Fraktion nur der Stadtverordnetenvorsteher. Angenommen wurde der Antrag des Staatsausschusses, wonach den Schülern der drei oberen Klassen der Volksschulen die Lernmittel unentgeltlich geliefert werden sollen.

Stadtr. Baumler (Soz.) wandte sich sodann gegen die Gewährung eines Pauschalquantums an die Schuldner für die Reinigung der Schulräume. Er verlangte, daß der alte Zustand beibehalten wird, wonach die Stadt selbst über die Anstellung und Entlohnung der Reinigungsfrauen zu bestimmen hat. Die Mehrheit schloß sich jedoch dieser Ansicht nicht an.

Eine Anfrage des Stadtverordneten Küter (Soz.), wie sich der Magistrat zu der geplanten Einführung einer dritten Turnstunde und Streichung einer Stunde in „Deutsch“ stelle, beantwortete der Bürgermeister Blankenstein dahin, daß die Regierung ein derartiges Ansuchen an die Schuldeputation noch nicht gestellt habe.

Die Anstellung von zwei weiteren Lehrern für die Fortbildungsschule wurde genehmigt.

### Rigdorf.

Ein Anfallsfall ereignete sich gestern nachmittags 4 Uhr in der Koffer-Friedrich-Straße. Eine Strohhalmwagen der Linie 27, der die Kaiser-Friedrich-Straße entlang fuhr, wollte an der Ecke der Erlstraße anhalten. Als kurz vorher ein Arbeiter im Alter von 25—30 Jahren absprang, geriet derselbe mit dem rechten Fuß unter den Wagen. Nachdem der Verletzte aus seiner Lage befreit worden war, wurde er mittels Krankenwagen nach der Unfallstation in der Steinmühlstraße gebracht.

Samstag, den 13. März, nachmittags 2 $\frac{1}{2}$  Uhr, gelangt im Rigdorfer Stadttheater, Vergil, 147, „Johannistag“ von Sudermann zur Aufführung. — Eintritt 50 Pf. inkl. Garderobe. — Montag, den 21. März: Humoristischer Marceli Salzer.

**Hend.** Eintritt 50 Pf. inkl. Garderobe. Willeits sind auf dem heute stattfindenden Zahlabend zu entnehmen. Ferner findet am 28. März (2. Osterfeiertag), nachmittags 3 Uhr, für unsere Jugend ein Lichtbildvortrag statt. Thema: „Die Reise um die Erde“. Eintritt 10 Pf. Die erste Vorstellung „Das Tal des Lebens“ von Max Dreher ist am 10. April festgelegt. Der Bildungsausschuß.

### Ober-Schönebeck.

**Gemeindevertreterwahl.** Verschiedene Spezialität des diesjährigen Wirtschaftsplanes fanden, nachdem dieselben schon durch die Etatskommission vorbereitet waren, ihre iduelle Erledigung. Als Vorkingender für das demnächst seine Tätigkeit beginnende Gewerbegebiet wurde der Gemeindevorsteher geneigt, und zwar an Stelle des für diesen Posten vorgesehenen besoldeten Schöffen, dessen Stelle bisher noch nicht besetzt ist. Ein 16 Morgen großes Grundstück soll vom Fortifikations zum Preise von 1250 M. pro Quadratmeter angekauft werden, um, da es vor dem Krankenhaus liegt, für spätere Erweiterungen des letzteren freie Hand zu haben. Ein Pachtangebot für das der Gemeinde gehörende Grundstück, welches zurzeit fast den einzigen freien Zugang am Spreenfer bildet, wird um deswegen ausgeschlagen, weil zu erwarten steht, daß dadurch die Vermengung des Spreenfers durch das Substrat unzulässig würde, indem dort ein Gewerbebetrieb errichtet wird. Es wird die Verpachtung an den Kostwirt Schneider beschloßen mit der Maßgabe, daß der Jurist niemand verwehrt werden darf. Der Ausschank von alkoholfreien Getränken darf dort stattfinden. In der Angelegenheit des Feuerlöschwesens wurde das Angebot der Neuen Automobil-Gesellschaft angenommen, der Gemeinde gegen äußerst günstige Zahlungsbedingungen einen Automobilfahrzeug herzustellen; es soll ein Kostenanschlag vorgelegt werden. Die vorgesehene Bedeckung für in der Nähe des Depots wohnende Feuerwehrlente wurde auf Antrag des Genossen Brunow aus dem Etat gestrichen, da der Preis von circa 4000 M. für ein solches Provisorium viel zu hoch sei. Ein Teil des neu erworbenen Grundstücks in Größe von 4000 Quadratmetern soll an die Benzingeellschaft zum jährlichen Preis von 60 Pf. für das Quadratmeter verpachtet werden.

### Lichtenberg.

Die Schauffondssteuer bringt der Magistrat von neuem in Vorschlag, auch die Erhöhung der Hundsteuer ist wieder Gegenstand einer Vorlage. Beide Steuerarten sind erst gelegentlich der Etatsberatung des Vorjahres von der Stadtverordnetenversammlung abgelehnt. Der Erhöhung des Preises für Kochgas soll nun auch die Erhöhung des Preises für elektrische Kraft folgen. Der Magistrat rechnet mit Annahme der Vorlage so sicher, daß die erhöhten Einnahmen bereits im Etat berücksichtigt sind. Auch die Verringerungen sollen an der Allgemeinerhöhung in etwas beteiligt sein. Die Beiträge zu den Lasten der höheren Schulen sollen ihnen durch ein erhöhtes Schulgeld der Gemeinde verringert werden.

Die öffentliche Sitzung der Stadtverordneten am Donnerstag, abends 8 Uhr, wird sich mit diesen Beratungsgegenständen noch vor der Etatberatung beschäftigen. Der Etat selbst befindet sich noch nicht in den Händen der Stadtverordneten.

### Tempelhof.

Eine über die haupostgeheften hinausgehende Ausbreitung nimmt der in der Mantelstraße, Ecke Vossstraße, errichtete Bauzaun an. Hier begnügt sich der Bauausführende nicht nur mit dem Bürgersteig, sondern benützt auch noch den sogenannten Reittweg. Der Bauzaun ist außer einem Verkehrshindernis bei Dunkelheit auch eine Gefahr für die Passanten. Sache der öffentlichen Sicherheitsorgane ist es, auf die Beseitigung dieser zuweilen auch bei anderen Bauten anzutreffenden Mißstände hinzuwirken.

### Nieder-Schönebeck.

Durch giftige Gase getötet wurden Montag früh 7 Uhr in der chemischen Fabrik von Kunheim die Arbeiter Ernst Schneider und Fritz Schmidt aus Baumshuloweg. Schneider erhielt den Auftrag, die Zuluftrohre einer Grube, welche mit Wasser und Chemikalien zum Teil gefüllt war, zu reinigen. Nach kurzer Arbeit verlor er die Besinnung, konnte aber noch seinen Arbeitskameraden Schmidt, dem die Bedienung einer Maschine, welche die Schwemmdorrichtung in Bewegung hält, oblag, rufen. Schmidt rief eilfertig die Leiter herbei und suchte den bereits leblos im Wasser Liegenden herauszufischen. Durch die aus der Grube aufsteigenden Wasserdämpfe verlor auch er die Besinnung und fiel mit Schneider in die Grube zurück. Hinzueilende Arbeiter und Meister holten beide in leblosem Zustande heraus. Der im Betriebe tätige Helfergeselle holte den Sauerstoffapparat herbei, was jedoch einige Zeit dauerte, weil der Schlüssel zu dem betreffenden Spindel nicht zu finden war; er stellte alsdann Wiederbelebungsversuche an. Leider erfolglos.

Die Schuld an diesen tiefbeträgnlichen Todesfällen schreiben die Arbeiter den unzulänglichen Schutzmaßnahmen für die Arbeiter zu. Schon vor 14 Tagen sollen Arbeiter den Oberingenieur auf die Todesgefahr beim Arbeiten in dieser Grube aufmerksam gemacht haben. Leider vergeblich.

### Groß-Lichterfelde.

Um der hiesigen Arbeiterschaft Gelegenheit zu geben, mehr in die soziale Gesetzgebung einzudringen, veranstaltet das Gewerkschafts-komitee am Freitag, den 11. d. Mts., bei Bahrendorf, Vossstraße 22, einen diesbezüglichen Vortragabend. Referent ist Genosse Linz. Besonders ist der Vortrag für die Delegierten der Oridkrankenliste sowie alle sonstigen Funktionäre des Arbeitervereins und der Gewerkschaften bestimmt. Aber auch der übrigen Arbeiterschaft ist Gelegenheit gegeben, zu erscheinen.

### Weissensee.

Eine Anrempelung gegen den Genossen Taubmann glaubte sich das „Weissensee Tageblatt“ erlauben zu dürfen. Genanntes Blatt hatte gegen den Gemeindevorstand den Vorwurf erhoben, daß für das Jahr 1907 noch keine Rechnung gelegt worden sei; in einer Wahlversammlung des Mietervereins wurde dieser Vorwurf gegen die Gemeindeverwaltung ins Feld geführt. Der als Gast antretende Genosse Taubmann stellte u. a. fest, daß die Rechnungslegung für 1907 schon vor Monaten erfolgt und der Bericht des „W. T.“ falsch sei. Daraus fordert in einem längeren Artikel das Blatt Taubmann auf, den Wahrheitsbeweis anzutreten. Anstatt daß sich das „W. T.“ von den ihm nahestehenden bürgerlichen Vertretern Ausschlag geben läßt, bleibt es bei seiner Behauptung. Die beschriftete Rechnungslegung hat inbald schon am 13. August 1909 vorgelesen, und es hat auch dem Gemeindevorstande einstimmig Entlassung erteilt worden. Wenn auch das genannte Blatt erst am 1. November 1909 seine Spalten geöffnet hat, möchte es doch so gewissenhaft sein, nicht etwas zu behaupten, wovon es aus eigenem nichts weiß.

## Vermischtes.

### Ein Sensationsprozeß in Venedig.

Aus Rom wird uns gemeldet: Durch einen für Italien recht unglücklichen Zufall hat die Frau Zarnowich gerade Venedig zum Schauplatz eines Verbrechens gewählt, das sie langer Hand in Rußland, Oesterreich und Frankreich vorbereitet hatte. Dem Prozeß, der am 4. d. M. vor den Rissen von Venedig begonnen hat, liegen, der Anklage zufolge, die nachstehenden Ereignisse zugrunde. Die Zarnowich kammit aus adeliger russischer Familie und heiratete im Alter von 18 Jahren gegen den Willen ihrer Eltern ihren jetzigen Mann. Ihre Verschwendungssucht und geschlechtliche Ausschweifung machten diese Ehe zu einer sehr unglücklichen. Die Person war inländisch,



